

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Vertriebsstellen Bestellungen entgegen. Unter Breitsbandbezugs für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M., Redaktionen, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-6.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober dem Raum kostet 3,- M., einschließlich Anzeigenzuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigenzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Centrum Nr. 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Sozialistische Wiedergutmachung

Zwei Jahre lang haben die Staatsmänner und Politiker der siegreichen Entente sich an der Wiedergutmachungsfrage die Köpfe zerbrochen. Das Ergebnis dieser vielfachen Interessenrichtungen sind die Pariser und Londoner Forderungen. Sie sind ökonomisch widerspruchsvoll und undurchführbar, sie bedrohen nicht nur das deutsche arbeitende Volk mit wirtschaftlicher Sklaverei und steigender Verelendung, sie müssen auch, neben einer chronischen Kriegsgefahr, eine schwere wirtschaftliche Krise in den Ländern der Entente heraufbeschwören, die das Proletariat dieser Länder in Elend und Arbeitslosigkeit stürzen muß. Das ist die Zukunft, die als Ergebnis der Friedensmacherie der imperialistischen Regierungen den arbeitenden Massen der siegreichen und der besiegten Länder droht.

Dieses Ergebnis erklärt sich nicht aus größerer oder geringerer "Anerkennung" der betreffenden Staatsmänner, sondern aus dem spezifischen Charakter der imperialistischen Politik der einzelnen Länder, von denen z. B. England mehr durch neue Besitzwerbung "gesättigt" ist, während Frankreich, wenn es das herrschende System aufrechterhalten will, gewaltiger Kriegsschädigungen bedarf. Hinter dem Rücken der regierenden Staatsmänner steht das Gespenst der Finanzkrise, des Machtverlustes der herrschenden kapitalistischen Klassen, steht riesengroß das gähnende Defizit im Staatsbudget, das durch die Notwendigkeit der Tilgung der Kriegsschulden, der Versorgung der Kriegsoffer, des Aufbaues der zerstörten Gebiete usw. heraufbeschworen ist.

Getrieben von der Peitsche dieser Notwendigkeiten, sind die Staatsmänner der Entente an die Lösung des Problems des Wiederaufbaues der zerstörten Welt herangegangen. Als Sachwalter der herrschenden kapitalistischen und nationalistischen Klassen betrachteten sie dieses gewaltigste aller Geschichtsprobleme nur unter dem Gesichtspunkt ihres Kapitalismus, ihres Nationalismus. Mag die ganze Krige Welt zugrundegehen, wenn nur das Interesse des englischen, französischen, amerikanischen Profits gewahrt wird!

Doch gerade die Unfähigkeit der kapitalistischen Staatsmänner, die zerstörte Welt wieder aufzubauen und die widerstreitenden Interessen der einzelnen Länder untereinander in Einklang zu bringen; gerade die zwingende Notwendigkeit, solche Wege zur Lösung zu wählen, die das Chaos verhindern und die Lage der eigenen Volksmassen verschlechtern muß — gerade diese fundamentale Tatsache zeigt mit unerlöschlicher Klarheit, daß der Kapitalismus zwar fähig war, den fürchterlichsten und blutigsten aller Kriege heraufbeschwören, daß er aber unfähig ist, die Folgen zu beseitigen, die dieser Krieg für das wirtschaftliche und politische Dasein aller Völker heraufbeschworen hat.

Als Erbe der kapitalistischen Welt, als Träger der neuen Zukunft des Menschheitsgeschlechts hat der Sozialismus die Pflicht, aus den inneren Widersprüchen des kapitalistischen Systems einen Weg zu finden, der sowohl den Interessen der arbeitenden Klassen, wie den Entwicklungsnotwendigkeiten des internationalen Wirtschaftslebens entspricht. Diesen Weg findet der Sozialismus, indem er an jenen Punkt anknüpft, den die imperialistischen Staatsmänner gegenwärtig verlassen haben. Der Kapitalismus hatte sich zur weitbehaupenden Macht emporgeschwungen und den Charakter des Wirtschaftslebens der ganzen Welt bestimmt, indem er die engen Grenzen der feudalen Nationalstaaten niederriß und die Wirtschaft der ganzen Welt zu einem großen Ganzen verflocht. Mit dieser grundlegenden Tendenz der kapitalistischen Entwicklung ist der Gewaltfrieden von Versailles in einen unlöslichen Widerspruch geraten. Seine Urheber wollen das gegnerische Verhältnis der siegreichen und der besiegten Länder auf dem Gebiete der Wiedergutmachung für absehbare Zeit aufrechterhalten; so werden sie dazu verführt, den Weltkrieg mit wirtschaftlichen Mitteln weiterzuführen, die Siegerstaaten mit Zollmauern zu umgeben, den mitteleuropäischen Staaten das unerträgliche Joch der Wiedergutmachungszahlungen aufzuerlegen und die ungeheueren Gebiete Osteuropas und des Orients entweder auf dem Niveau von Kolonialländern herabzudrücken oder ihre Isolierung im System der Weltwirtschaft zu erzwingen.

Indem so die Friedensschlüsse mit dieser Grundlage der Existenz des Kapitalismus in Widerspruch geraten sind, haben sie sich selbst das Todesurteil gesprochen. Denn die internationale Warenwirtschaft kann im System des hochentwickelten Kapitalismus nicht existieren, wenn wichtige Teile aus ihr herausgerissen und durch die jetzt verlangte Regelung der Wiedergutmachungsfrage jener innere Zwiespalt verewigt wird, der die Weltwirtschaft in zwei feindliche Lager trennt.

Dier, an diesem Punkt knüpft der Sozialismus mit seinem Programm der Wiedergutmachung an. Was die kapitalistischen Regierungen als Sachwalter der bestehenden Klassen der einzelnen Nationalstaaten nicht zustandebringen können, das kann allein der internationale Sozialismus vollbringen, indem er sich als Sachwalter der Interessen der arbeitenden Massen, die einer fürchterlichen Katastrophe entgegengetrieben werden, für eine Lösung der Wiedergutmachungsfrage in dem Sinne einsetzt, daß den engbegrenzten egoistischen Interessen der bankrottenden kapitalistischen Klassen das allgemeine Interesse der weltwirtschaftlichen Entwick-

Für den Sozialismus!

Auf zur internationalen Kundgebung am heutigen Sonntag!

In Ausführung des Beschlusses der Wiener Konferenz und in Gemeinschaft mit den anderen sozialistischen Parteien Europas ruft die Unabhängige Sozialdemokratie die deutsche Arbeiterklasse zur Teilnahme an der Demonstration für den heutigen Sonntag auf.

Das Proletariat soll bekunden, daß es nicht länger der Spielball der kapitalistischen Interessen bleiben, sondern seine Geschicke selbst gestalten will. Gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus, für die Interessengemeinschaft der Arbeiterklasse der ganzen Welt: das sind die Lösungen der Arbeiterklasse.

Der Kapitalismus hat Europa in ein Trümmerfeld verwandelt, seine Vertreter zeigen sich unfähig, das Elend der wertvollen Bevölkerung zu beseitigen. Ein Aufbau auf neuen Grundlagen muß beginnen und der kann nur vom Sozialismus ausgehen.

Arbeiter, Angestellte, Frauen und Mädchen! Erscheint in Massen in den Versammlungen!

Sorgt für Massenbesuch der internationalen sozialistischen Kundgebung!

Demonstriert für die Forderungen der international verbundenen sozialistischen Parteien:

Gegen jede gewalttätige Lösung der durch den Krieg aufgeworfenen Probleme: gegen alle Bestimmungen, die das Elend und die Arschlosigkeit der deutschen Arbeiter im selben Maße verschärfen müssen, als sie den Arbeitern der anderen Länder eine verhängnisvolle Konkurrenz schaffen würden;

gegen den Militarismus und die Wiederkehr eines neuen Blutbades;

zur Bekräftigung des Friedenswillens der Arbeiterklasse;

für die allgemeine Revision der Friedensverträge;

für das Selbstbestimmungsrecht der Völker;

für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach den Grundsätzen internationaler Solidarität.

Arbeiter, Angestellte, Frauen und Mädchen! Es geht um Euer eigenes Schicksal! Wenn Ihr nicht wollt, daß Ihr zugrunde geht, so müßt Ihr Euch erheben und Eure Stimme vieltausendfach erschallen lassen!

lung, das Interesse der vielen Millionen des arbeitenden Volkes entgegengestellt wird.

Unter diesem Gesichtspunkt hat der Wiener Kongreß der sozialistischen Parteien zur Frage der Wiedergutmachung die Forderung aufgestellt, daß die Kriegsschulden internationalisiert und die vom Kriege weniger heimgegriffenen oder von ihm verschont gebliebenen Länder ihre Hilfsquellen den verarmten oder verwüsteten Ländern zum Wiederaufbau ihre Produktiv- und Konsumkräfte zur Verfügung stellen.

Alle in Wien vertretenen sozialistischen Parteien waren sich dessen bewußt, daß dieses Programm für die herrschenden imperialistischen Regierungen undurchführbar ist. Wollten sie dieses Programm verwirklichen, so würden sie mit dem Profitinteresse der hinter ihnen stehenden kapitalistischen Klassen in Widerspruch geraten und von ihnen gestürzt werden. Wollten sie dieses Programm des solidarischen Aufbaues der internationalen Wirtschaft akzeptieren, so würden sie damit den Bankrott der national begrenzten, durch Zollmauern voneinander geschiedenen, durch Kriegsgewalt in zwei feindliche Lager gespaltenen kapitalistischen Welt selbst unterzeichnen.

Weil die Dinge so liegen, haben die in Wien vereinigten sozialistischen Parteien, die vorwiegend das Proletariat Mittel- und Westeuropas vertreten, dieses Programm der sozialistischen Wiedergutmachung aufgestellt. Es stellt keineswegs, wie von kommunistischen Wirtköpfen fälschlich behauptet wird, einen "Rettungsanker" für den bankrottenden Kapitalismus dar. Es stellt sich vielmehr in bewußtem Gegensatz zur imperialistischen Methode, die an ihren eigenen Widersprüchen und Unzulänglichkeiten zugrunde geht, und zeigt den in Not und Elend versinkenden arbeitenden Massen aller Länder, welchen Weg sie zu beschreiten haben, um aus der Wirrsal der Gegenwart herauszukommen.

Und das ist die große weltgeschichtliche Bedeutung des heutigen Tages: Zum ersten Male seit vielen Jahren erhebt die sozialistische Vorhut der Arbeiterklasse in allen Ländern das Banner des Kampfes gegen den Wahnsinn der imperialistischen Friedensverträge und der internationalen Konterrevolution. Ueber die noch immer gesperrten Grenzen hinweg ziehen sich die Arbeiter aller Länder, die siegreichen wie die besiegten Länder, die Hände, um gemeinsam den Willen zu bekunden, den Imperialismus, Militarismus und Kapitalismus — diese Dreieinigkeit des Bösen — in ihren Ländern zu bekämpfen und eine gemeinsame Front des internationalen Sozialismus gegen den internationalen Kapitalismus aufzurichten.

In dieser gemeinsamen Front der Arbeiter aller Länder liegt die sicherste Gewähr für die erfolgreiche Abwehr der drohenden kriegerischen Gefahren und die Zertrümmerung des Joches der imperialistischen Friedensverträge. Heute, wo

der Nationalismus wieder frecher denn je sein Haupt erhebt, gibt es für die Arbeiterklasse, im schärfsten Kampfe gegen diesen Nationalismus, gegen die nationale Einheitsfront, die sozialistische Lösung der Wiedergutmachungsfrage zu propagieren, die allein das arbeitende Volk vor neuen Katastrophen bewahren und zur endlichen Beseitigung führen kann.

Und nur in diesem gemeinsamen Kampfe der Arbeiter aller Länder, die sich ihrer großen Pflichten im nationalen und internationalen Maßstabe bewußt werden, liegt die Gewähr für die Ausrichtung jener großen sozialistischen Internationale, die es heute noch nicht gibt, die aber entstehen muß und entstehen wird im Prozeß des gemeinsamen Kampfes der Arbeiter aller Länder gegen die Gefahren des Imperialismus und der Konterrevolution.

Darum wollen wir heute, wo wir gemeinsam mit den Arbeitern aller Länder demonstrieren, das Gelöbnis abgeben, daß wir unermüdet in einheitlicher Front kämpfen wollen gegen die Reaktion und den Imperialismus, für die internationale Solidarität und den Sozialismus.

Verbot der Selbstschutzorganisationen

In der Sonnabend Sitzung des Reichsrats wurde der Gesetzentwurf zur Ausführung der Art. 177 und 178 des Friedensvertrages mit den Stimmen aller Länder gegen die bayerischen Stimmen angenommen. Der bayerische Gesandte von Prager meinte, daß die Entente den Friedensvertrag gebrochen habe, daß also die Vorlage im gegenwärtigen Augenblick außerpolitisch nicht notwendig sei und innenpolitisch die eben hergestellte Einheitsfront zerstören könne.

Reichsminister des Innern Dr. Koch: Der Gesetzentwurf bezweckt, unsere Gesetzgebung in Einklang mit den Bestimmungen des Friedensvertrages zu bringen. Die Reichsregierung hat in dieser Frage noch nie einen anderen Standpunkt eingenommen, weil sie sich der Durchführung des Friedensvertrages nicht entziehen kann. Die Durchführung erfolgt nach dem Gesetzentwurf in einer Form, die eine Auflösung von heute auf morgen vermeidet.

Die bayerische Regierung braucht also keine Bange zu haben, denn die Reichsregierung will die Auflösung der Einwohnerwehren nicht „von heute auf morgen“ vornehmen. Sie denkt sich vermutlich, daß mit der Zeit auch anderer Rat kommen werde.

Aufhebung des Selbstschutzes in Braunschweig

Die Kreis- und Polizeidirektionen im Lande Braunschweig sind vom Staatsministerium angewiesen, alle Organisationen, die sich mit Waffen versehen oder sich militärische oder polizeiliche Ziele gesetzt haben, insbesondere auch Ortsgruppen der sogenannten Organisation Eisenerich zu verbieten. Die Ausübung der Polizeigewalt steht ausschließlich dem Staate zu. Es könne daher nicht gebuldet werden, daß Einzelorganisationen sich polizeiliche Befugnisse anmaßen oder Mittel polizeilicher Art anwenden. Auch die privaten Selbstschutzorganisationen sind verboten.

Der einzige Weg

Am Schluß der gestrigen Reichstagsverhandlungen über das Ergebnis der Londoner Konferenz wurde über drei Resolutionen abgestimmt. Zunächst über die von den Kommunisten, welche lautete:

„Der Reichstag wolle beschließen, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Sowjet-Rußland aufzunehmen. Die gegenwärtige Regierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.“

Obwohl die Frage der Beziehungen zu Rußland nur in einem losen Zusammenhang mit dem Thema des Tages stand, haben wir dieser Entschliebung zugestimmt, da wir an sich auch geordnete Beziehungen mit Sowjet-Rußland wünschen und uns für sie erst vor kurzem bei der Besprechung unserer Interpellation eingesetzt haben. Die Resolution wurde mit allen gegen die unabhängigen und kommunistischen Stimmen abgelehnt.

Dasselbe Schicksal erlitt unser eigener Antrag, der folgende Fassung hatte:

„Der Reichstag m. H. billigt, daß die Regierung durch ungenügende Durchführung des Friedensvertrages von Versailles, insbesondere durch Nichtentwaffnung der Konterrevolution, sowie durch mangelhafte Vorbereitung und Führung der Verhandlungen in London der Entente Vorwürfe für die Geltendmachung unerfüllbarer Forderungen und für die als Sanktionen bezeichneten Gewaltmaßnahmen geliefert und damit zum Scheitern der Verhandlungen beigetragen hat. Der Reichstag spricht jedoch die Erwartung aus, daß die Regierung jede brauchbare Gelegenheit zur Wiedereröffnung der Ausgleichsverhandlungen mit der Entente ergreifen wird.“

Angenommen wurde mit Unterstützung der Deutschnationalen und der Rechtssozialisten der Antrag der Regierungsparteien, wonach es der Reichstag billigt, daß die Reichsregierung die Ablehnung der Pariser Bedingungen der Unterwerfung unter die unerfüllbaren Forderungen vorgezogen hat.

Obwohl auch wir die Pariser Forderungen für undurchführbar halten, konnten wir uns nicht mit einer Formulierung einverstanden erklären, die in diesem Augenblick auf jede Kritik an der Regierung verzichtet und von ihr immerhin als eine Art von Vertrauensvotum aufgefaßt werden kann.

Bemerkenswert war das Verhalten der Rechtssozialisten. Die von Zentrum, Deutscher Volkspartei, Demokraten, Bayerischer Volkspartei unterschriebene Resolution billigt ursprünglich das Verhalten der Reichsregierung bei der Ablehnung der unerfüllbaren Forderungen. Die Rechtssozialisten erklärten, dieser Billigung nicht beizustimmen zu können. Wären sie auf diesem Standpunkt stehen geblieben, so hätte sich das klare Bild ergeben, daß die Regierung selbst die allerbedeutsamste Vertrauensfundamente nur erhalten konnte, wenn die Deutschnationalen sich an die Seite der Koalition stellten. Jedoch die Rechtssozialisten bekamen offenbar Angst vor ihrer eigenen Courage. Trotz alledem und alledem ist es ihnen noch immer unmöglich, in die Opposition zu treten, und so wurde denn mit den Bürgerlichen die neue Fassung verabredet, die, ohne in ihrem sachlichen Inhalt wesentlich von der alten abzuweichen, der Sozialdemokratischen Partei ermöglichte, ihre Politik der wohlwollenden Neutralität fortzusetzen.

Die Regierung aber ist so mit einem blauen Auge aus der parlamentarischen Debatte herausgekommen. Die Mehrheit des Reichstags hat ihr zwar nicht ihr Vertrauen bezeugt, aber ihr doch auch kein ausdrückliches Mißtrauensvotum ausgestellt, und beschließen, wie das Kabinett Fehrenbach doch nun einmal ist, begnügt es sich mit einem Ergebnis, das seinem Ministerium in irgendeinem anderen parlamentarisch regierten Staat genügt haben würde.

Um die Bedeutung der schließlich angenommenen Resolution voll würdigen zu können, muß man sie noch in Zusammenhang mit den Nebenstellen, die im Plenum und in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses von den Vertretern der Rechtsparteien gehalten worden sind. Herr Stinnes, von dem man doch wohl nicht annehmen darf, daß er im Gegensatz zu seiner Fraktion steht, hat im Ausnahmungsangriff gegen die Regierung gerichtet, die sich an sachlicher Schärfe kaum überbieten ließen, und im Plenum ist Graf Westarp als Redner der Deutschnationalen, auf seine nationalistischen Argumente gestützt, mit Herrn Simons rücksichtslos ins Gericht gegangen. Nur sind eben aus all diesen Worten nicht die logischen Konsequenzen gezogen worden. Die Gründe für dieses Umwegen liegen auf der Hand. Die Rechtsparteien wissen, daß sie in diesem Augenblick die Regierung nicht übernehmen können. Hinter all ihren stolzen Reden steht doch die Furcht. Es muß irgendwann zu neuen Verhandlungen mit der Entente kommen, und die können weder von Herrn Strejmann noch von Herrn Hergt auf der Linie, die ihre Parteien in diesen Tagen eingehalten haben, mit einiger Aussicht auf Erfolg geführt werden.

Das Kabinett Fehrenbach lebt, weil ein Ersatz fehlt. Die Rechte ist der Entente gegenüber unmöglich und die sozialistische Linke, die an sich verhandlungsfähig wäre, ist in diesem Augenblick nicht stark genug, die Geschäfte zu übernehmen. Einmal infolge ihrer Zersplitterung, sodann aber auch, weil all die nationalistischen und militaristischen Elemente, die in krasse Zeiten wieder gepöppelt worden sind, ihr im Nacken sitzen und ein erpressliches Arbeiten auf internationalem Gebiete unmöglich machen würden. Jetzt rächt sich am deutschen Volke die unselige Politik, die die Rechtssozialisten vom 6. Januar 1919 bis zum 13. März 1920 getrieben haben.

Das war die eine Feststellung, die Genosse Breitscheid, der die Stellung unserer Reichstagsfraktion in einer scharf kritischen Rede präziserte, treffen mußte. Und nachdem er nochmals die Unklarheit und Unvollständigkeit der auswärtigen Politik gekennzeichnet hatte, wandte er sich der Frage zu:

Was aber soll nun geschehen? Herr Simons erklärte, daß Deutschland nicht den ersten Schritt zu neuen Verhandlungen tun könne, solange die Sanktionen in Kraft seien. Lloyd George verlangt, daß Deutschland die Initiative ergreife. Aus dieser Sackgasse müssen wir hinaus, und deshalb ist mit allem Nachdruck zu verlangen, daß jede Gelegenheit zur Wiederaufnahme der Verhandlungen benutzt wird, und daß Deutschland seinerseits sobald als möglich neue Vorschläge macht. Die Sanktionen sind hart. Man muß damit rechnen, daß sie noch verschärft werden. In einer solchen Lage ist es fächerlich, den Ehrenstandpunkt hervorzuführen. Das Wohl des deutschen Volkes steht höher als die Rücksicht auf irgendwelche internationale Etikette.

Die große Frage ist nun nur die: Kann das Kabinett Fehrenbach mit dem Minister Simons erträgliche Bedingungen von der Entente erhalten? Es muß seine unbedingte Bereitwilligkeit zur Teilnahme an dem Wiederanfang betonen. Es muß dem Umstand Rechnung tragen, daß weder Briand noch Lloyd George auf die große End-

ziffer des Pariser Abkommens formell verzichteten können, und es muß sich daher angelegen sein lassen, vor allem eine Regelung für die nächsten Jahre herbeizuführen. Es hat ein Recht, diese Politik auf kurze Sicht zu treiben, weil in einem halben Jahrzehnt sich in den Staaten der Entente, so gut wie bei uns, politisch und wirtschaftlich außerordentlich viel geändert haben kann.

Nehmen wir an, daß die Regierung sich zu dieser Einsicht durchdringt, wird sie dann aber das für die Verhandlungen und ihre günstige Beendigung notwendige Vertrauen besitzen? Lloyd George wird an jeden ihrer Vorschläge die Frage knüpfen, ob sie denn nach dem Verlauf der Debatten der letzten Tage der Einlösung ihrer Versprechungen durch den Reichstag sicher sein könne. Das Mißtrauen, daß die Entente ihr von Hause aus entgegenbringt, wird verstärkt durch den Hinweis auf die außerordentlich schwache Position des Ministeriums Fehrenbach in Deutschland selbst. Und was für uns das Wesentlichste ist, die Arbeiterchaft in den Staaten der Alliierten, die an sich bereit sein konnte, auf ihre Regierungen einen Druck zugunsten des deutschen Volkes auszuüben, wird sich nach allem, was sie über die Vorgänge in Deutschland hört, die Frage vorlegen, ob nicht ein Eingegenkommen ihrer Regierungen eine Stärkung der Machtposition der deutschen Reaktion zur Folge haben würde, die ihrerseits sobald sie den Druck an ihrer Gurgel nicht mehr spürt, wieder mit dem Versuch begünne, sich den Verpflichtungen aus den unterschriebenen Verträgen zu entziehen.

Trübe Aussichten! Immer mehr wird es klar, daß der wahrhaftige und dauernde Friedenszustand durch kapitalistische Regierungen nicht herbeigeführt werden kann. Die einzige Möglichkeit wirklicher Verständigung, die sie besitzen bezogen darin, daß sie sich auf Kosten des Proletariats einigen. Von allem andern abgesehen aber läme auch so kein Friede, sondern nur ein vorübergehender Waffenstillstand zuwege. Alle Hoffnungen ruhen auf dem arbeitenden Volk der Welt. Der entschlossene Wille der Ausgebuiteten aller Länder, in fester Solidarität das verhängnisvolle Joch des Kapitalismus abzuwerfen und durch internationale Gemeinschaftsarbeit die Folgen des letzten Krieges zu beseitigen und in Zukunft Kriege unmöglich zu machen ist das einzige was Rettung verspricht.

Die Einziehung der Zollabgabe

London, 12. März.

Der Wortlaut der Gesetzesvorlage über die Einziehung der Reparationsbeträge, welche dem Unterhause vorgelegt wurde, ist nunmehr veröffentlicht worden. Die Hauptpunkte dieser Vorlage sind folgende: Die Kaufleute, welche deutsche Waren in England einführen, werden verpflichtet sein, an die Hauptverwaltung der Zölle und Steuern einen gewissen Teil des Wertes dieser Waren abzuführen, der nicht über 30 Prozent hinausgehen soll und dessen Höhe von Zeit zu Zeit durch das Schahamt bestimmt werden wird. Die Beamten der Zollverwaltung werden alle so erhobenen Summen auf ein eigens zu diesem Zweck eröffnetes Habenkonto verbuchen, und diese Beträge werden zur Abdeckung der von Deutschland durch den Pariser Vertrag übernommenen Verpflichtungen verwendet werden.

Diese Bestimmungen werden nicht auf deutsche Waren zur Anwendung gelangen, die nur zur Wiederausfuhr nach Deutschland eingeführt worden waren, und die nur im Durchgangsverkehr oder zum Umladen nach dem Vereinigten Königreich kommen. Die Beamten der Zollverwaltung werden den Wert der Waren selbst bestimmen. Falls es hierüber zu Streitigkeiten kommen sollte, werden sie der Zuständigkeit eines vom Reichshofamt bestimmten Schiedsgerichtes unterbreitet werden. Die Beamten sollen das Recht haben, genaue Einzelheiten über die Art und Herkunft der eingeführten Waren zu verlangen. Solche Kaufleute, welche vor dem 2. März Beiträge über die Einfuhr deutscher Waren unterzeichnet haben, können sich an den Obersten Gerichtshof wenden, um die vorläufige Einziehung oder Aufhebung der gerichtlichen Maßnahmen zu verlangen, welche eine Folge der Durchführung dieser Beiträge sein würden, aber nur in dem Falle, daß die Betroffenen in Gemäßheit der Bestimmungen dieser Beiträge Opfer erlitten sein sollten. Das neue Gesetz ermächtigt den Board of Trade, die Zahlungen die an die Kommissare zu leisten sind, herabzusetzen, oder auch bestimmte Waren von Zahlungen zu befreien, und zwar auf Grund des Urteils eines Sachverständigenausschusses, der vom Board of Trade ernannt werden wird.

Französischer Ministerrat

Paris, 12. März (Savas).

Die Minister traten heute vormittag im Elysee unter dem Vorsitz Millierands zusammen. Der Ministerpräsident erstattete Bericht über die Erledigung seiner Mission in London. Ein weiterer Ministerrat wird Donnerstag stattfinden. Der Ministerrat legte Wert darauf, Briand zu den günstigen Ergebnissen zu beglückwünschen, die er auf der Londoner Konferenz erreicht hat.

Bandverlebe billigt . . .

Aus Brüssel wird telegraphiert: Unter dem Vorsitz des Königs traten die Minister zusammen und nahmen den Bericht der Vertreter Belgiens bei der Londoner Konferenz entgegen. Die Minister billigten den Bericht. Der König beglückwünschte die Delegierten zu den erzielten Ergebnissen.

Dem belgischen Kabinett gehören die Minister Vandervelde, Delebecq, Wouters und Anseele an, sämtlich Mitglieder der belgischen sozialistischen Partei und der I. Internationalen.

Der Testamentschwindel der Hohenzollern

Bei der Diskussion über die Affäre des Prinzen Friedrich Leopold wird folgendes interessante Geheimnis enthüllt: Die Preussische Regierung sieht das Testament des Königs Friedrich Wilhelm III. an und zwar mit folgender Begründung: Es gibt überhaupt kein Testament Friedrich Wilhelm III. Dieser hat vielmehr durch seinen Sekretär auf abgeleitete Zettel, in denen von Papier, Aufzeichnungen machen lassen, die als Material für eine Testamentsgebung dienen sollten. Bereits zu seinen Lebzeiten erklärte man, daß dieses Testament nicht gültig sei und versuchte, ihn wenigstens zur Unterschrift der einzelnen Zettel zu bewegen. Aber auch das war bei deren Fülle nicht möglich und so wurden sie wenigstens katalogisiert. Nach seinem Tode traten die Erben zusammen und beschloßen, diese katalogisierten Zettel als das Testament anzuerkennen. Die Sache hätte aber

einen Haken. Wenn nämlich über bestimmte Bestiimmer des Preussischen Landesherren nicht durch ein vollständiges Testament bestimmt ist, so fällt dieses Bestiimmer an den Staat. Da ein vollständiges Testament in Ueberzeugung der Erben nicht vorlag, so hätten sie alle in Betracht kommenden Bestiimmer — darunter gehört auch das Gut Platon-Krojanke des Prinzen Friedrich Leopold — an den Staat abtreten müssen. Das aber haben die braven Hohenzollern nicht getan, sie haben vielmehr den Staat um seinen rechtmäßigen Besitz betrogen und einen Testamentschwindel größter Art begangen, indem sie sich selbst Bestiimmer zuhantzten, auf die sie nach dem bestehenden Landrecht keinerlei Anspruch hatten.

Und immer noch Kerkhoff

Das Disziplinarverfahren gegen Staatssekretär Hirsch eingestellt

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Freitag der Etat des Justizministeriums, des Arbeitsministeriums und des Wirtschaftsministeriums erledigt. Bei der Beratung des Etats des Wirtschaftsministeriums wurden endlich die Vorwürfe aufgehellt, die vor einigen Monaten an derselben Stelle der Abgeordnete Kerkhoff gegen den Staatssekretär Hirsch erhoben hatte. Kerkhoff hatte damals von einer „Korruption der Gesinnung“ gesprochen, die im Reichswirtschaftsministerium herrsche.

Von dem Reichswirtschaftsminister Scholz deswegen zur Rede gestellt, versuchte er zuerst einer klaren Antwort auszuweichen, wurde aber dann durch das Eingreifen sozialdemokratischer Abgeordneter gezwungen, Näheres über seine Behauptungen zu sagen. Er nannte dann den Staatssekretär Hirsch als denjenigen, den er mit dem Vorwurf habe treffen wollen, weil dieser ihm geschäftliche Vorteile versprochen habe, wenn er sich mit den Absichten der Regierung einverstanden erkläre. Er (Kerkhoff) habe das natürlich ganz entrüstet zurückgewiesen! Außerdem habe er auch noch weiteres Material über Korruption im Wirtschaftsministerium. Staatssekretär Hirsch bestritt entschieden, eine derartige Keucherei getan zu haben, was von dem einzigen Zeugen dieser Unterredung, einem Regierungsrat, nachdrücklich bestritten wurde. Trotzdem beantragte Hirsch zur Klarstellung die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich.

Nach monatelangem Hinziehen durch Kerkhoff ist dieses Verfahren endlich abgeschlossen worden. Der Reichswirtschaftsminister Scholz erklärte in der Sitzung des Haushaltsausschusses, daß das Disziplinarverfahren nach der Durchführung eingehender Erhebungen eingestellt worden sei. Er sei bereit, das sehr ausführliche Rechtsgutachten und die Verhandlungen des Disziplinarverfahrens, falls das gewünscht werde, dem Ausschusse vorzutragen. Dieser Wink an die Adresse der Deutschnationalen aber blieb wirkungslos. Sie rührten sich nicht, da sie ja Kenntnis davon hatten, daß das Verfahren gegen Hirsch die vollständige Notwendigkeit der Kerkhoff'schen Behauptungen ergeben und ferner gezeigt hatte, daß Kerkhoff auch im Übrigen nur völlig beweislose Verdächtigungen aufgestellt hatte. Sie schwiegen aber vor allen Dingen deshalb, weil das Disziplinarverfahren ihren damals und auch jetzt noch so eifrig verteidigten Kerkhoff in einem höchst zweifelhaften Licht gezeichnet hat.

Die Person Kerkhoffs ist uns nach wie vor gleichgültig. Politisch bedeutsam aber ist, daß in der Deutschnationalen Partei, die monatelang einen Scheinkampf gegen Korruption geführt hat, geradezu ein Herz der Korruption vorhanden ist, und daß die Partei die Leute, gegen die öffentlich die schwersten Anschuldigungen erhoben werden, die ihnen bei der Bewirklichung ihrer unjauberen Absichten im Wege stehende Beamte beweislos verdächtigen, mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe umschlingt.

Das neue Uebersichtenabkommen

Der am 11. März im Reichs- und Staatskommissariat Dortmund unter dem Vorsitz des Prof. Dr. E. Franke-Berlin für den Kohlebergbau erwählte Schlichtungsausschuß, bestehend aus den Herren: Prof. E. Franke-Berlin, als Vorsitzender; Reg. Rat Dr. Tiburtius vom Reichsarbeitsministerium; Reg. Rat Berger vom Reichswirtschaftsministerium (als Unparteiische); Stiller-Duisburg, Dr. Müller-Essen, Jähren-Holz-Hebe (als Arbeitgebervertreter); Becker-Giesken, Kemper-Mühlheim-Ruhr, Eifers-Beckdorf (als Arbeitnehmervertreter); Bergbaupräsident Schang, Bergrat Köhne-Essen, Bergrat Dr. Weise und Reichs- und Staatskommissar Mehlisch als Sachverständige, füllte folgenden Schiedsspruch:

1. Vom 15. März 1921 ab wird an vier Tagen in der Woche im Anschluß an die siebenstündige Arbeitsschicht je eine Stunde Ueberschicht zu dem wöchentlichen Lohnzuschlag von 100 Proz. verfahren.
2. In Verbindung damit wird folgender Lohnzuschlag ansetzt und über Tage je Schicht gewährt: 8 M. für alle über 20-jährigen, 7 M. für alle 18—20-jährigen, 6 M. für alle 16—18-jährigen, 3 M. für alle 14—16-jährigen.
3. Den Parteien wird empfohlen, daß der vom Beitzkostenverband durch Beschluß vom 30. Dezember 1919 zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter festgesetzte Beitrag von 2 Mark für die Lohne abgefahrter Kohlen den Arbeitern vor zur Verfügung gestellt wird.
4. Für die vier Ueberschichten wöchentlich werden nach besonderen mit der Reichsregierung zu treffenden Abmachungen ein Verbilligungszuschlag zur Bezahlung von 200 Gramm Fett, außerdem für die über und unter Tage Arbeitenden ein Brotzuschlag von 375 Gramm gewährt.
5. Dieses Abkommen kann vom 15. März 1921 ab von jeder der Parteien mit einer Frist von 14 Tagen am 1. und 15. jeden Monats gekündigt werden.

Nationalistische Rohlinge

Ein Ueberfall auf den Genossen Otto Bauer.

Wien, 12. März.
Eine Korrespondenz meldet: Die sozialistischen Studenten veranfaßten im kleinen Festsaal der Universität eine Märzfeier, bei der Abg. Dr. Otto Bauer, Professor Grünberg und Ludo Hartmann sprechen sollten. Die Deutschnationalen Studenten drangen in den Festsaal und sprengten die Versammlung. Es kam zu Kämpfen, wobei auch Dr. Bauer insuliert wurde. Auf die Kunde hier von eilte ein großer Trupp Wehrmänner aus der Kofbauer Kaserne ohne Seitengewehr zur Universität. Inzwischen hatten die Deutschnationalen die Rampe besetzt. Die Wehrmänner, die in die Universität einzudringen versuchten, wurden schließlich von der Rampe herabgedrängt. Die Polizei bildete zwischen beiden Parteien einen Korridor. Nachdem die Wehrmänner die Nachricht erhalten hatten, daß Dr. Bauer unverletzt und in Sicherheit sei, zogen sie ab, worauf auch die deutschnationalen Studenten sich zerstreuten.

Maura lehnt ab. Maura, der mit der Neubildung des spanischen Kabinetts beauftragt worden war, hat diese abgelehnt. Der König hat nunmehr Callasar mit dieser Aufgabe betraut, der sich bereit erklärt hat, ein konservatives Konzentrationministerium zu bilden.

Arbeiter seid auf der Hut!

Macht die Putschabsichten zushanden!

Die nationalstiftischen Kreise in Deutschland glauben, daß jetzt ihre Zeit wiedergekommen sei. Sie versuchen eine Wiederbelebung des Kummels vom August 1914, sie wollen die Auseinandersetzung mit der Entente dazu benutzen, um das Volk aufs neue in den Kriegswahn zu heben. Offen und insgeheim arbeiten sie unermüdet an der völligen Wiederherstellung der alten Zustände, an der Wiederaufrichtung des Militarismus, an der Wiedereinsetzung der geschloßenen oder davongejagten Monarchen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat eine Reihe von Dokumenten veröffentlicht, aus denen näheres über die Absichten der Nationalisten hervorgeht. Die Wiederkunft der Rapp-Tage soll dazu ausersehen sein, um einen neuen Putsch zu versuchen. Man glaubt, daß infolge der durch die Londoner Verhandlungen erzeugten Stimmung die Gelegenheit jetzt günstiger sei als vor einem Jahre. Die bürgerliche Presse glaubt, daß diese Dokumente gefälscht seien. Selbst der Staatskommissar für öffentliche Ordnung muß aber erklären, daß es sich bisher noch nicht hat feststellen lassen, was an den Behauptungen, daß eine Neuaufgabe des Rapp-Putsches bevorstehe, wahr sei. Eingehende Nachforschungen seien noch im Gange.

Daß diese Behauptungen aber durchaus nicht aus der Luft gegriffen sind, das geht neben vielem anderen aus der Tatsache hervor, daß die Berliner Alldeutschen mit Unterstützung des Nationalverbandes deutscher Offiziere und der Vereinigung ehemaliger Baltikamer für heute vormittag eine Demonstration gegen die Entente angefangen haben.

Wir sind in der Lage, die folgende Einladung veröffentlicht zu können, von der niemand behaupten darf, daß sie gefälscht sei.

Am Sonntag, den 12. März, 10 Uhr vorm., Auftreten der Mitglieder am Herlesbrunn, Bülowplatz, zum großen Protestzug gegen die Anwesenheit von Ententekommissionen in Deutschland nach Bruch des Friedensvertrages durch die Entente. Studentische und andere nationale Verbände schließen sich mit Fahnen zu einer nationalen Kundgebung an.

Die Mitglieder werden ferner darauf hingewiesen, daß am Montag, den 14. März, abends 8 Uhr, im Tiergartenhof am Bahnhof Tiergarten ein Vortragabend vom „Verband nationaler Soldaten“ veranstaltet wird.

Es spricht: 1. Herr Rittm. v. Koblinski über das Thema: „Das wahre Gesicht des Bolschewismus“. (Eigene Erlebnisse). 2. Herr Major Kurt Kater über das Thema: „Kronprinz Wilhelm als Soldat und Politiker“.

Der Besuch dieser Veranstaltung wird den Mitgliedern empfohlen. Zu beiden Veranstaltungen können Gesinnungsgenossen mitgebracht werden.

Verein ehemal. Baltikämpfer (Stempel.) Totenkopf „und doch“ Ortsgruppe Berlin.

Die Nationalisten wollen also heute vor die Ententekommissionen ziehen und Zusammenstöße mit den ausländischen Vertretern provozieren. Ohne Zweifel glauben sie, daß dieses Narrenspiel zu einer weiteren Verschärfung der Beziehungen zu den Alliierten führen würde und einen völligen Bruch veranlassen könnte. Die Kriegsverbrechen haben noch nicht an dem Abend genug, das sie bisher schon über das Volk gebracht haben. Mit neuen Schandtatzen wollen sie die Geschichte der Menschheit besudeln.

Die Regierung und die Polizeibehörden erklären zwar, daß alle Vorbereitungen zur Verhinderung von Putschgefahren seien. Das arbeitende Volk darf sich aber nicht daran genügen lassen, es muß den nationalstiftischen Narren und Verbrechern mit aller Deutlichkeit sagen, daß ihre Zeit für immer vorüber ist!

Waffenschiedungen in Thüringen

Wie aus Halle gemeldet wird, werden sehr Einzelheiten über Geschäfte mit Schrotz als Waffenteile zwischen der Reichswehrhandelsgesellschaft, Thüringer Waffenschiedungen und dem Reichswehrministerium bekannt, bei denen das Reich nicht unerheblichen Schaden erlitten hat. Zu dieser Angelegenheit, die jetzt von einer Kommission des Reichswehrministeriums untersucht werden soll, erfahren wir folgende Einzelheiten:

Die Waffenaufkäufe durch Beauftragte des Reichswehrministeriums beschäftigen die Öffentlichkeit und zum Teil auch die Staatsanwaltschaft seit mehreren Monaten. Das Reichswehrministerium hat einige Wochen, bevor die allgemeine Entwaffnungsbewegung begann, und bevor der allgemeine übliche Handel mit Waffen strafbar war, vier Kommissare mit weitgehenden Vollmachten in das Reich entsandt, die in Süddeutschland, in Thüringen und im Ruhrrevier Waffen aufkaufen sollten. Jeder dieser Kommissare erhielt einen Fonds von 20 Millionen Mark in seiner Verfügung, um größere Käufe tätigen zu können. In Mitteldeutschland, in der Gegend von Suhl und Jella-Neudorf, war der Beauftragte der Erfassungsbteilung Handrad tätig, der dort Großabfälle mit den Waffenschiedungen tätige Handrad arbeitete nach verschiedenen Richtungen. Er führte sich bei den Waffenschiedungen meist als Vertreter der sängeren Waffenschiedung Berlin ein und schloß mit ihnen Käufe über ganze Läger ab. Er erhielt Gewehrläufe im Durchschnitt zum Preise von vier Mark, Maschinengewehre zum Preise von 12 bis 15 Mark u. v. m. In einem Fall kaufte er ein Waffenslager von einer Fabrik für 600 000 Mark an und gab einen Scheck auf seine Bank, auf der die zu den legalen Waffenkäufen benötigten Kapitalien eingezahlt waren. Der Fabrikant gab den Scheck an seine eigene Bank weiter und diese honorierte den Scheck, nachdem sie sich bei dem Bankinstitut Handrads erkundigt hatte, ob Deckung vorhanden sei. Auf die Auskunft, daß das Konto Handrads um vieles höher sei, glaubte die Bank ohne Gefahr dem Fabrikanten die 600 000 Mark auszuhändigen zu können. Inzwischen trat Handrad, der sich vorher als Privatkaufmann ausgegeben hatte, plötzlich als Beauftragter des Reichswehrministeriums auf, sperrie den Scheck in Höhe von 600 000 Mark und behauptete das vorher gekaufte Waffenslager. Infolgedessen hat nun die Bank, die im Vertrauen auf die Auskunft des Handrads zur Verfügung stehenden Bankguthaben, dem Waffenschiedungen den Scheck honoriert hatte, die Klage gegen den Beauftragten des Reichswehrministeriums auf Rückzahlung des Geldes erhoben. Es sollen noch mehrere dergleichen Klagen gegen Handrad anhängig gemacht werden. — Die „Mitteldeutsche Zeitung“ in Erfurt beschäftigt sich eingehend mit den Waffenaufkäufen in Thüringen und schreibt dazu:

Ein anderer hiesiger Betrieb spielt eine eigene Rolle in der Affäre: Die Pantherwerke, deren einer Inhaber, Herr Reil, früher Waffenschiedung im Reichswerk war. Es steht fest, daß einmal vom Reichswerk den Pantherwerken 30 000 Gewehrläufe, Modell 98, zur Anfertigung von Visierbüchsen und Jagdwaffen geliefert wurden, von denen ein großer Teil an Herrn Handrad gelangte, der sie erkaufte. Ein anderer Teil kam an die „Mitteldeutsche Werkszeugmaschinenfabrik“ in Erfurt. Wir kennen diese Firma nicht näher, wir erinnern uns aber, daß uns eines Tages die Abschrift eines Briefes vorgelegt worden ist, der „Iris gepanzen“ war und in dem der Inhaber oder Direktor dieser Werkszeugmaschinenfabrik von Berlin aus gewarnt wurde, daß die Kriminalpolizei hinter die Waffenschiedungen nach Rumänien gekommen sei. Wir gaben der Behörde Kenntnis von diesem inoffiziellen Brief, wissen aber nicht, ob er ihn entsprechend verwerten

konnte. Daß sich auf den Pantherwerken übrigens private Waffenschiedungen entwickelten, bei denen recht nette Summen verdient wurden, ist eine Tatsache, mit der wir unseren Zeitungen einen Abdruck geben wollen. Bleibt doch die Forderung nach restloser Aufklärung darüber, ob es richtig ist, daß Waffen, resp. Waffenteile, die der Erfassungsbteilung des Reichswehrministeriums, Handrad, angeblich aus Jella-Neudorf nach Spandau und Magdeburg zum „Verhören“ gelangt hat, tatsächlich als gebräuchliche Waffen nach Rumänien gingen, um die Reichswehr zu veranlassen, endlich einmal die Rolle preiszugeben, die dieser Erfassungsbteilung gespielt hat und in den künftigen Revolutionskämpfen hineinzuleuchten. Freilich: sie mühten dabei wohl die Laterne auch sich selbst ins Gesicht halten.“ Die oben Heftigen gegen die Revolution hätte sich das Blatt ersparen können. Die Waffenschiedungen werden doch nicht im Interesse der Arbeiter vorgenommen; wenn für die Schieberen schon eine Regierung verantwortlich ist, dann ist es die Sinnestherapie.

Nationalistisches Treiben am Rhein

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Düsseldorf, 12. März.

Von nationalistischer Seite wird hier eine maßlose Heize getrieben. Allerhand ebenso lächerliche wie schändliche Gerüchte gehen um und schädigen dadurch vor allen Dingen die Arbeiterklasse. So wird z. B. behauptet, die Düsseldorfer Arbeiter wollten als Protest gegen die Maßnahmen der Entente von der nächsten Woche ab nur noch 3 Stunden täglich arbeiten. Dieses Gerücht ist laut-r Unfug. Die werktätige Bevölkerung unserer Stadt beobachtet in dem Ringen zwischen der deutschen Regierung und der Entente die einzig mögliche und vernünftige Haltung; sie ist völlig neutral und vermeidet jede überflüssige Verhärfung der ohnehin so verfahrenen Situation.

Die Befehlshaber haben bis jetzt in den täglichen Gang des Lebens nicht anders eingegriffen, als ihre allgemeine politische und militärische Stellungnahme nach Ablehnung des Londoner Ultimatus es mit sich bringt. Sie bemühen sich offensichtlich, der Bevölkerung zu zeigen, daß sie zwar Ernst mit ihren sogenannten Sanktionen machen, aber weit davon entfernt sind, gegen die Einwohner aggressiv zu werden.

Interessant ist die Tatsache, daß die deutsche Uebersetzung der ersten Proklamation des Generals Degoutte folgenden im französischen Text nicht enthaltenen Passus hat: „Kein Streik wird geduldet.“ Amlich wurde den hiesigen Arbeitervertretern dies dahin interpretiert, daß es sich hier nur um lebenswichtige Betriebe handelt, gewöhnliche Lohnkämpfe aber davon nicht berührt werden. Die nächtliche Straßensperre wurde nach einträglichem Beschehen wieder aufgehoben. Dem Verkehr werden keinerlei Beschränkungen mehr auferlegt. Einreisendeboten bestehen nicht, es gelten lediglich die üblichen Bestimmungen über Personalausweise.

Die bayerischen Rebellen.

München, 12. März.

Die „Münchener Zeitung“ meldet: Der Ministerrat hat beschlossen, gegen das Vorgehen der Berliner Regierung in Sachen der Einwohnerwehr in schärfster Form zu protestieren. Die Bayerische Volkspartei hat beschlossen, sofort aus der Regierungskoalition im Reich auszuschleiden. Dr. Heim hat sich nach Berlin begeben.

Deutscher Reichstag

(Schluß des Berichts aus der 2. Vellage.)

Staatssekretär Albert: Der Reichsanstalt ist der Warnung wissenschaftlicher Unwahrheit gemacht worden, weil sie erklärt haben soll, daß am Sonnabend keine Verhandlungen mit der Parliamentspartei stattfinden würden. Wenn diese Äußerung gefallen ist, handelt es sich seitens der Reichsanstalt nur um ein Mißverständnis.

Reichsminister des Neuereu Simons:

Die Darlegungen des Abgeordneten Breitfeld veranlassen mich zu einigen Richtigstellungen. Es ist falsch, daß ich meine Reise nach Süddeutschland nur gemacht habe aus agitatorischen Gründen. Ich bin nach Süddeutschland gereist, weil mir die Informationen, die ich hier erhielt, nicht genügen. Ich habe in Süddeutschland nicht nur geredet, sondern habe überall Näheres denommen und Erkundigungen einzuholen. Herr Breitfeld erkennt das nicht an, sondern haut in dieselbe Kerbe wie unsere Gegner. Herr Breitfeld hat die Gelegenheit benützt, um aus den Verhandlungen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten einen Zusammenstoß des Näheren zu schildern, den ich mit Herrn Simons gehabt habe. Herr Simons hat mich sehr stark angegriffen und ich habe mich gewehrt. Aber es gäbe doch ein ganz falsches Bild, wenn das Bild, das Herr Breitfeld aus diesem Kampf vorgebracht hat, so ausgelegt wird, wie es die Zeitungen wiedergegeben haben. Das ganze war nichts weiter als

eine scharfsinnige Erwiderung auf einen scharfsinnigen Angriff.

(Bewegung, Jurufe bei den U. Soz.: Wo hört denn da der Scharf auf?) Herr Breitfeld hat dann ebenso wie Herr Weis getadelt, daß wir in London nicht mit einem ausgearbeiteten Wiederaufbauplan an unsere Gegner herantreten sind. Niemand kann das mehr behaupten als ich. Aber der täuscht sich, der glaubt, die Regierung sei in der Lage, den Wiederaufbau in Nordfrankreich zu machen, wie ihn Herr Weis geschildert hat. Ich möchte die französische Regierung oder die französischen Behörden sehen, die erlauben, daß wir Nordfrankreich durchkreuzen und dort Pläne für den Wiederaufbau machen. (Sehr richtig!) Bei der Wehrheit.) Wer das glaubt, verkennt das Nichtwahr und die Abneigung der französischen Behörden. Die Leute, die wir nötig hätten, um das zu machen, würden in Frankreich gar nicht hineingelassen werden. Wenn Herr Weis seinen Kollegen Braun fragte, dann würde er wissen, welche Anstrengungen ich gemacht habe, mit den Gewerkschaften einen solchen Plan aufzustellen. Aber ich gebe die Hoffnung noch nicht auf. — Graf Weis hat in seinen Äußerungen über die fortdauernde Abneigung der Reichsregierung trotz der Gewaltmaßnahmen unserer Gegner das Programm der Durchführung des Friedensvertrages innerhalb der Grenzen des Möglichen durchzuführen, gemeint, daß in diesen meinen Worten ein Freibrief für alle Gewaltmaßnahmen der Gegner liege. Ich habe schon in London gesagt: die große Gefahr besteht darin, daß, wenn unsere ersten Sanktionen nicht erreicht haben, was ihr wolle, ihr dann kommt, die Sanktionen zu verhängen. Das ist das letzte Ende zur

Wiederaufnahme der Gewaltmaßnahmen aus unsererseits.

Sie sehen daraus, daß ich keinen Freibrief aussprechen will, aber vermeiden will, in den unglückseligen Krieg wieder hineinzukommen. Graf Weis hat ferner, ich hätte durch die Vorschläge in London, insbesondere durch den Vorschlag des Provisoriums, die deutschen Interessen preisgegeben. Er legt wahrscheinlich die Auffassung zugrunde, daß wir auch diese Vorschläge immer nur machen können, wenn diese Ziffern herausgewirtschaftet werden können aus gewissen internationalen wirtschaftlichen Gewinnen Deutschlands. Wir müssen uns in unserer Lage aber auch überlegen: ist außer dem Ausfuhrüberschuß nicht noch etwas anderes da? Da haben doch nun die Gegner auch schon begriffen, daß sie sich auch an die Substanz unseres Volkvermögens halten können, und da müssen wir abwägen, wo für uns der größere Schaden liegt. Ich habe diese Abwägung mit schwerem Herzen vorgenommen, in der Ueberzeugung, daß wir alles tun müssen, was möglich war, um erstens dem Rheinland die Folgen der Zwangsmassnahmen zu ersparen und zweitens die Möglichkeit zu gewinnen, Oberdeutschland bei Deutschland zu behalten. Ich bin fest überzeugt, daß es nur wenige Wochen dauern wird, bis Sie mit mir einer Ueberzeugung sein werden. Graf Weis hat mit vorgeworfen, daß ich Lord George nicht die Behauptung ins Gesicht geschleu-

bert habe, daß Deutschland überhaupt keine Schuld am Kriege hat. Wenn ich das gesagt hätte, so hätte ich mehr gesagt, als ich meine. Die Form meiner Äußerungen muß ich mir doch vorbehalten. Dadurch, daß ich kein Geschrei erheben habe, ist es mir bisher gelungen, mit meinen Gegnern zu verhandeln. Von dieser Form will ich nicht abgehen. Ich weiß, daß in Deutschland sehr viele sind, die diese Art für richtig halten. Halten Sie sie nicht für richtig, so lassen Sie sich den Mann, der nach Ihrer Meinung die richtige Art hat. Ich will ihm sehr gern meinen Platz einräumen.

Abg. Dr. Best (Komm.): Auf dem Wege nach England ist der Außenminister zu einem vollkommenen Zusammenbruch seines Systems gekommen. Er ist nur noch ein Gefolgsmann der Deutschnationalen. Die Haltung der bayerischen Regierung in der Entwaffnungsfrage bedeutet die Kriegserklärung an die deutsche Regierung. Ich frage Herrn Koch, den Mann mit der starken Hand: Wo sind seine Machtmittel gegenüber dieser Kriegserklärung. Der „Tempo“ muß ein Ministerium Weis aus, das Stimmes und andere Gegner der Republik verhaften ließe.

Damit schließt die Aussprache. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Breitfeld (U. S.): Ich halte den Minister des Neuereu nicht für einen Kattator. Bei allen Meinungsverschiedenheiten, die mich von Herrn Simons trennen, bin ich weit davon entfernt, ihn mit Herrn Weis auf eine Stufe zu stellen. Es folgt

die Abstimmung.

Die Anträge sind an anderer Stelle des Blattes wiedergegeben. Der Antrag der Kommunisten wird gegen die Kommunisten abgelehnt. Der unabhängige Antrag wird ebenfalls gegen Kommunisten und Unabhängige abgelehnt.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) erklärt, daß seine Fraktion auch für den abgeänderten Antrag der Regierungsparteien stimmen werde.

Die Abstimmung ist namentlich. Der Antrag der Regierungsparteien wird mit 268 gegen 43 Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Das Haus vertagt sich auf Montag 1 Uhr: Dritte Beratung des Handelsabfindungsvertrages, Fortsetzung der Haushaltsberatung, Gesetz über die Auflösung der Selbstbehördenorganisationen.

Die Lage in Kronstadt

St. Petersburg, 12. März.

Laut den letzten Meldungen behauptet sich Kronstadt nach wie vor. Kronstadt hat sich als unabhängige Republik proklamiert. Die vor Kronstadt liegenden Kriegsschiffe nehmen an den Artilleriekämpfen teil. Die Sowjetregierung hat 12 000 Mann an der finnisch-russischen Grenze aufgestellt, in der Befürchtung, daß die russischen Hilfstruppen aus Finnland erhalten könnten. Nigazier Blättermeldungen zufolge ist es der Sowjetpresse verboten worden, über die Ereignisse zu berichten. Tschitscherin überreichte dem leitenden russischen Vertreter in Moskau eine Note, worin er gegen die Verbreitung der Nachrichten über den Zustand durch die Petlihe Telegrammagentur protestiert. Infolge des heftigen Artilleriekampfes hat auch das regierungstreue Fort Sestrotje aufhört zu feuern. Petersburg ist stark beschädigt. Krasnaja Gorka soll sich den russischen Kräften haben. Das Kronstädter Revolutionskomitee verbreitet Auftrufe, die den rein sozialistischen Charakter der Aufstandsbewegung betonen, und mitteilen, daß die Kommunisten in Kronstadt auf freien Fuß gesetzt worden sind.

In Petersburg sollen zahlreiche Verhaftungen von Arbeitern stattfinden. Die russischen haben ein neues Ultimatum gestellt, welches heute abläuft. Sie verlangen die Kapitulation der Petersburger Garnison. Die Artilleriekämpfe dauern an. Auch Kämpfe um Kiew werden gemeldet. Die Eisenbahnen haben sich gewiegert, die dorthin beorderten Truppen zu befördern. Darauf erließ Trozki einen Befehl, der die Sabotage der Eisenbahnen mit der Todesstrafe bedroht.

Kongreß der Russischen Kommunistischen Partei

St. Petersburg, 12. März.

Nach einer amtlichen Moskauer Meldung ist in Moskau am 8. März unter dem Vorsitz Lenins der 10. Kongreß der Russischen Kommunistischen Partei eröffnet worden. Im Auftrag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands wurde der Kongreß von Genet, von der Polnischen Kommunistischen Partei durch Walecki, von der Englischen Kommunistischen Partei durch Quells begrüßt. In seiner großen Eröffnungsrede erklärte Lenin, daß der Aufstand in Kronstadt in den nächsten Tagen liquidiert werden würde. Die internationale Lage Sowjetrußlands sei durch die äußerst langsame Entwicklung der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt bedingt, und Sowjetrußland könne daher keinesfalls bei seinen politischen Plänen mit einem schnellen Siege der Weltrevolution rechnen. Die wichtigste politische Frage des Augenblicks sei das Verhältnis der Arbeiter zur Bauernschaft. Lenin wiederholte das Zugeständnis der Sowjetregierung, daß die Bauern die Ueberschüsse der Ernteerträge im freien Handel absetzen dürfen.

Ausschneiden!

Druckfache
 Sm die
 Samptredition der „Freiheit“
 Berlin G2
 Breite Straße 8-9

A. WERTHEIM

Frühjahrs-Ausstellung

Neueste Modelle in Straßen- und Gesellschaftskleidern, Kostümen, Mänteln, Mantelkleidern, Blusen, Jumpers, Kleiderröcken, Backfisch- und Kinderkleidern

In dieser Woche besonders preiswerte Angebote



Kleider

- Cheviotkleid reine Wolle, offen und geschlossen zu tragen .. 250⁰⁰
- Foulé - Mantelkleid reine Wolle, farbige Stepperei .. 375⁰⁰
- Mantelkleid aus Gardine, mit sparter Lederverzierung .. 575⁰⁰
- Seidenkleid aus guter Paillette- oder Jumper-artige Taille .. 360⁰⁰
- Crép.de Chinekleid jugendliche Form, mit Handstichen .. 435⁰⁰
- Taffet-Kleid aparte Form, römisch gestreift 475⁰⁰

Mäntel, Kostüme

- Cover-Coat Palotot, Raglanärmel, m. Gürtel 265⁰⁰
- Mäntel elegante Formen, römische Streifen 450⁰⁰
- Kostüm klein karierte helle Stoffe, Jacke mit Halbschiff gefüttert... 450⁰⁰
- Kostüm blau Cheviot, Jacke mit Halbschiff gefüttert, Tressengarn. 550⁰⁰
- Kostüm blau, Gardine, Jacke reich gesteppt, mit Halbschiff gefüttert .. 695⁰⁰
- Tuch-Mäntel elegante Form, farbiger Kragen und Aufschläge .. 575⁰⁰

Blusen

- Batistbluse gestickte, mit farbigen Knöpfen verziert .. 19⁵⁰
- Sportbluse a. Waschkrepp, verschiedene Farben, offen u. geschl. zu tragen .. 39⁰⁰
- Bluse aus Vollwolle, farb. Stickerei, jugendl. Form 58⁰⁰
- Jabot-Bluse aus Vollwolle mit Filetmotiv und Spitzen garniert .. 89⁰⁰
- Bluse aus Waschseide, reich gestickt .. 98⁰⁰
- Jumper aus Kunstseide-Trikot in mod. Streifen 195⁰⁰

Unterröcke

- Unterrock gestreifte Waschstoffe .. 39⁵⁰
- Unterrock guter Trikot, plissierter Stoffansatz .. 55⁰⁰
- Unterrock einfarbiger Satin, plies. Stoffansatz 65⁰⁰
- Unterrock reiseid. Taffet, Säumchengarn. 185⁰⁰

Morgenröcke

- Morgenrock gestreift, Baumwoll-Musseline .. 89⁰⁰
- Morgenrock Baumwollkrepp, Kimonoform 118⁰⁰
- Morgenrock bunter Velle, Kimonoform .. 135⁰⁰
- Morgenrock gemust. Velle, Spitzeneinsätze 210⁰⁰

Kleiderröcke

- Kleiderrock aus gutem marine Wollstoff .. 79⁰⁰
- Kleiderrock römische Streifenmuster .. 145⁰⁰
- Kleiderrock Eolienne, gezogene Form .. 158⁰⁰
- Kleiderrock marine und schwarzer Cheviot 175⁰⁰

Die Theater Anzeigen befinden sich heute auf der 4. Seite der 1. Beilage.

Konkurrenzlose Preise!

- Fahrradreifen Prima Gummi 28 X 1 1/2 von 48⁰⁰ bis 125⁰⁰ Mtl.
 - Garantie-Reifen .. von 70⁰⁰ Mtl. an
 - Gebirgsreifen, prima .. 80⁰⁰ Mtl. (1 Jahr Garantie)
 - Fahrradschläuche, 1a Gummi .. 16.50 Mtl. bis 20⁰⁰ Mtl.
 - Karbid, Del
- AUTOREIFEN- und FAHRRAD-HAUS „Nord-Ost“ Berlin, Elsassstr. 59 am Rosenthaler Tor

Soeben erschien! Soeben erschien!

W. Newski und S. Rawitsch
Arbeiter- u. Bauern-Universitäten
in Sowjetrußland

39 Seiten. Preis 1.00 Mk.
Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11

Ausschneiden!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom 1 Exemplar der **zweimal** täglich erscheinenden Zeitung **„Freiheit“** Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands mit der **jeden** einmal erscheinenden **inhaltsreichsten** Unterhaltungsbeilage **„Freie Welt“** zum Preise von **Mk. 10.** — monatl., **Mk. 5.** — halbmönatl. bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____ Ort: _____ Straße: _____

(Namen deutlich schreiben, Briefe genau anstellen: werr, Hof, Post, Druckgeb.)

Diesem Scheinchen bitten wir an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Straße 8-9, einzulösen.

Abrechnung mit den Rechtssozialisten

Von Artur Griebien / Mark 1.00

Der moralische Zusammenbruch der SPD.

Mark 0.75

Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten

Von Heinrich Strödel / Mark 2.00

Zu beziehen durch die

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

3 ganz besonders billige Angebote

Frühjahrs-Mantel 285,-
aus feinen Wollstoffen viele helle entzückende Muster, flotte Form

Frühjahrs-Jackenkleid 495,-
aus reinwoll. Kammgarn, halb auf Seide gefüttert, moderne Jackenform, eleganter Rock

Frühjahrs-Mantelkleid 490,-
aus reinwollenem Kammgarn mit eleganter reicher Stickerei, kleidsame Form

B. M. Maassen
Oranienstr. 165 Leipzigerstr. 42

Jetzt! die beste Gelegenheit
Möbel billiger eingekauft
Jetzt! bis in der Lager größere Vorräte
Möbel an Brautleute Beamte und alte Kunden **billiger!** zu verkaufen.
Wird um prompte Bezahlung.
Zahlungsverleicherung.
Möbel Magazin **Max** Prenzlauer Berlin St. Reichensdorfer Straße 137

Gegründet 1894
Damen sparen **Geld** kein Laden nach beendeter Engros-Saison
Einzelverkauf
Tuchmäntel 250 M.
Covercoat-Paletots 120 M.
Imprägnierte Mäntel 150 M.
Alpenmäntel 200 M.
Lodenmäntel 150 M.
Capes 50 M.
Sportjacken 125 M.
Röcke Wolstoffe 50 M.
Selden-Mäntel 250 M.
Kostüme 250, 350, 150 M.
M. Miosczytz Leipzig C. 59
Königsplatz
Sonabend und Sonntag geschlossen

Mäntel und Kostüme
in Engros-Verkauf
Königsplatz 42-43
Engros-Geschäft

Anherholt Groß-Berlins Wohnen bitte beim Postamt bestellen!

Groß-Berlin

Zurück in den Alltag

Am Freitag abend kehrten etwa 200 Berliner Arbeiterkinder aus der Schweiz zurück. Der Anhalter Bahnhof war mit Tannengrün geschmückt, er machte sich sehr festlich. Das Festkleid der Bahnhofsallee galt jedoch nicht den Arbeiterkindern, sondern den Oberklasse-Transporten, die so häufig mit Tischgarn und Sumatra, „Deutschland, Deutschland über alles“ usw. in einen recht üblen nationalistischen Kummel ausarten. Mancher Arbeiter wird, angewidert von diesem Treiben, auf eine Abstimmungsfahrt nach Oberschlesien verzichten.

Doch zurück zu den Kleinen, die das Glück hatten, einige Monate der heilsamen und körperlichen Erholung bei den gastfreundlichen Schweizern zu verbringen. Zum Empfang der Kinder hatten sich die Ausschussmitglieder der Berliner Kinder-Gesundheitskommission, unter Leitung der Kindermutter Martha Demming, eingefunden, alles Genossinnen, die das Herz auf dem rechten Fleck haben. Der Transport befand sich unter der Obhut von Mitgliedern der Kindergesundheitskommission, die teils die Transporte in der Schweiz abgeholt hatten, teils bis Halle entgegengefahren waren. Beim Einlaufen des fahrplanmäßigen D-Zuges war es nicht schwer, die Wagen, die die kleinen Geister beherbergen, herauszufinden. Es kam vor allen Dingen darauf an, ähnliche unerquickliche Szenen, wie bei den Dänemark-Transporten zu vermeiden, bei deren Ankünften auf dem Steintiner Bahnhof die Kleinen von suchenden Eltern und Reisenden herumgezerrt und ihnen durch „hilfsbetteltes Publikum“ die Liebesgaben gestohlen wurden. Unsere Genossinnen umgaben die Wagen mit einem richtiggehenden Kordon, die Kleinen blieben im Wagen, bis der Bahnsteig von Reisenden geleert war, die Eltern wurden wohl durch die Sperre gelassen, makteten aber am Bahnsteigsoffizier, bis ihnen ihre Lieblinge von den Helfersinnen zugeführt wurden. Groß war die Freude des Wiedersehens. Das war ein Lachen, ein Rufen, ein Weinen, ein Abdrücken, ein Küssen — herzerfrischend!

Die zurückgekehrten Kinder kamen sämtlich gesund und munter an und hatten alle recht pralle Backen bekommen. Aber Schmutztafeln blühte diese geworden und ähnhliche Rufe des Ersauerns der Eltern konnte man hören. Trotz der stündigen Bahnfahrt war den Kleinen keine Müdigkeit anzumerken — das krabbelte und lachte und pappelte im schönsten Schwarz-Deutsch. Mit Pateten, gefüllt mit allerhand schönen Sachen, waren die Kleinen Weltreisenden besetzt, schimmer wie die Offiziersbüchsen während des Krieges. Die Genossinnen der Kindergesundheitskommission mußten sich ehlich abradern. Na eine Arbeiterfrau ist ja hartes Ansehen gewohnt — dieser Abend war aber doch ein Ausnahmestand. Alle halfen sie jedoch gerne, in ihren Augen glänzte der Widerschein der Freude der Kleinen. Besonders eine ältere grauhaarige, aber doch gut proportionierte Genossin — Mutterken — legte mit den schwarzen Rifen, Kaffen und Säcken ab, daß ein Gepäckschlepper konformgemäß werden konnte.

In einer guten Stunde waren bis auf wenige Kinder alle ihren Angehörigen zugeführt. Die Kinder, die nicht abgeholt waren, wurden von den Helfersinnen nach Hause gebracht. Ein Kleinkind wurde sehr hart in den grauen Alltag zurückgeführt, auch sie war nicht abgeholt worden — Mutter liegt im Krankenhaus! Arbeiterlos! Aber auch für dieses Mädel wurde gesorgt.

Jüngster Dank gebührt den Schweizer Genossen für ihre praktische Solidarität, Dank aber auch den Genossinnen der Kindergesundheitskommission, die sich der Sache so selbstlos zur Verfügung stellten — und heute noch ihre „Knochen fühlen“.

Ein Schweizer Genosse, der den Transport begleitete, wird im Laufe dieser Woche anlässlich einer Streife durch die Glendquartiere Berlins Gelegenheit haben, sich an Ort und Stelle von dem grauen Rot der Arbeiterkinder zu überzeugen.

Der Dank des Vaterlandes!

Uns wird geschrieben:

Rur noch ab und zu dringt der Verzweiflungsschrei der Kriegsgesetz, der Zwacken und Krüppel, Witwen und Waisen in die Desertionsliste. Viel schlimmer als alle die, die noch wenigstens von Zeit zu Zeit ihre Not hinausstreuen können, sind die Tausenden daran, die noch heute in den Lazareten unter Kriegs-

wunden leiden, die auf ihre Genesung, oder ihre — Erlösung harren.

Haarsträubende Zustände herrschen z. B. in dem Herrn Dr. Saar unterstellten Lazarett „Kurhaus Tegel“. J. B. hat der Sanitätsrat Dr. M. keine Ahnung davon gehabt, daß dem Lungentranken Billy Grün, trotzdem er ihn schon 6 Wochen behandelt, infolge Kriegsverletzung der linke Fuß amputiert war! Als der Vater am 4. März seinen Sohn ansuchte, wurde ihm von dem behandelnden Arzt die Mitteilung gemacht, daß jede ärztliche Kunst verlage, da bei Billy Grün die Tuberkulose auf Nagen und Gehirn übergriffen habe. Der Hausarzt des Vaters, der auch den Sohn behandelt hatte, hat darum den behandelnden Arzt telephonisch zu untersuchen, ob nicht die Tuberkulose vielleicht auf Nagen und Gehirn übergriffen habe. Der Arzt machte ohne Untersuchung — a priori — aus dieser Frage die Tatsache.

Als der Vater am 6. März mit dem Hausarzt nach Tegel kam, war M. G. in unfähiger Verfassung. Der Hausarzt machte die Schwester darauf aufmerksam und verlangte den Arzt zu sprechen. Der Arzt vom Dienst war aber nicht im Lazarett! Als der Hausarzt den Kranken auf eigene Verantwortung kateterisieren wollte, stellte sich heraus, daß nicht einmal ein Katheter zur Verfügung stand. Auch im benachbarten Lazarett „Tusulum“ war ein solcher nicht vorhanden. Erhöht wurde ein viel zu weiter Katheter, der für den Kranken auf keinen Fall benutzt werden konnte, aufgetrieben, und einer für — weibliche Kranke. Schließlich mußte der Hausarzt mit letzterem Katheter, selbstverständlich unter fürchterlichen Schmerzen des Kranken, die Manipulation vornehmen. Am 7. März brachte dann der Vater persönlich einen passenden Katheter nach Tegel, doch wurde, wie festgestellt ist, M. G. weder vom Arzt noch von der Schwester kateterisiert. Bei dieser Gelegenheit stellte sich auch heraus, daß der einzige Sauerstoff-Apparat des Lazarett schon seit 14 Tagen zerbrochen war, und in der Zwischenzeit weder an einen Ersatz noch an eine Reparatur gedacht wurde.

Alles das in einem Lazarett, das 110 Lungentranke die Gesundheit wiedergeben soll. Inzwischen hat ein anderer Arzt die Leitung übernommen, dieser sagte am 7. März dem Vater, daß er M. G. nunmehr auf Nierenkrankheit behandeln werde. Der Patient ist infolge dieser Behandlung bereits gestorben.

Wie verlautet, soll das Lazarett „Tusulum“ am 1. April aufgelöst werden. Zu diesem Zweck sollen im „Kurhaus“ 80 Lungentranke entlassen werden, um den Kranken aus „Tusulum“ Platz zu machen. Am 1. April werden also wieder 80 Lungentranke auf die Menschheit losgelassen. Es ist empörend, daß überhaupt über die Behandlung der Kriegsgesetz Klage geführt werden muß, geradezu brutal, wenn an den verübten Verhältnissen nichts geändert wird. Der Arbeiterschaft bleibt es vorbehalten, die endgültige Abrechnung vorzunehmen und den geschändeten Geschädigten zu ihrem Menschenrecht zu verhelfen.

Wir wollen die weltliche Schule haben

Der Zentralausschuß der Elternbeiräte H. S. V. D. hat zum Mittwoch, den 10. März, abends 7 Uhr, öffentliche Versammlungen einberufen, die sich mit obigem Thema befassen.

Die Versammlungen sind: Norden: Schulanla Gleisstr. 49 und Altes Str. 30-31. Osten: Vlietenberg, Cäcilien-Platz, Parkhaus und Schulanla Ederstr. 18. Südosten: Kula der Borst-Realanla, Borsstr. 10-12. Friedenau: Bürgerlaal. Referenten: Elise Beck, S. A. Hermes, Ruchenbecker, Löwenstein, Karl Schneider, Tischendorf.

Neuorganisation der städtischen Werke

In der gestrigen Sitzung der Deputation für Werke entwickelte der Vorsitzende, Stadtbaurat Horten, an Hand eines heftigsten wertigen Artikels in der Nr. 1 der Mitteilungen des Deutschen Städtetages vom 15. Januar, über die Verwaltung städtischer Werke, in großen Zügen das Programm, welches er bei der Neuorganisation der gesamten städtischen Werke Berlins zu verfolgen gedenkt. Auf Wunsch der Deputation soll der Vortrag des Stadtbaurats Horten in schriftlicher Form niedergelegt und den Mitgliedern der Deputation und den übrigen in Frage kommenden Stellen zugänglich gemacht werden, damit unter Zugrundelegung dieses Materials die Diskussion über die Frage der Neuorganisation der Werke eröffnet und weitergeführt werden kann. In der gleichen Sitzung beschloß die Deputation, den verschiedenen, jetzt zu Berlin zusammengeschlossenen Gemeinden, den Anlauf von Brennholz zu unterlagen, da die bei einer Reihe der Gemeinden vorhandenen Bestände bei richtiger Verteilung reichlich genügen, den Bedarf zu decken. Endlich wurde beschlossen, die Ausgabe von Brennholzarten zum Holzbezüge zu ermäßigten Preisen an

Wunderbemittelte einzustellen, weil die Verhältnisse sich inzwischen vollständig geändert haben und insbesondere das Reich seit einigen Monaten die Zahlung des für diese Zuwendungen ursprünglich geleisteten Zuschusses eingestellt hat.

Gegen die heutige Milchbewirtschaftung

Die Interessen aller Grade laufen immer entschiedener Sturm gegen die heutige Milchbewirtschaftung. Sie wollen den Abbau der Zwangswirtschaft und fordern die Schaffung von Milchlieferungsverträgen. Das Milchgeld der Stadt Berlin ist die dauernde Fleischbe der Angriffe. Zu diesem Zweck wird es nach allen Richtungen zu diskreditieren gesucht. Angestellte bekamen Milch geliefert und würden vor dem übrigen Publikum bevorzugt, vor allem würde die Milch den Kindern und Kranken entzogen. In drei Versammlungen fanden sich die Interessenten zusammen und bedauerten die wieder eingetretene Milchpreiserhöhung, die das Gegenteil einer besseren Milchversorgung erreicht. In der von der Reichsstelle für Speiseeier propagierten Vertragswirtschaft, im Zusammenhang mit einer Preiserhöhung, steht der Milchhandel den richtigen Weg um allmählich zur freien Wirtschaft und dadurch zur besseren Milchversorgung der Großstädte zu gelangen. Die Zwangswirtschaft ist schon stark durchlöchert. Wird an der jetzigen Milchwirtschaft gerüttelt, kommen wir zu einer Katastrophe in der Kinderernährung. Aber danach scheinen die Interessenten weniger zu fragen, ihnen gilt in erster Linie ihr Interesse.

Erhöhung des Milchpreises. Nachdem schon seit dem 1. März d. J. die Provinz Sachsen unter Zustimmung der Reichsstelle für Speiseeier, die Milchpreise erhöht hat, folgt nunmehr nachgedrungen auch die Provinz Brandenburg. Der Stallpreis ist auf 1,60 M., mit Prämie 1,65 M. erhöht worden. Trotz dieser Erhöhung sind von der Reichsstelle noch Milchlieferungsverträge mit höheren Preisen vorgegeben, so daß noch eine weitere Erhöhung der Produzentenpreise eintritt kann. Die Transportspanne auf dem Lande, sowie die Spanne in der Stadt auf Antrag des Handels sind ebenfalls erhöht worden. Der Kleinhandelspreis in Berlin stellt sich hiernach mit Wirkung vom 14. März d. J. ab, auf 3 M. pro Liter.

Die Bezirksämter Tiergarten, Tempelhof und Panlow bestätigt. Der Oberpräsident hat gestern weitere drei Bezirksämter bestätigt und zwar die Bezirksämter der Verwaltungsbereiche 2 (Tiergarten), 13 (Tempelhof) und 19 (Panlow).

Im Bezirksamt Tiergarten sind dadurch folgende Wahlen bestätigt worden: als Bürgermeister: Stadtrat a. D. Döflein, als stellvertretender Bürgermeister: Magistratsrat Dr. Baier, als Stadträte: Dr. Kaufmann, Studentat Herber, Magistratsbaurat Köhne, Oberrevisor Hellriegel, Magistratsrat Dr. Maguhn, als unbesoldete Stadträte: Oberin Frau Mathilde Kirchner, Gewerkschaftsangehöriger Friedrich Zimmermann, Eisenbahn-Obersekretär Wilhelm Viebig, Oberlehrer Franz Goh, Frau Josefine Lenne, Rathenau und Gemeinkassensekretär Arthur Schulz. — Im Bezirksamt Tempelhof sind bestätigt worden: als Bürgermeister: Buchdrucker-Groß-Viehtrader, als stellvertretender Bürgermeister: Syndikus Dr. Bruns-Wilhelm, als besoldete Stadträte: Kaufmann Ewald, Studentat Dr. Schesse, Gemeindegewerkschafter Bräuning, Maurer Friedrich Grenlich-Mariensfeld, Schriftföher Arthur Treng, als unbesoldete Stadträte: Stadtschreiber Fritz Senne, Studentat Dr. Ruffell, Bureauangestellter Friedrich Küler, Gemeinde-Obersekretär Ernst Thiele. — Im Bezirksamt Panlow wurden bestätigt: als Bürgermeister: Bureauangestellter Wilhelm Kubig, als stellvertretender Bürgermeister: Syndikus Dr. Stein, als besoldete Stadträte: Amtsvorsteher Burthard-Ratow, Stabsbeschafter Hermann Köpelin, Krankenschreiber Otto Güttig, Gemeindegewerkschafter Otto Schmidt, Lehrer Menz, als unbesoldete Stadträte: Baurat Henten, Schulrat Düring, Drogeriebesitzer Eugen Frieße, Schriftföher Johannes Hiege.

13. Verwaltungsbereich Tempelhof-Mariensfeld. Bei der Wahl des Bezirksamts ist durch den Verrat zweier S. P. D.-Verordneter der Bürgerliche Dr. Schesse gegen unseren Genossen Richter gewählt worden. Wenn der 13. Bezirk mit seiner so genannten sozialistischen Mehrheit einen bürgerlichen Schulrat in der Person des Studentates Dr. Schesse bekommt, dann trägt die Treulosigkeit der S. P. D. daran die Schuld. Wie aber von uns vorausgesehen wurde, versucht die S. P. D.-Fraktion die Verantwortung von sich abzuwälzen. Sie ließ durch die hiesige Ortspresse verkünden, daß sämtliche S. P. D.-Bezirksverordnete auf Ehre und Gewissen versicherten, für unseren Genossen Richter gestimmt zu haben. Da auch die V. A. P. die gleiche Erklärung ab-



BERLIN C * SPANDAUERSTRASSE 16

Besonders preiswerte Angebote



Table with 3 columns: Kleiderstoffe, Damen-Wäsche, Kinderkleidung. Lists various clothing items and prices.

Man verlange die neue Preisliste für Gardinen, Möbelstoffe und Teppiche

gibt, steht die Ortsgruppe daraus die Forderung, daß 2 unserer eigenen Fraktionsgenossen gegen unseren Genossen Richter und für den Bürgerlichen Dr. Scheske gestimmt haben. Diese Ausrede haben wir erwartet. Die Rechnung hat nun insofern ein Loch, als weder der R. R. P. D. noch der U. S. P. D. bekannt war, auf welchen bürgerlichen Kandidaten sich die S. P. D. mit den bürgerlichen Fraktionen geeinigt hatten. Beide Bezirksparteien haben erst nach Belesen der abgegebenen Stimmzettel erfahren, daß der Gegenkandidat unseres Genossen Richter der Studentin Dr. Scheske war. Es kann also weder von einem unabhängigen noch von einem kommunisistischen Bezirksverordneten ein Stimmzettel für Scheske abgegeben worden sein. Die Versammlungsbesucher werden bezugnehmend, daß zwar während der Wahl zwischen der S. P. D. und den bürgerlichen Fraktionen ein reger Gedankenaustausch stattfand, daß unsere Genossen sich aber nicht zu den Bürgerlichen demüht haben. Wie uns einige Tage nach der Wahl bekannt wurde, ist Scheske als Gegenkandidat unseres Genossen Richter erst in allerletzter Minute genannt worden, hat eines Mariendorfer Herrn, auf den sich die Bürgerlichen zunächst festgelegt hatten. Wenn die S. P. D. den Anschein zu erwecken sucht, als ob der Distriktsdruck bei den Unabhängigen zu suchen sei, dann möge sie gestillt lassen, welche U. S. P. Bezirksverordneten in den Kuhhandel der S. P. D. mit den Bürgerlichen eingeweiht worden sind. Da sie das nicht kann, beweist sie nur, daß sich in ihren Reihen Bezirksverordnete befinden, die freilos gegen ihre eigenen Genossen sind und deren Ehrenwort für die Rüge ist.

Die Reststrecke der südlichen Nord-Südbahn, für die noch außerordentlich hohe Mittel zur Fertigstellung bewilligt werden müssen, es wird sich um einen Betrag von etwa 400 Millionen Mark handeln, konnte noch immer nicht in Angriff genommen werden. Der Bau dieser Reststrecke, zwischen Halleschem Tor und dem Hermannsplatz in Neufalken ist erforderlich, um die Neufalkener Untergrundbahn, die durch die Bergstraße und die Berliner Straße nach dem Angerbahnhof Neufalken durchführt, den erforderlichen Anschluß nach dem Stadtkern zu geben.

Die Volksbadanstalt Oberberger Straße ist seit einigen Tagen wieder eröffnet worden. Der Besuch war in den ersten Tagen infolge mangelnder Bekanntmachung noch recht schwach. Die Badeszeiten sind täglich von 11-7 Uhr, Freitags und Sonnabends von 12-8 Uhr. Für Kinder nur bis 4 Uhr nachmittags.

Umschulung der Konfessionslosen in Neufalken. In der Elternschaft sind vereinzelt Klagen darüber laut geworden, als ob den jüngeren Eltern, die ihre Kinder in eine Konfessionsschule umschulen wollen, behördlicherseits Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Die Schulverwaltung vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß die Erziehungsberechtigten in der Wahl der Schule für ihre Kinder völlig frei sein müssen. Besteht also seitens der Eltern die Absicht, ihre Kinder von einer Schule ohne Religionsunterricht in eine solche mit Religionsunterricht umschulen, so genügt die Stellung eines entsprechenden Antrages bei der Schulverwaltung, die alsdann die Umschulung unverzüglich vorantreiben wird. An amtlicher Stelle liegen jedoch Anträge der bezeichneten Art noch nicht vor.

Die Patienten der Heilstätte Gadowitz erlassen nachstehenden Aufruf:
Kollegen! Durch fortlaufende Zeitungsberichte haben wir Euch in Kenntnis gesetzt von unserem Kampf um Weitergewährung von Kleidergeld oder Krankförmel. Durch sündig skroffes, abscheuliches Verhalten der L. B. A. Brandenburg nahm der Kampf immer schärfere Formen an; und führte durch den Beschluß der Patienten zu dem schweren Schritt: Zum Hungerstreik. Durch unverantwortliches Schweigen der betreffenden Behörden sahen wir uns gezwungen, den Hungerstreik nach 34 ständiger Dauer abbrechen, um die Gesundheit der schon schwer leidenden Patienten nicht weiter zu gefährden. Nicht aus Mangel an Energie und Entschlossenheit, sondern der Vernunft entsprechend, wurde dieser Kampf abgebrochen. Wir richten diesen Aufruf an alle Leidensgefährten und Arbeitsgenossen mit der Bitte um ihre Sympathie, und nicht zu ruhen und zu rasten, bis unsere gerechten Forderungen erfüllt sind.

Ungetreue Polizeibeamte. Schon längere Zeit waren dem Volkspolizistamt Gerüchte zugegangen, daß die Zulassung von Kraftwagen bei der Verkehrsstelle von Zuwendungen nicht unbeträchtlicher Summen abhängig gemacht würden. Während es sich bisher um ungreifbare Gerüchte handelte, und jedesmal dann, wenn der Polizeipräsident der Sache auf den Grund gehen wollte, die Verbreiter der Angaben unsicher wurden und mit ihren Mitteilungen zurückhielten, ist es jetzt endlich gelungen den Polizeimajor Lambert zu überführen, zu verhaften und in das Polizeigefängnis einzuliefern.

Began Diebstahls, Schieberleien und Befehungen sind bei der Eisenbahndirektion Berlin in der letzten Zeit wieder 36 Eisenbahner entlassen oder vorläufig ihres Amtes enthoben worden. Unter diesen befinden sich neben 15 Unterbodenarbeitern, noch 8 Rangierer und 5 Betriebswerkmeisterarbeiten, sowie ein Dienstflügel.

Die Anrechnung privater Tätigkeit auf das städtische Dienstalter. Der Stadtverordneten-Ausschuß, dem mehrere Magistratsvorlagen wegen der Anrechnung von privater Tätigkeit auf das ruhegeldfähige städtische Dienstalter vorgelegt worden sind, hat beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung die Annahme der Vorlagen zu empfehlen. Danach soll dem besoldeten Stadtrat Koblenzer, die seit dem 1. Juli 1894 im Krankendienstleistungsdienst zugebrachte Tätigkeit auf sein pensionsfähiges Dienstalter angerechnet werden. Auch bei Festangestellten der Stadt soll in denselben Fällen, in denen die praktischen Erfahrungen des Angestellten aus seiner bisherigen Privatstätigkeit von Nutzen für die Stadtgemeinde sind, eine Verrechnung auf das Besoldungsdienstalter erfolgen. Bei manchen Gruppen, z. B. Apothekern, wird eine solche Privatstätigkeit geradezu verlangt. Ferner soll bei den Magistratsmitgliedern bei Festsetzung des Besoldungsdienstalters die im Dienste der alten Stadtgemeinde Berlin und der früheren Vorortgemeinden zugebrachte oder dort bereits angerechnete Dienstzeit angerechnet werden.

Lichtenberg. Während die bisher üblichen Karten: A I, A II, B I, B II, C I, C II in bisheriger Weise zur Verteilung durch Vertrauenspersonen gelangen, müssen die neu eingeführten Karten D I, D II und D III für 7-12jährige Kinder in der Lichtenberger Lebensmittellieferungsgabestelle in der Scharnweberstraße 19 wie folgt, von den Empfangsberechtigten bezogen werden. Empfangsberechtigte mit Familiennamenanfängenbuchstaben: A-S am Mittwoch, den 16. März, F-R am Donnerstag, den 17. März, Q-W am Freitag, den 18. März, X-U am Sonnabend, den 19. März, V-Z am Montag, den 21. März, und zwar in den Vormittagsstunden von 8-1 Uhr. Das Alter des Kindes ist durch Vorlegung einer amtlichen Urkunde nachzuweisen. Die Karten müssen bis zum 25. März bei den mit besonderen Plakaten versehenen Abhandlungen — nicht Rubstufen — zur Anmeldung gebracht werden.

2. Verwaltungsbereich (Tiergarten). U. S. P. D. Elternbeiräte und Erzieher Montag, den 14. März, abends 7 Uhr, bei Berger, Jagowstraße, Ecke Pechowstraße, konstituierende Versammlung.

Verwaltungsbereich Friedrichshagen (6., 7., 8. Distrikt und Straßau). Kommunale Kommission Montag, den 14. März, Volksversammlung in der Aula, Littenauer Straße. Referent Gen. Brühl.

Hallesches Tor. Elternbeiräte, Montag, den 14. März, abends 7 Uhr, findet in der Aula der Vorst.-Realschule, B. Nr. 9-10, eine Versammlung aller U. S. P. D. Elternbeiräte, Kandidaten und Lehrer statt. Bezirks- und Stadtverordnete, sowie Interessenten sind eingeladen.

17. Verwaltungsbereich (Lichtenberg, Friedrichshagen, Karlshorst, Kaulsdorf, Mahlsdorf und Biesdorf). Fraktion und Kommunale Kommission. Sitzung Dienstag, den 15. März, abends 7 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungssaal.

Lichtenberg. Jugendweihle. Heute, 11 Uhr, in der Aula des Cäcilien-Anseems mit Orgel, Gesang und Rezitation. Karten an der Kasse.

Gewerkschaftliches

Arbeiter und Angestellte!

Auf Grund der Resolution, die die Vorsitzenden der Groß-Berliner Betriebsräte in der Versammlung vom 22. Januar 1921 zu den Fragen der Arbeitslosigkeit, der Kurzarbeit und des Kindererlebens angenommen haben, ist von den unterzeichneten Körperschaften mit dem U. S. P. D. und den Zentralkomitees der politischen Parteien verhandelt worden.

Die Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes haben wir bereits in Nr. 103 der „Freiheit“ veröffentlicht. Alles was darin gesagt ist, ist so klar und selbstverständlich, daß sich die gesamte Arbeitnehmerschaft einmütig dahinterstellen kann und muß. Besonders wichtig sind die Punkte 6 und 7. Sie behandeln:

die allgemeine Reduzierung der Arbeitszeit!

Es muß möglich gemacht werden, alle Arbeitslosen in den Betrieben unterzubringen. Der für die verkürzte Arbeitszeit ausfallende Lohn soll zu zwei Dritteln vom Unternehmer und den Reichsbehörden getragen werden.

Das restliche Lohn Drittel für diese Freistunden sollen die Arbeitenden selbst tragen.

Es handelt sich hierbei um einen

Akt der Solidarität der Volkbeschäftigten

im Interesse der Arbeitslosen und Kurzarbeiter.

Bei einer Reduzierung der Arbeitszeit auf 36 Stunden würden dann 44 Stunden, auf 30 Stunden 42 Stunden, auf 24 Stunden 48 Stunden bezahlt werden müssen.

Wir wissen, daß wir hiermit ein großes Opfer von den noch voll in den Betrieben tätigen Arbeitern und Angestellten verlangen. Doch dieses Opfer ist notwendig, um die Unternehmer und das Reich moralisch und faktisch zu zwingen, auch ihrerseits die Forderungen zu erfüllen. Die Größe dieses Opfers verschwindet, wenn man daran denkt, daß dadurch Millionen Arbeiter und Arbeiterkinder vor dem völligen wirtschaftlichen Untergang gerettet werden können.

Arbeiter und Angestellte! Wir fordern Euch auf, in allen Betrieben und in allen Organisationen Beschlüsse zu fassen, und sie uns zu übersenden, aus denen klar ersichtlich ist, daß Ihr hinter diesen Forderungen steht und gewillt seid, ihnen den allerhöchsten Nachdruck zu verleihen.

Berliner Gewerkschaftskommission.
U. S. P. Bund, Ortsartikel Berlin.
Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

„Vorwärts“-Kantonisten

Der „Vorwärts“ brachte in der Dienstag-Nummer über die Neumachen zur Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes in Magdeburg einen die Wahrheit vergeblich verheimlichenden Bericht, in welchem davon die Rede war, daß unsere Genossen in brutalster Weise ihre Macht ausgenutzt hätten. Wir haben diese Ausführungen sofort zurückgewiesen. Unsere Auffassung wird uns nun in einem längeren ausführlichen Bericht aus Magdeburg bestätigt. Es wird mitgeteilt, daß die Rechtssozialisten Hottentottewahlen inagiert hatten, und daß die Einigungsverträge des Gen. Dikmann, auf der Grundlage der Parteil. durch die S. P. D. Taktik scheiterte, die folgenden erklärten: „Es stimmt ja alles, was Dikmann sagt, aber wir müssen erst einmal liegen, dann können wir uns ja wieder zusammenschließen.“

Judem „glänzen“ die Kommunisten mit ihrer Taktik, die bei der Wahl 241 weiße Zettel abgaben und so „legte“ dann die S. P. D. Liste mit 220 Stimmen.

Aber die Kommunisten haben auch hier die politische Reaktion in den Sattel gehoben. Die Vorgänge selbst sind für das Verhalten der Rechtssozialisten außerordentlich bezeichnend. Der „Vorwärts“ ist aber über unsere Kennzeichnung ihrer „unsicheren Kantonisten“ noch immer tief getränkt. Ob dieses Urteil durch die Magdeburger Vorgänge gelockert oder gestärkt wird, überlassen wir getrost der Beurteilung aller einsichtigen Leser.

Spaltwilde im Bergarbeiterverband

In einer Zuschrift an den „Vorwärts“ gibt die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes in Halle ein Rundschreiben der U. S. P. D. bekannt, aus dem mit aller Klarheit hervorgeht, daß die Kommunisten auch im Bergarbeiterverband das gleiche Vorgehen belieben, wie im Bauarbeiterverband und im Metallarbeiterverband. Das Rundschreiben ist an die Vertrauensleute der U. S. P. D. gerichtet und entstammt der Bezirksleitung der U. S. P. D. Halle-Merseburg. Es ist unterzeichnet von dem Sekretär B o w i t z k i und trägt das Datum vom 9. März d. J. Das Rundschreiben lautet:

Bezirks-Bergarbeiterkonferenz in Halle a. S.
Werte Genossen!

Am 22. Mai 1921 tagt in Gießen der Verbandstag des Bergarbeiterverbandes. Da auf dieser Tagung wichtige Entscheidungen zu erwarten sind, so müssen sich die kommunistischen Mitglieder des B. A. V. D. schon rechtzeitig über die Stellung von Anträgen und dergleichen verständigen. Zu diesem Zweck findet für den Bezirk Mitteldeutschland am Sonntag, den 20. März 1921, vormittags 9 Uhr, im Kolispart zu Halle eine Bezirks-Bergarbeiterkonferenz statt. Die Tagesordnung wird im Tagungsprotokoll bekanntgegeben. Alle Ortsgruppen der U. S. P. D., in welchen eine entsprechende Anzahl Genossen, die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes sind, vorhanden sind, haben zu dieser Konferenz mindestens einen Delegierten zu entsenden. Die Delegationsstellen trägt jede Ortsgruppe selbst. Den Delegierten ist ein Mandat von der örtlichen Parteileitung auszustellen.

Mit kommunistischem Gruß

gez. Unterschrift.

Auch im Bergarbeiterverband organisieren die Kommunisten also die Zellbildung bereits zentralistisch. Es liegt auf der Hand, daß hieraus Gefahren für die innere Zusammengehörigkeit der Verbandsmitglieder entstehen müssen. Gefahren, die sich aus Gründen der inneren Logik bis zur Gefahr der Spaltung steigern. Die kommunistischen Bergarbeiter, die sich auf solche Weise von einer zentralistischen Stelle fügen Gruppe von Drahtzieher zu einem solchen verbandshöflichen Treiben verleiten lassen, dürfen sich nicht wundern, wenn die Zentralinstanzen des Bergarbeiterverbandes zu entsprechenden Abwehrmaßnahmen greifen.

Transportarbeiter, Sektion V

Uns wird geschrieben:
Die „Rote Fahne“ nimmt in ihrer Morgenausgabe vom Sonnabend, Nr. 119, abermals zu den Vorgängen der Funktionalisierung vom Sonntag, den 6. März ds. J., Stellung und behauptet, daß über die Vorgänge, die sich in jener Versammlunggetragen haben, die Deutsches Reichsregierung unterrichtet worden wäre. Um den Ausführungen den Stempel der Echtheit aufzu-

drücken, stellt sich die „Rote Fahne“ so, als wenn ihr diese Zuschrift von einem bekannten Versammlungsbesucher zugegangen sei. Die hiermit zum Ausdruck gebrachte Kritik mißlingt ihr jedoch völlig, denn der größte Teil ihres Artikels geht zu deutlich doch der vorgetragene Versammlungsbesucher fehlt, und das sein Erzeuger in der Redaktion der „Roten Fahne“ zu suchen ist. Alle vorgetragenen Argumente halten einer objektiven Kritik nicht Stand und entbehren uns der Pflicht, ausführlich auf diese demagogische Gewand einzugehen. Unter allen Umständen muß die gewerkschaftliche Einigkeit hochgehalten werden und wir fordern alle Anhänger auf, für die Liste 1, in der heute vormittags 9 1/2 Uhr in der Fiedlstraße 1/2, stattfindenden Versammlung, zu kommen.

Internationale der Angestellten

Im letzten Mittellungsblatt der „Asa“ finden wir, aus der Feder von Genossen Aufhäuser, eine wertvolle Zusammenfassung über den internationalen Stand der Privatangestellten und über ihre Veruche, die durch den Krieg in ihren Anfängen zusammengebrochene Angestellten-Internationale wieder auszurichten. 1914 bestand eine Internationale Angestelltenföderation, die von Geni auch eine Zeitschrift herausgab. Die ist jetzt erschlammert! Auch im Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund bestand eine Angestellten-Sektion, die nun veruche, die zerrissenen Fäden wieder zu knüpfen. Am 7. Oktober 1920 wurde nach Amsterdam ein Kongress einberufen, der von den meisten Ländern, darunter England und Frankreich, besucht wurde. Insgesamt waren 382 000 Mitglieder vertreten.

Deutschland und Oesterreich stellten dort Anträge, wonach alle Gruppen von Privatangestellten, darunter Techniker und Werkmeister einbezogen werden sollen.

Auf Grund dieser Vorschläge ist dann auch der Internationale Bund der Privatangestellten in Amsterdam gegründet worden. Die einzelnen Berufsgruppen werden wieder ihre Fachgruppen bekommen.

Aufgenommen werden nur solche Organisationen, die den Gewerkschaftszentralen angehören und die ihrerseits dem I. G. B. angegliedert sind. Zum Sekretär ist Smit-Amsterdam, zum Präsidenten Otto Urban vom deutschen Zentralverband gewählt worden.

Organisatorisch geben, man die Arbeit folgendermaßen zu leisten: Die Berufsverbände schließen sich erst zur Berufsinternationalen zusammen, die dann zum Internationalen Bund der Privatangestellten stoßen. Dann soll ein enges Verhältnis zum Internationalen Gewerkschaftsbund hergestellt werden.

Der Zweck und die Bedeutung dieses Zusammenschlusses geklärt mit den Zielen der gewerkschaftlichen Internationale und ihrer Glieder. In ihrem Beschlusse zur Gewerkschaftsinternationalen sagt die „Asa“: „Die freien Gewerkschaften der Kopf- und Handarbeiter aller Länder bedürfen des festesten zielklaren internationalen Zusammenchlusses.“ Jede distinktorische Zentralisation wird abgelehnt, denn die Direktiven haben die Gewerkschaften ausschließlich von ihren Mitgliedern entgegenzunehmen.

Aufhäuser schließt seine Arbeit mit folgenden Worten, denen wir nur beipflichten können:
Wenn die freigewerkschaftlich denkenden Angestellten Deutschlands bereit sind, den Gedanken der internationalen Arbeitnehmersolidarität unter Wahrung der hier angeführten Gesichtspunkte realer Gewerkschaftspolitik zu verwirklichen, werden wir im Kampf gegen den internationalen Kapitalismus sieghaft sein müssen.

U. S. P. Funktionäre und Generalversammlungen Delegierte des Metallarbeiter-Verbandes

Der bereits angekündigte Vortrag des Genossen Stein über die Reparationsfrage und Weltwirtschaftliche Krise findet am Dienstag, den 15. März, 8 1/2 Uhr, in den Brach-Sälen Alt-Berlin, Blumenstraße 10, statt. Partei- und Gewerkschaftsbund legitimieren.

Gewerkschaftliche Warenversorgung

Die Warenversorgung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat bis jetzt folgende Verkaufsstellen erreicht: Zimmerstraße 68, Sebastianstraße 37/38, Engelstraße 21 (Transportarbeiter-Verband), Charlottenstraße 3 (U. S. P. Konsum-Bereich), Reichsruhrerei, Dantienstr. 91 (nur für Arbeiter des Betriebes), Chemische Industrie am Altien J. Schering, Müller Str. 170/71 (nur für Arbeiter des Betriebes), Karlshorst-Waldschloßweg-Hegemeisterweg 54, Tempelhofer, Richard Klingner (nur für Arbeiter des Betriebes), Brunnenstraße 185 (Schneiderei-Genossenschaft-Hoffnung).

Zum Verkauf gelangen Oberkleidung, Wäsche und Schuhwaren in nur guter Qualität und zu Preisen, die weit unter denen des freien Handels stehen. An die organisierte Arbeitnehmerschaft Berlins richten wir das dringende Ersuchen, ihren Bedarf nun in den obengenannten Verkaufsstellen zu decken.

Beilegung des Streiks bei der „Mitropa“. Der Streik der kaufmännischen Angestellten bei der Mitropa, der durch den Abschluß der Transportarbeiter zur fast gänzlichen Stilllegung des Schlaf- und Spelwagenbetriebes geführt hatte, ist durch Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium beigelegt worden. Die von der Direktion geforderten Verschlechterungen konnten erfolgreich abgewehrt und überdies eine, wenn auch nur geringfügige Erhöhung der Gehälter erzielt werden.

Streik der Auto-Schlosser. Die Auto-Reparatur-Monteurs, Schlosser und Hilfsarbeiter befinden sich seit dem 2. März im Streik. Die Forderungen sind sehr bescheiden, sie verlangen in der 1. Lohnklasse 6,00 M., sowie eine Teuerungszulage von 50 M. pro Woche. Am Montag, den 14. März, abends 5 Uhr findet eine allgemeine Funktionärenversammlung statt, die zur geschlossenen Lage Stellung nimmt. Jeder Betrieb muß vertreten sein, auch der kleinste, damit dem Unternehmertum eine einheitliche Front der Arbeiterschaft entgegengestellt wird.

Die Ortsverwaltung.

Betriebsratler. Branchenversammlung bei Schulz, Königsgraben 2, vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: Rännen die Betriebsratler der Metallindustrie den Lohnnachrichtigen?

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter (Luzuspapierbranche). Am Montag, den 14. März 1921, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3, Versammlung der streikenden Kolonialisten. Die Streikleitung.

Luzuspapierbranche. Montag, den 14. März 1921, nachmittags 5 Uhr, in den Berliner Vereins- und Konzentralen, Kommandantenstraße 56, Branchenversammlung. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung des Betriebsratlergesetzes und die Aufgaben der Betriebsräte. 2. Stellen wir die Forderung auf Lohnherabsetzung? 3. Branchenangelegenheiten.

Deutscher Hutarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Bureau von Montag miting ab 1 Uhr bis Mittwoch geschlossen ist, zwecks Renoverierung. Abwesenheit für Arbeitslose Dienstag vormittags von 9-10 Uhr.

Deutscher Wertmeister-Verband. Fachgruppe Bootbau- und Karosseriebranche. Versammlung Mittwoch, den 10. März, abends 7 1/2 Uhr, im Schützenklub, Neue Jalousie, 24-25. Tagesordnung: Untere neuen Forderungen.

Zentralverband der Malzküsten und Helzer. Die Versammlung aller in den Elektrizitätswerken der Privatindustrie beschäftigten Malzküsten und Helzer (M. E. W., Zentralen der Hoch- und Untergrundbahn und Pflanzungen) findet am Freitag, den 18. März 1921, abends 6 Uhr, bei Schulz, Am Königsgraben 2, statt. Des weiteren zur Mitteilung, daß am Sonntag, den 20. März, eine Besichtigung der Technischen Hochschule zu Charlottenburg stattfindet (Führung durch Herrn Prof. Dr. Hanfstaengl). Die Kollegen treffen sich morgens 8 Uhr in Charlottenburg, im Anie. Außerdem machen wir darauf aufmerksam, daß unser ehemaliges Mitglied, Hans Koppig, Niederschöneweide, Weidenstraße 19, vom Verbandsvorstand aus dem Verband ausgeschlossen wurde, weil er sich widerrechtlich Verbandsmitglieder zahlen ließ.

Die Ortsverwaltung.

Die ältesten sozialistischen Romane

Von Josef Grant

So alt wie die Menschheit selbst ist ihre Sehnsucht nach Glück. Je weiter sie sich von ihren Ursprüngen entfernt, desto mehr sehnt sie sich danach zurück...

Das soziale Paradies ist noch nicht Glaube der Massen, sondern noch Dichtertum einiger Geistiger. Gerade auf der Höhe des Periklesischen Zeitalters erlitt ein Philosoph keinen Gemeinschaftsstaat, aber nicht einen Gemeinschaftsstaat...

Auf der Insel Vanhää, nahe der indischen Küste, lebt in üppiger Tropenwelt ein glückseliges Volk unter priesterlicher Herrschaft. In den Händen der Priester liegt die oberste Entscheidung in allen Angelegenheiten öffentlichen und privaten Lebens...

nicht; denn diese sozialistischen Romane sind leider nicht im Original auf uns gekommen, sondern uns nur durch lückenhafte Inhaltsangaben des griechischen Geschichtsschreibers Diodor bekannt.

War Euhemerios, modern gesprochen, noch gemäßigter Sozialreformer, so ist Zambulos reiner Kommunist. Sein Roman vom „Sonnenstaat“ ist Utopie; denn er errichtet seinen Kommunismus nicht in einem Lande mit realen geographischen und naturgeschichtlichen Bedingungen...

Jahraufende, bevor der Sozialismus Glaube und Evangelium der Massen wurde, haben diese Dichter von seiner Vermittlung geträumt. Nichts ist uns von ihnen erhalten geblieben als der kümmerliche Bericht Diodors, aber er genügt, um diese edlen Geister als das zu erkennen, was sie waren: Kühne Denker vom Glücke der Menschheit.

Zum 13. März

Wir tragen im Herzen ein großes Erkennen, Und einmal ward dieses Erkennen Tat. O Brüder, laßt uns den Streit verkennen, Der uns geschwächt und zerrissen hat!

Mag Dortu.

Umfang und Gewicht des Weltalls

In seinem letzten Vortrag in der Akademie der Wissenschaften hat Professor Albert Einstein die Welt nicht als etwas Unendliches, sondern als einen endlichen Raum dargestellt, dessen Größe und Gewicht errechnet werden könne.

Das gesamte Universum besitzt einen Durchmesser von rund hundert Millionen Lichtjahren. Ein Lichtjahr beträgt 9,5 Billionen Kilometer. Das sind tausend Trillionen Kilometer. Nach Einstein ist es unerheblich, ob die Zahlen so oder so ausfallen.

Ahnen und Sehnen

Auf einsamen Höhen, in stillen Wäldern, am Meeresstrande, im Dämmerlicht unzweifelhaft, da streifen uns oft die seltenen großen Vögel der Sehnsucht.

Die Arme ausbreitend, wilst du das All umspannen, dem Weg der Wolken folgen, den Flug der Vögel ermessen.

Du fühlst, daß der schwebende Sonnenstrahl dir ferne Grüße sendet, daß irgendwo irgendeine dir verwandte Seele dir die Hand reichen möchte.

Du haßt die Künste, ein Seufzer entringt sich deiner Brust, die Augen geschlossen lauchst du in die Stille hinaus.

Warum quält ihr uns, Gefühle? Wir finden Antwort. Es ist das Lied von der Ewigkeit. Urmuttergefühle in uns. Unausrottbar! Vom Lärm betäubt, erheben sie mit wichtiger Macht dem laufenden Herzen und schleudern uns mit Gewalt in hohen Zielen entgegen.

Sie treiben die Kräfte, daß die Ströme der Gleichgültigkeit uns nicht vertieren. Sie sind die Muße des Bergangenen. Auf sie aufgebaut, vererben wir der Zukunft Unvollbrachtes, Erhofftes. Brenne im Blute der Nachkommen, Gefühl und Sehnsucht, nie können Geschlechter dann erlahmend untergehen.

Margareta Behrendt

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Nach dem Manuskript übertragen von Hermann Jutz, Berlin Copyright by Der Rasch-Verlag Berlin-Palast 1921

Wo immer es eine Anzahl Leute und einen Schatz zu verwalten gibt, kommen Verleumdungen, Intriguen und Spionage vor, und da gibt es gute Gelegenheiten für einen scharfen Verstand; dies wußte Peter ganz genau. Es mag seltsam erscheinen, da Peter eben in dem Augenblick an dieser Stelle dachte, da sich vor ihm die Erde gespalten, die Luft in brüllenden Lärm und blendendes weißes Licht verwandelt, ihn gegen ein Gebäude geschleudert und einen blutigen Frauencrump auf ihn geworfen hatte...

Peters Betrachtungen wurden dadurch ein Ende gemacht, daß jemand die Kiste von der Mauer fortschob. „Hallo!“ sagte eine Stimme.

Peter stöhnte, ohne aufzublicken. Die Kiste wurde noch weiter vorgezogen, und ein Gesicht blickte herein. „Weshalb verstecken Sie sich da?“

„Was-a-s?“ stammelte Peter schwach.

„Sind Sie verletzt?“ fragte die Stimme.

„Ich weiß nicht“, stöhnte Peter.

Die Kiste wurde vornüber gekippt und der Inasse glitt heraus. Peter schaute auf und erblickte drei oder vier Polizisten, die sich über ihn beugten. Er begann von neuem zu stöhnen.

„Wie sind Sie in die Kiste gekommen?“ fragte einer der Polizisten.

„Ich kroch hinein.“

„Weshalb?“ „Um zu fliehen... vor... vor... was war es denn eigentlich?“

„Eine Bombe“, erwiderte ein Polizist, und Peter war demütig verbüßigt, daß er völlig vergaß, den hilflosen Besessenen zu spielen.

„Eine Bombe!“ rief er, und im gleichen Augenblick stellte ihn einer der Polizisten auf die Füße.

„Können Sie stehen?“ fragte er. Peter versuchte es, vermochte zu stehen und vergaß, daß er ja eben einen Nervenschuß erhalten habe. Er war mit Blut und Schmutz bedeckt, schaute fürchtbar aus, doch fühlte er große Erleichterung, da er entdeckte, alle seine Glieder seien heil geblieben.

„Wie heißen Sie?“ fragte ein Polizist und fügte, als Peter die Frage beantwortet hatte, hinzu: „Was ist Ihre Beschäftigung?“

„Ich habe keine“, entgegnete Peter.

„Wo haben Sie zuletzt gearbeitet?“ Nun mißfiel sich auch ein zweiter Polizist ins Gespräch, fragend: „Weshalb krochen Sie in die Kiste?“

„Mein Gott!“ rief Peter. „Ich wollte der Gefahr entkommen.“

Den Polizisten dachte es verdächtig, daß er so lange in seinem Versteck geblieben war. Sie befanden sich in einem äußerst erregten Zustand: ein fürchtbares Verbrechen war begangen worden, und von dem Verbrecher fehlte jegliche Spur. Ein anderer Mann trat an sie heran; er trug keine Uniform, doch schien er große Autorität zu besitzen. Auch er fiel über Peter her, verlangte zu wissen, wer er sei, woher er komme, was er in der Menge getrieben habe? Peter wußte keine befriedigenden Antworten zu geben. Seine Beschäftigungen waren alle außergewöhnlich und etwas dunkel gewesen, seine Absichten aber konnte er einem mißtrauischen Frager nicht recht erklären. Der Mann war groß und kräftig, etwa einen Fuß länger als Peter. Da er mit ihm redete, beugte er sich nieder, starrte Peter in die Augen, als suche er nach in Peters Gehirn verborgenen düsteren Geheimnissen. Peter erkannte sich, daß er ja eigentlich krank sei; seine Lider fielen zu, er schwankte. Ein Polizist hielt ihn fest.

„Ich will mit dem Kerl sprechen!“ sagte der Mann in Zivil. „Führt ihn hinein.“ Rechts und links packte je ein Polizist Peter am Arm, und so schleppten sie ihn, halb führend, halb tragend, über die Straße in ein Gebäude.

Peter kam in ein großes Warenhaus, das von der Polizei geöffnet worden war. Etliche Verwundete lagen auf dem Fußboden, Verzte beugten sich über sie. Peter wurde über einen Korridor geführt, in ein Zimmer gebracht, in dem sich einige Männer, alle mehr oder weniger bewußtlos, befanden. Diese Leute waren der Polizei verdächtig erschienen und wurden bewacht.

Peters zwei Polizisten lehnten ihn gegen die Wand und begannen seine Taschen zu durchsuchen. Ein näglicher Inhaft kam zutage; ein schmutziger Felsen, zwei von der Straße aufgehobene Zigarettenstummel, eine gedroffene Pfeife, eine Uhr, die einst einen Dollar gelostet hatte, nun aber zu sehr ruiniert war, um verlegt werden zu können. Sonst konnten sie, soweit Peter wußte, nichts finden. Dennoch kam noch etwas aus den Taschen ans Licht: das Flugblatt, das Peter eingesteckt hatte. Der Polizist warf einen Blick darauf, rief: „Mein Gott!“ Er starrte Peter, dann den anderen Polizisten an, und reichte diesem das Blatt.

Im gleichen Augenblick betrat der Mann in Zivil das Zimmer. „Herr Guffey“, rief der Polizist. „Schauen Sie dies an.“ Der Mann nahm das Blatt, und Peter, der mit verwirrten angstvollen Augen die Szene beobachtete, erblickte etwas Erschreckendes. Es war, als habe der Mann jählings den Verstand verloren. Er stierte auf Peter, die großen starrenden Augen unter den schwarzen Brauen sprangen schier aus den Höhlen.

„Aha!“ rief er. „Habe ich Sie erwischt!“ Die Hand, die das Flugblatt hielt, zitterte, die andere Hand streifte sich aus wie eine gewaltige Kralle, packte Peters Krage, zog ihn zusammen, bis Peter erstikend aufstöhnte. „Sie waren die Bombe!“ riefte der Mann.

„Was?“ leuchtete Peter mit verzagender Stimme. „Bom—mbe?“

„Heraus damit!“ schrie der Mann, sein Gesicht ganz nahe an Peters Wangen drängend; seine Zähne schimmerten, als wolle er Peters Nase abbeißen. „Heraus damit! Rasch! Wer half Ihnen die Bombe verfertigen?“

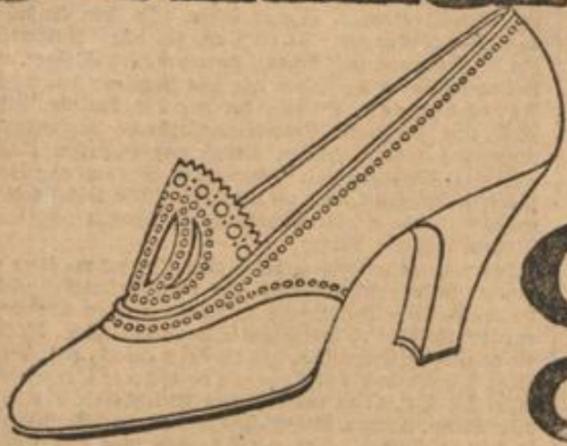
„Mein Gott“, stammelte Peter. „Ich weiß nicht, was Sie meinen.“

„Sie wagen zu lügen?“ brüllte der Mann und schüttelte Peter, als sollten diesem die Zähne aus dem Mund fallen. „Keinen Unsinn! Wer half Ihnen?“

Peters Stimme schrillte zu einem Angstschrei auf. „Ich habe nie eine Bombe gesehen. Ich weiß nicht, wovon Sie reden.“

(Fortsetzung folgt.)

Vier Schlager



Leiser

für den Vorfrühling. Ganz besonders preiswerte Angebote in jetzt begehrtesten Sorten

Weiss Leinen-Einspargen-Schuhe, sehr moderne Form, ganz besonders billig, nur solange der Vorrat reicht **49,-**

Braun Chevreau-Damen-Helbschuhe, in eleganter Ausführung, mit echter Kappe, sehr moderne Formen, extra billig... **149,-**

Braun Dox-Herrenstiefel, Derbyschnitt, mit echter Kappe, Doppelsohlen, prima Verarbeitung, modernste Form und Farbe, beste Rahmenarbeit **245,-**

Braun Chevreau-Damen-Schnürstiefel, moderne Schallensführung, vorzügliche Passform und beste Ausführung, sehr preiswert **255,-**

Wir sind Spezialisten für Schuhpflege-Artikel

Theater- und Vergnügungs-Anzeigen

Volkstheater
7 1/2 Uhr: Wollenfels Tod
7 Uhr: Das Festamt
Die Komödie der Arrangen

Neues Volkstheater
Schillerstr. 66.
3 Uhr: Flora
7 1/2 Uhr: Der Mann Jodot

Staatstheater
Opernhaus
12 Uhr: Volks-Vorstellung: Cool Jon tutti
9 1/2 Uhr: Carmen
Schauspielhaus
2 Uhr: Volks-Vorstellung: Maria Stuart
7 Uhr: Der Sturm
Vorlesung: Max Reichardt

Deutsches Theater
1 1/2 Uhr: Mithras
7 1/2 Uhr: Die Jungfrau von Orleans
Kammerspiele
11 1/2 Uhr: 2. Akt: Auf-
führung d. Schauspielhaus
1 1/2 Uhr: Frühlingserwachen
7 1/2 Uhr: Der König d. dänischen Kammer

Großes Schauspielhaus
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Florian Gröger
(Schlesische Vorstellung)
7 1/2 Uhr: Der Knäuel von Venedig
(Achter Abend)

Königsgräber Str.:
3 Uhr: Erdgeist
8 Uhr: Salome
Orka, Maria, Dornburg, Branden
Montag: Jakarinda Iwanowa
Dienstag: Salome
Mittwoch: Erdgeist
Donnerstag: Salome
Freitag: Jakarinda Iwanowa
Samstag: Salome
Sonntag: Salome
Montag: Salome

Komödienhaus:
3 Uhr: Die Gasse mit Vota
Das weiße Lämmchen
mit Max Pullenberg

Berliner Theater:
3 Uhr: Der letzte Walzer

Die Spanische Nachtigall
1 1/2 Uhr: mit Emma Sturm,
Wolfgang, Brandt,
Riper

Meines Theater
Unter den Linden 41
Täglich 7 1/2 Uhr:
Golanows Sohn
Dienst. 4 1/2 Uhr, Kleine Preise:
Die Hirschhängebilde

Neues Operntheater
3 1/2 Uhr: Die Valkyren
Täglich 7 1/2 Uhr:

Der Indische Herrmann
Sonntag, den 20. März
3 1/2 Uhr: Ein Walzer raum

Orion-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Gesellschaft des
Abbé Chateauf

Residenz-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Lady Windermere's Fächer
von Oscar Wilde
Karl, Gumbert, Zorke,
Korff, Polkenstein, Otto,
Wameler

Theater am Nollendorfsplatz
7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht...

Leffing-Theater
Dirkt.: Victor Barnowsky
3: Frau Werrns Gewerbe
Früh und Morgen
7 1/2 Uhr: Ein Idealer Gatte
(Darius, Gitz, Loos)
Dienstag 7 1/2: Flamma (Dorich)
Mittw. 7 1/2: Ein Idealer Gatte
(Darius, Gitz, Loos)
Donnerstag 7: Zum 1. Male:
Der Frauenmut
Schauspiel in 4 Akten von
Hermann Ellig
(Dorich, Galtner, Junkermann)
Freitag 7 1/2: Der Frauenmut
Sabb. 7 1/2: Ein Idealer Gatte
Sonntag 7 1/2: Der Frauenmut
Montag 7 1/2: Ein Idealer Gatte

Deutsches Schauspielhaus
3 Uhr: Die Scheidungsreise
(Max Adalbert)

Komische Oper
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Ziegenblut
Schauspielhaus
3 Uhr: Das Orlomow
7 1/2 Uhr: Mascottchen

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Dr. Klaus

Walhalla Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der Vogelhändler

Casino-Theater
7 1/2 Uhr:
Der Großfürst

Johes Caprice
7 1/2 Uhr:
(am Deutschen Theater Tor)
Nachakt
mit Ferd. Brückner

7 1/2 Apollotheater 7 1/2
Sensations-Ausstattungschauspiel
Madame Dubarry's
Liebesleben
mit der weltberühmten
Saharet

Theater a. Kottb. Tor
Tel. Moritzplatz 16077
Tägl. 7 1/2, und zu halben
Preisen Sonntag
nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
Größter Lach-erfolg
„Durch's Nichts“
Vorverk. 11-1 1/2 u.
4-6 Uhr u. Leipziger Straße 61.

SCALA
THEATER
DIE VARIÉTÉ-BÜHNE
730

METROPOL
KINO
14 Aufführungen

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Sonntags, d. 12. März
Großer Gelbha-Ball
Neue Dekorations!
Neue Lichtspiel!
Präsentation der 2. Schicht: 8 bis 10
Uhr für die ältere Jugend.

Sport-Palast
Das größte Kino der Welt
Friedrichstr. 72 a. Hochbahn-Hilfsweg
Albert Bassermann
Die Nächte des Cornelis Brouwer.
Censurlos-drama.

Henny Porten
Die Prinzessin von Neudalen.
Auf vielfachen Wunsch verlängert:
Das bekannte o. Kammerer-Lange-Quartett
Albert, Max, Hans, Paul

Königstadt-Theater
Alexanderstr. 21, Jannowitz
Gloria-Sänger
3 1/2, 5, 7 1/2, 9 1/2
3 1/2, 5, 7 1/2, 9 1/2
Nachmittags-Vorstellung auf
allen Bühnen 1 Kind frei.

Kasino
Holzmarktstraße 72
Täglich:
Gr. Ball
Wochentags 7 Uhr
Sonntags 6 Uhr

Neue Welt, Sadowe de 108/114
Großer Saal
Freitag, den 23. März, abends 7 1/2 Uhr
Kartellkonzert
mit dem
Domchor
Prof. Hugo Hädel
Karin Corwoll
Bronzell
Ratten 9.-, 3.50 Vore & Hoch, Weidm., Kasper-
kaffe Bohlen, Kuckler, Grotzke, 43
Sprengel zu Vorzugspreisen 3.50 7/8. Nachbehandlung
Vorwärts, Wälder, 3. - Nachbehandlung Freiheit,
Heide Straße 40.

Säle
für Versammlungen, 10-200 Personen
Gute Verpflegung in Mackescher Hof,
Klosterstr. 40-41 u. Norden 3213

TIVOLI
Chausseestraße 25
a. Steffiner Bahnh.
Heute und Täglich

Nadja Sobieska
die Nihilistin
Teater ein. nach Sibilien
verbannt gewesenen
russischen Revolutionäre

Dalia und Partner
Indische Schlangen-
beschwörer und Fakire
sowie das große
Märzprogramm
mit einem Welt-
attraktionen
Beginn an den Woch-
tagen 6 1/2 u. Sonnt. 5 1/2

Für Jugendweihe
Stückwunschkarten
Einladungskarten
Geschenkwerte
für die schulfreie Jugend
mit gebieterischem Inhalt in wirk-
lich vornehmer Ausstattung

Buchhandlung
„Freiheit“
Berlin C. 2,
Dreile Str. 8-9
Nach in allen
Büchereien
der „Freiheit“
erhältlich

Großes Schauspielhaus

Abonnement-Einladung für die Spielzeit 1921-1922

Am Freitag, den 25. März, beginnt die Ausgabe der Abonnements für die Spielzeit 1921/1922.

Den bisherigen Abonnenten ist Gelegenheit geboten, ihr innegehabtes Abonnement bis inkl. Donnerstag, den 24. März, an den Abonnementkassen des Grossen Schauspielhauses zu erneuern.

Vorbestellungen auf Abonnements werden an der Abonnementkasse des Grossen Schauspielhauses und der Theaterkasse A. Wertheim entgegengenommen.

Jedes Abonnement erstreckt sich auf sechs verschiedene Stücke. - Den bisherigen Erfahrungen entsprechend wurde das

Abonnementsystem dahin geändert, dass künftig jede Abonnementkarte auf einen bestimmten Tag und Datum lautet,

so dass jeder Abonnent schon bei Erwerb eines Abonnementheftes über Tag und Datum einer jeden der sechs Vorstellungen genau unterrichtet ist.

Für das Spieljahr 1921/1922 sind folgende Stücke in Aussicht genommen:

König Lear Shakespeare	Pen'heslea Kleist
Götz v. Berlichingen Goethe	Saul u. David (ein Sprechchorium)
Gezähmte Widerspenstige Shakespeare	Hannibal Grabbe
Das Leben ein Traum . Calderon	Arbeiter, Bauer, Soldaten } Decher
Revue mit Tanz und Gesang	Judith Hebbel

Abonnementspreis für 6 Vorstellungen:
(inkl. Lustbarkellets- und Umsatzsteuer)

Parkettlogen M. 120.-	Dalton M. 72.-
Parkettstühle M. 90.-	1. Ring M. 54.-
Ringlogen M. 120.-	2. Ring M. 36.-
3. Ring M. 18.-	

Die Abonnementkasse des Grossen Schauspielhauses ist täglich vormittags von 10-2 und abends von 7-9 geöffnet. Dasselbst ausführliche Prospekte.

Theater am Nollendorfsplatz
Leitung Herrmann Haller
Mittwoch 7 Uhr
Der große Operettenerfolg:
Wenn Liebe erwacht...

Sondervergünstigung für die Abonnenten der „Freiheit“

Anweisung für 1-4 Personen gültig vom 13. März bis 31. März

II. Rang Tribüne Platz 11.-	nur III. 7.-
II. Rang Platz 13.-	nur III. 8.-
II. Rang Balkon Platz 15.-	nur III. 9.-
I. Rang Platz 20.-	nur III. 14.-
I. Rang Balkon Platz 26.-	nur III. 14.-
Parquet-Platz Platz 25.-	nur III. 18.-
Orchestr.-Platz Platz 31.-	nur III. 20.-

Sonntags 1 M. mehr pro Platz, Sonntags 3 M. mehr
Die Lustbarkelletssteuer ist in diesen Preisen einbezogen
Gegen Mehrzahlung Sessel und Logen

Der Reichstag über die Londoner Konferenz

Fortsetzung der Rede des Außenministers:

In seiner Rede vor dem Reichstag fuhr Minister Dr. Simons fort:

Meine Damen und Herren! Ich werde Ihnen diese Gegen- vor schläge nunmehr so darzustellen haben, wie wir sie unter der Billigung des Kabinetts nach London mitgenommen haben. Wir hatten uns klar gemacht, daß wir dabei den doppelten Faktor mitspielen lassen mußten: die Schadloshaltung der Gegner und die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Deshalb sind wir ausgegangen von den festen Forderungen der Konferenz in Paris. Wir hatten genommen den Gesamtwert der letzten Annuitäten und ihn zurückgerechnet auf den Gegenwartswert. Diese Operation war unbedingt erforderlich, weil wir die Abschicht hatten und sie auch haben mußten, alle diejenigen wirtschaftlichen Leistungen und Werte, die Deutschland bereits abgeführt hat und die nach dem Friedensvertrag auf die Reparation angerechnet werden dürfen, auch auf die Pariser Forderungen anzurechnen. (Sehr richtig!) Wir mußten diese ganzen auf 42 Jahre auseinandergezogenen Annuitäten wieder zurückdiskontieren auf die Gegenwart. Wir kamen bei dieser Berechnung auf eine Summe, die ziemlich übereinstimmte auch mit den Angaben der gegnerischen Presse. Außerdem hatten die Pariser Beschlüsse vorgegeben, daß, wenn wir den ganzen Wert der Annuitäten jetzt gleich bezahlen würden, innerhalb der ersten zwei Jahre, daß uns dann die Restschuld von 8 Prozent angeboten werden sollte. So kamen wir zu unserem Angebot von rund 30 Milliarden Goldmark abzüglich der Vorleistungen, die den Gegnern ja bereits bekannt waren und die den Betrag von 20 Milliarden Goldmark ausmachten. Wir hatten unmittelbar vor der Abreise nach London die Mitteilung bekommen, daß namentlich die Reparationskommission eine ganz andere Summe herausgerechnet hatte. Die verschiedenen Summen erreichten kaum die Hälfte der von uns angegebenen Summe; das kommt aber von der Anwendung einer ganz anderen Berechnungsmethode der Reparationskommission. Die Reparationskommission richtete sich nach dem Versailler Friedensvertrag, wonach uns eine Anzahl Leistungen gar nicht angerechnet, sondern nur eingeschrieben wurde.

Es war von vornherein darüber kein Zweifel, daß die 30 Milliarden Goldmark das Kennecke waren, was die deutsche Wirtschaft bezahlen konnte. Daneben war auch klar, daß wir diese 30 Milliarden nicht auf einmal auf den Tisch legen konnten. Kein Mensch in der Welt kann diese Summe von der ganzen Welt jetzt zusammenbringen. Wir mußten daher auf Mittel finnen, soviel davon wie möglich gleich zu schaffen und den Rest zu verzinsen. Nun ist sehr auffassend, daß wir bei der Verzinsung nicht mehr von 8, sondern von 5 Prozent sprachen. Einen größeren Zinssatz konnten wir nicht aushalten, da er die denkbare Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft überschritten hätte. Wie schaffte man nun die große Summe, auf die die Gegner unbedingt kommen wollten? Auf der einen Seite hatten die Gegner selbst zugegeben, daß die deutsche Wirtschaft in der ersten Zeit einer Schonzeit bedürfte. Schon im Versailler Vertrage war dieser Schonzeit gekennzeichnet. Ein Ausweg ergab sich in der Internationalen Anleihe. Von der Gegenseite und auch hier in Deutschland ist diese Anleihe als eine Utopie bezeichnet worden, angesichts der großen Geldschwierigkeiten, in der sich fast alle Länder, auch die wirtschaftlich am besten gestellten, befinden. Die Geldknappheit ist aber nicht nur entstanden aus der Unterbrechung der normalen Handelsbeziehungen, aus dem Rückgang der Wirtschaft, sondern auch wegen der Flucht des Kapitals vor den ungeheuren Steuerlasten in allen Ländern. Deswegen hatten wir gerade diesen Ausweg gewählt, daß eine Anleihe kommen sollte, die Steuerfreiheit genießen sollte. Wir haben nun unseren Vorschlag so ausgebaut, daß wir neben der Anleihe von 8 Milliarden, neben dieser Verzinsung,

eine Jahresrate von 1 Milliarde Goldmark

für die ersten fünf Jahre bezahlen wollten. Mehr glaubten wir nicht anbieten zu können. Alle diese Vorschläge gehen davon aus, daß die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage ist, auf normalem Wege eine wesentlich höhere Summe herauszubekommen als zwischen einer und einhalb Milliarden Mark jährlich. Darauf sind unsere Vorschläge abgestimmt gewesen.

Die Delegation hatte von der Berliner Regierung die Weisung erhalten, in wichtigen und entscheidenden Punkten nicht von den Richtlinien abzuweichen, die sie mitbekommen hatte, ohne die vorherige Billigung der Reichsregierung eingeholt zu haben. Wir haben unseren Vorschlag gemacht, wie er in unserem Weißbuch wiedergegeben worden ist. Leider sind durch ein Versehen der Reichsdruckerei Teile der Rede von Lloyd George in Teile meiner Rede hineingelangt. (Beifall.) Die Konferenzteilnehmer waren überangetrieben und hatten auch nur wenige Stunden zur Verfügung. Ich hatte das Material noch weiter ausgehalten wollen, aber daran hindert mich ein Versehen gegenüber der Gegenseite, wozu diese Verfassungsverletzung nur erfolgen sollte im Falle eines Erfolgs. Da ein Erfolg nicht beschieden war, sind und bleiben diese Tatsachen verzeihlich, da wir ein Versprechen gegeben haben, das wir auch halten müssen. Ich weiß allerdings nicht, ob dieselbe Verfassungsverletzung auch auf der Gegenseite bewahrt worden ist. In der gegnerischen Presse sind über die Verhandlungen vielfach falsche Meldungen erschienen.

Die Forderungen der Entente haben in Deutschland Entsetzen und Entrüstung hervorgerufen. Unser Gegenanschlag hat aber auf der anderen Seite ebenfalls größte Entrüstung zur Folge gehabt, indem es mir nicht möglich war, eine ausführliche Begründung zu geben. (Lebh. hört, hört!) Ich habe meine Rede ablesen müssen gegenüber den Zeichen der Erregung auf der Gegenseite. (Lebh. hört, hört! und Bewegung.) Von vornherein wurden unsere Vorschläge als undiskutabel angesehen. Die Antwort kam Donnerstag, Lloyd George hat zunächst die Schuldfrage aufgeworfen. Er hat dann die Belastungsfrage gestellt und nachzuweisen gesucht, daß in Deutschland zu wenig Steuern bezahlt werden, daß Deutschland durch den Krieg im Gegensatz zu den alliierten Ländern fast garnicht getroffen worden sei. Dann hat er das Ultimatum gestellt, das uns in Paris angedroht worden war. Selbstverständlich mußten wir versuchen, nunmehr in Verhandlungen mit den Gegnern zu kommen. Ich habe infolgedessen von Vermittlung Gebrauch gemacht, die mir angeboten wurden, und hatte erreicht, daß in den Tagen von Sonnabend und Sonntag zwischen Mitgliedern der beiderseitigen Delegationen eingehende und sehr sachverständige Verhandlungen über neue Vorschläge geführt wurden. Bei diesen Verhandlungen hat man zunächst versucht, die Verzinsung der Pariser Forderungen von 42 auf 30 Jahre herabzusetzen. An sich waren die Gegner dazu geneigt, aber es zeigte sich sehr bald, daß die Bedingungen, unter denen man eine solche Herabsetzung der Pariser Forderungen erzielen konnte, untragbar waren, denn sie würden zur Folge gehabt haben, daß wir während 30 Jahren jährlich drei Milliarden Goldmark zu zahlen gehabt hätten, und daß sich darüber hinaus der variable Faktor so sehr erhöhen würde, daß der Gesamtwert der Pariser Forderungen sich auf etwa 28 Milliarden Goldmark näherte. An eine solche Erhöhung des variablen Faktors konnte meiner Ansicht nach von deutscher Seite umlowenbar gedacht werden, als wir uns nicht der Notwendigkeit ansehe konnten, für jedes der 30 Jahre drei Milliarden fest zu versprechen, auf die Gefahr hin, daß gleich zu Anfang ein Zurückbleiben der Ziffer eintrat. Außerdem aber hätten diese Forderungen die Abnahme des deutschen Handels, wegen des Ergebnisses der Abtötung in Oberitalien von der Gegenseite abgelehnt wurden. Also mit diesem Vorschlage war das Ziel nicht zu erreichen.

Ich habe mir dann besondere Mühe gegeben, den Gesichtspunkt der

Mitwirkung am technischen Wiederaufbau Nordfrankreichs

in den Vordergrund zu rücken. Diesen Gedanken hatte ich in Spa in den Mittelpunkt gestellt. Ich habe auch später während meiner nichtamtlichen Tätigkeit meine Aufmerksamkeit darauf gerichtet, und ich habe auch in London mit Sachkennern über diese Materie verhandelt. Dabei trat uns aber in den Weg, daß die Gegenseite ankerardentische Besorgnisse vor der deutschen Tätigkeit hatte, daß namentlich die Franzosen sich einbildeten, wir wollten den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete so durchführen, daß wir große deutsche Arbeiterkolonien nach Frankreich brächten, die dann jahrelang mit Weib und Kind dort verweilten und allmählich Frankreich mit deutschen Siedlungen besetzten. Davor hatten sie ganz außerordentliche Scheu. Dazu kam die Furcht der französischen Unternehmer vor der deutschen Konkurrenz. (Hört! hört!) Die französischen Unternehmer haben große Sorge, daß, wenn sich die Deutschen am Wiederaufbau beteiligen, ihnen Gewinne entgehen könnten. (Hört! hört! und unwillige Bewegung.) Aber man mußte natürlich diesen Gesichtspunkt berücksichtigen. Wir haben es uns dann angelegen sein lassen, nach Wegen zu suchen, die der deutschen Arbeiterschaft ermöglchten sollten, ihre Tätigkeit für das Reparationsproblem auf deutschem Boden zu gestalten. Dieses Problem habe ich den Gegnern in vertraulichen Besprechungen vorgeführt und vielfach festgestellt, daß man ihm Interesse entgegenbrachte. Allerdings hat einer der Delegierten Frankreichs, den ich — ich möchte sagen — als einen Hauptgegner der Verständigung bezeichnen muß, diesen Plan als Theorie abtun zu können geglaubt. Er ist nicht Theorie, er ist in Ansehung genommen und wird in größerem Umfange durchgeführt werden. Die Wäre sind nicht bloß für Frankreich gemacht worden, sondern um unsere eigenen großen Wohnungspläne durchzuführen. Wir werden Frankreich an dem teilnehmen lassen, was wir für uns selbst geplant haben. Dieser Gedanke des Wiederaufbaues muß auch künftig unter uns

in den Mittelpunkt der Verständigungsarbeit

gestellt werden. Es muß hier mehr und mehr Verständigung erzielt werden über die Methoden und auch über die Arbeitsleistung. Aber auch dieser Vorschlag hat zu einer Einigung nicht geführt, weil wir den Gegnern nicht dasjenige bieten konnten, was sie erwarnten: eine große finanzielle Hilfe.

Es ist völlig ausgeschlossen, daß Deutschland in den ersten fünf Jahren je drei Milliarden Goldmark bezahlt. Auch diesen Vorschlag konnten wir nicht machen, wenn wir eine Anleihe aufnehmen wollten. Aber auch das war bei den Gegnern nicht durchzuführen. Wir haben es deshalb zuletzt für unsere Pflicht gehalten, auch noch den letzten Versuch zu machen, uns mit den Gegnern auf einem Wege der Verständigung zu begegnen, und haben die Pariser Vorschläge zur Grundlage gemacht. Auf die zwölfprozentige Ausfuhrabgabe konnten wir uns aber nicht einlassen; damit waren wir auf eine unsichere Basis gestellt. Darin lag eine Gefahr. Eine zweite Gefahr lag darin: die Alliierten haben keinen Zweifel gelassen, daß sie nicht gewillt waren, das Risiko einer Anleihe für acht Milliarden Goldmark zu übernehmen. Das ist allerdings auch ein schweres Risiko, bei dem wohl bange Sorge die Brust der Alliierten beschleichen konnte. Nach sehr reiflicher Überlegung, bei der unsere Finanzsachverständigen ausführlich gehört worden sind, haben wir uns zu diesem Gegenangebot entschlossen. Inzwischen hat uns aber von der deutschen Regierung mitgeteilt worden, daß sie

ganz neue Gegenanschläge

vorbereiten für nötig hielt und vorbereite. Wir hatten infolgedessen den Auftrag, für diese neuen Gegenanschläge eine Bestätigung der Konferenz zu beantragen, und gleichzeitig in unserem letzten Gegenanschlage das Risiko der Anleihe nicht zu übernehmen. Diese Weisung, die wir unmittelbar vor dem Abbruch von Berlin bekamen, legt eine Situation voraus, die nicht mehr bestand, nämlich die Situation, als hätten sich die Alliierten über die Übernahme des Anleiherisikos noch nicht abgefunden. Ich habe infolgedessen die Weisung der deutschen Regierung nicht eingehalten und habe die schwere Verantwortung übernommen, in diesem Punkte über die Weisung der Regierung hinauszugehen. Ich gestehe das ein und habe es auch der Regierung gegenüber eingestanden, ich habe ihr auseinandergelegt, daß dieses Hinausgehen taktisch unbedingt geboten war, wenn wir überhaupt noch einen positiven Vorschlag bringen wollten, und habe außerdem noch auseinandergelegt, daß eine Unterordnung zwischen den beiden Weisungen war vorhanden war, aber nicht so stark, wie sie vielleicht erscheinen könnte, wenn man sich die Wirkung der Anleihe vergegenwärtigt. Die Regierung hat mir für diese Überbreitung ihrer Weisungen ihre Zustimmung gegeben. Infolgedessen bin ich hier ermächtigt, vor dem Reichstage zu erklären, daß die Regierung dieses Verhalten der Delegation vor der Londoner Konferenz gebilligt hat. (Beifall.)

Ich komme nun auf die Frage: Wie hat sich die Gegenseite zu unserem letzten sehr schwerwiegenden Vorschlag geäußert? Der Vorschlag ist wiederum nur als ein Hintergedanke des Friedensvertrages bezeichnet worden! (Große Bewegung.) Es ist mir vollkommen unverständlich, wie man das sagen konnte, nachdem im Januar solche Vorschläge von der Gegenseite selbst gemacht worden waren. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist uns vorgeordnet worden, daß wir bei diesem unserem letzten Vorschlage keine Minimalverpflichtungen auch für die übrigen 25 Jahre übernommen hätten. Ja, dann wäre es ja kein Provisorium mehr gewesen, und wir hätten doch eben festgestellt, daß wir über das Minimum für die 25 Jahre nicht verhandeln konnten, weil die Gegenseite unsere Leistungsfähigkeit nicht richtig einschätzen konnte. Das eine will ich doch hier sagen: Wenn man in London mit diesen Herren Auge in Auge verkehrt, wenn man von ihnen hört, wie es bei ihnen aussieht, muß man doch sagen, daß ihre Forderungen nicht bloß das Ergebnis eines Tummels des Sieges oder der Machtgelüste sind, sondern im Gegenteil, das Ergebnis außerordentlich schwerwiegender Sorgen und Ängste bei der Gegenseite. (Große Unruhe und Widerspruch rechts, Zustimmung links.)

Das Letzte, was die Antwort Lloyd Georges enthielt, war die Ankündigung der Zwangsmassnahmen. Diese Zwangsmassnahmen, gegen die ich im voraus in meiner zweiten Rede vor der Konferenz alles an Gründen ins Feld geführt hatte, was mir zu Gebote stand, da sie meines Erachtens nicht eine Spur von Recht für sich haben. (Lebhafte Beifall.) Ich habe damals gleich, als die Zwangsmassnahmen in London angekündigt wurden, mir ein Rechtsgutachten erlassen lassen, das die sogenannten „Sanktionen“ unter die Lupe nahm. Der wesentliche Inhalt dieses Gutachtens ist enthalten in meiner zweiten Rede. Darüber hinaus habe ich veranlaßt, daß von der Rechtsabteilung meines Amtes ein erweitertes Rechtsgutachten erlassen würde. Die Hauptgrundgedanken, die uns geleitet haben, finden Sie aber bereits in dem ersten Gutachten. Diejenigen Sanktionen, die sich auf eine Besetzung weiteren deutschen Gebietes beziehen, sind in dem Friedensvertrag überhaupt nicht enthalten, es gibt dort

nur wirtschaftliche Repressalien

in der Reparationsfrage, und es gibt gewisse Verlängerungen und Erneuerungen der Besetzung der bereits bestimmten Gebiete, wenn wir unsere Verpflichtungen nicht erfüllen, aber wenn wir unsere Gegner mit einem neuen Angriffskrieg bedrohen. Keine dieser Voraussetzungen liegt vor. Ich wiederhole hier den Vorschlag, den ich in London erhoben habe,

vor der deutschen Öffentlichkeit und vor der ganzen Welt (lebhafter Beifall) und stelle fest, daß von den Juristen, die nach Zeitungsmitteilungen bei der Londoner Konferenz von unseren Gegnern gehört worden sein sollen, auch nicht ein einziger eine Entkräftung unserer Darlegungen versucht hat. (Lebhafte hört! hört!)

Welche Haltung hat nun die Regierung in Zukunft einzunehmen? Wer sich in der Welt umsieht — und das kann man von London aus besser als von Berlin —, der sieht, wie allgemein die Meinung in der Welt ist, daß Deutschland im Unrecht sei. Wenn wir jetzt zu scharfen Maßregeln übergehen würden, würde man in vieler ungünstigen Meinung nur bestärkt werden. (Sehr richtig!) Wir könnten auch etwas anderes tun, wir könnten sagen: Die Gegner haben den Friedensvertrag zerrissen, er gilt auch für uns nicht mehr. Auch das wäre falsch. Es ist nicht recht, daß, wenn unsere Vertragsgegner den Vertrag nicht erfüllen, wir auch untereinander uns losreißen. Man soll nicht Böses mit Bösem vergelten. (Widerbruch rechts. — Zustimmung links.) In einem Vertragsverhältnis soll man das nicht tun, denn da kann man den Gegner anhalten, seine Pflicht zu erfüllen. (Erneute Unruhe.) Wir sind bereit, den Friedensvertrag von Versailles zu erfüllen, aber nicht mehr! Nach Überzeugung der Regierung müssen wir freilich alles tun, was wir tun können, um neue Mittel und Wege zu finden zu Gegengeschäften auf der Basis des Möglichen. Das sind Erwägungen, die wir nach wie vor anstellen. Aber in dem Augenblick, wo man uns eine solche Drohung gibt, gleich wieder die Hand hinstrecken und sagen: „Wir wollen wieder Freunde sein!“ ist nicht angängig. (Zustimmung.)

Die Alliierten behandeln die deutsche Wirtschaft wie eine Uhr, die ihnen nicht schnell genug geht. Sie wollen ihren Gang beschleunigen, aber nicht dadurch, daß sie die Hindernisse und den Staub beseitigen und sie schmieren, sondern dadurch, daß sie wichtige Bestandteile und Räder herausnehmen. (Sehr laut!) Das wird sich bald als eine finanzpolitische Utopie herausstellen. (Zustimmung.) In den Mittelpunkt keiner Ausführungen hat nun aber Lloyd George

die Frage der Verantwortung, der Schuld,

gestellt. Wer von uns Unersüßbares fordert und sagt: Ich tue das deswegen, weil Du allein verantwortlich bist für alles, was wir leiden, und weil Du allein dafür sorgen mußt, daß diese Leiden aus der Welt geschafft werden, der zwingt uns zu dem Beweis, daß seine Voraussetzung falsch ist. (Beifall.) Wir haben zwar unterschrieben, daß Deutschland Schuld am Kriege ist, aber es ist nicht so, und es ist wohl kein Mann und keine Frau in diesem Saale, die glauben, daß Deutschland der einzig Schuldige ist. Ueber die Beteiligung Deutschlands an der Schuld läßt sich streiten, aber das ist unrichtig ist, Deutschland zum Alleinverantwortlichen zu machen, das muß die Welt doch allmählich lernen. Diese Frage müssen wir leidenschaftslos und mit voller Liebe zur Wahrheit alle zu klären suchen. Wenn wir dabei verschiedene Wege gehen, schadet das nichts, wenn nur jeder dazu beiträgt. Die Geschichte ist immerfort an der Arbeit, und sie wird endlich die Wahrheit zum Siege bringen. Als Führer der deutschen Delegation erwarte und verlange ich nicht von Ihnen, daß Sie jeden Schritt der Delegation in London billigen, aber für eines beharr ich — auch im Namen der Regierung — einer ausdrücklichen klaren Erklärung dieses hohen Hauses, daß Sie den endgültigen Entschluß der deutschen Delegation, nämlich die Ablehnung der alliierten Forderungen durch uns, durch ihre Zustimmung bedecken. Sonst ist es allerdings richtiger, daß Sie jemand anders suchen, der künftig — Ihre Verhandlungen mit der Gegenseite führt. Zu Verhandlungen wird es ja einmal kommen müssen, und dann dürfen Sie nur von einer Regierung, einem Außenminister geführt werden, der Ihr Vertrauen hat. (Lebhafte Beifall. Händeklatschen auf den Tribünen.)

Die Aussprache

Abg. Trimbom (Str.): Im Namen der Fraktion des Zentrum und der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei, sowie des Bayerischen Bauernbundes und der Deutsch-Hannoveraner habe ich folgende

Erklärung

abgegeben: Die von unseren Gegnern in Paris aufgestellten Forderungen sind für uns unerfüllbar und daher unannehmbar. Das deutsche Volk ist entschlossen, seine ganze Kraft anzuwenden, um vertragsmäßig übernommene Forderungen innerhalb des Rahmens seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen; wobei die heutige, noch irgend eine andere deutsche Regierung kann aber Verpflichtungen übernehmen, welche diese Leistungsfähigkeit übersteigen. (Lebhafte Zustimmung.) Sie muß dies ablehnen für die Gegenwart und sie muß es ablehnen mit Rücksicht auf die Sorge für künftige Geschlechter.

Die Forderung makloser Entschädigungssummen hindert die Herbeiführung eines endgültigen Friedenszustandes, den nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt braucht, wenn nicht Weltwirtschaft und Weltfinanzen völliger Zerstörung anheimfallen sollen. Wenn Frankreich glaubt, daß deutsche Schuldverhältnisse ihm die Möglichkeit geben würden, seine eigenen Finanzen zu heilen, so verfehlt es dabei, daß eine deutsche Schuldverpflichtung sich nur führen kann auf das Weltvertrauen in die deutsche Wirtschaftskraft und daß man nicht gleichzeitig die deutsche Leistungsfähigkeit erschöpfen und trotzdem unerhörte Verpflichtungen aus Deutschland herauspressen kann. (Lebh. Zustimmung.) Wie billigen deshalb durchaus, daß die deutsche Delegation unter Führung des Außenministers Dr. Simons bei den Verhandlungen in London eine Zustimmung zu den Pariser Beschlüssen abgelehnt und den Abbruch der Verhandlungen hingeworfen hat; wir stellen gleichzeitig fest, daß durch den Abbruch der Verhandlungen seitens der Gegner die bisherigen Angebote Deutschlands hinsichtlich geworden sind. (Lebh. Zustimmung.)

Die Gegner haben die Ablehnung des vorerwähnten Ultimatums mit Strafmaßnahmen gegen Deutschland beantwortet, welche die Besetzung deutscher Städte, die Errichtung einer neuen Zollzone innerhalb des deutschen Gebietes und die Einziehung eines Anteiles des Wertes deutscher Ausfuhr in sich begreifen. Das Vorgehen der Gegner ist eine Verletzung des Völkerrechts und eine Verletzung der Völkerverträge. Vor der ganzen Welt erheben wir feierlich Einspruch gegen einen derartigen Rechtsbruch. (Lebh. Beifall.)

Wir sind überzeugt, daß die Strafmaßnahmen an ihrer Unberechenbarkeit scheitern werden. Unsere Gegner vergessen, daß die Weltwirtschaft ein Ganzes ist und daß die Weltfriede, die im Gefolge einer dreieinhalbjährigen Störung der Friedensarbeit eintrat, nur durch einen verständigen Ausgleich zwischen den großen Wirtschaftsgroßmächten gewahrt werden kann. Dem wiederholten Veruch des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George, das deutsche Volk mit der allseitigen Verantwortlichkeit für den Krieg zu belasten, lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. (Zustimmung.)

Abg. Wels (So.): Ich kann nicht umhin, meiner starken Bewunderung über einige Sätze der Rede des Abg. Trimbom Ausdruck zu geben. Vor allem muß doch jede Gelegenheit zur Wiederaufnahme der Verhandlungen benutzt werden. Die Sozialdemokraten sind ganz anderer Auffassung über die Beurteilung der Kriegsschuld. Hätte der Reichskanzler, so, wie es heute geschehen ist, Lloyd George mit seinen

eigenen Worten über die Anfänge des Krieges gesprochen, so wäre er der in England üblichen Terminologie nähergekommen. Der tiefste Ursprung des Krieges ist das kapitalistische System. Wir stehen aber heute vor der Lebensfrage Europas: Deutschland und Europa sollen in neues Glanz gekürzt werden. (Lebhafte Zustimmung links.) Wen trifft diesmal die Schuld? Mit ruhigem Gewissen können wir sagen: Uns nicht! (Lebhafte Beifall.) Die Gegner haben die Verhandlungen abgebrochen. Das deutsche Volk ist gewillt, alles, was in seinen Kräften steht, zur Wiedergutmachung zu tun. Der Abbruch ist aller Wahrscheinlichkeit nach von den Gegnern beabsichtigt worden. Ich brauche da nur an die Stellung des Kabinetts Briand zu erinnern, ohne noch deutlicher werden zu müssen. Angesichts dieser Absicht hätten unsere Angebote

Klarer und planvoller

sein müssen. Der Wiederaufbau Nordfrankreichs mußte zum Kernstück eines Wiederaufbaus gemacht werden. Wegen des Angebots eines Provisoriums an sich erheben wir noch keinen Vorwurf gegen die Delegation; wir bedauern aber, daß die finanzielle Seite auf Kosten des Wiederaufbauprogramms so in den Vordergrund gerückt worden ist. Der Gedanke des Wiederaufbaus ist immer als Nebenstückliches, als Anhangsel der Reparationsfrage behandelt worden. Auf derselben Seite steht auch die Behandlung der Entwaffnungsfrage.

Deutschlands Zukunft liegt auf wirtschaftlichem Gebiet.

Wir müssen verhandeln

müssen sehen, zu einem Abkommen zu gelangen. Die Gefahren der Sanktionen dürfen nicht unterschätzt eingeschätzt werden, je nach der Entfernung von der feindlichen Front. Die Abschneidung durch die Zollgrenze muß für das Rheinland eine katastrophale Wirkung haben, vor allem eine ziellose Arbeitslosigkeit. Die Abschneidung des Rheingebiets liegt durchaus auf der Linie der französischen Politik. Auch Süddeutschland will man müde machen, um es auf immer vom Deutschen Reich zu trennen. Die deutsche Arbeiterschaft wird demgegenüber das Element des Zusammenhaltens des Reiches bilden.

Abg. Graf Westarp (Dnat.): Die neue Behauptung deutschen Geistes ist ein Bruch des Völkerrechts und des Versailler Vertrages. Nach Schöding ist ein völkerrechtlicher Vertrag zerrissen, wenn das Leben einer Vertragspartei angegriffen wird. Ich verstehe den Außenminister nicht, daß er dem Feind einen Freibrief erteilt für jeden Angriff auf deutsches Gebiet. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wir hatten das volle Recht, die Vorschläge der Gegner anzunehmen oder abzulehnen. Trotzdem haben die Gegner Strafmaßnahmen ergriffen. Das ist der Tatbestand des § 233 St.G.B.: Erpressung! Nach unserer Ablehnung trat der Versailler Vertrag in Kraft, nach ihm war unsere Schuld festzusetzen. Wir haben den Vertrag bisher erfüllt. Ich beklage, daß der Feindbund aus der Art, wie wir die Entwaffnung behandelten, Unruhe und Unruhe links.) Kein Artikel des Friedensvertrages erlaubt dem Feindbund den Einsatz. Der Zweck ist aber nur Erpressung, ist Schädigung und Vernichtung Deutschlands.

Wir billigen es ja, daß die Delegation die Pariser Forderungen abgelehnt hat. Dieses endlich einmal gelagte Nein hat lebhaften Widerhall in der Bevölkerung gefunden. Nun ist alles hinfällig geworden, was unsere Unterhändler in London angeboten haben. (Sehr richtig! rechts.) Wir stimmen dem Antrag der Regierungsparteien zu, das soll aber

Ein Vertrauensvotum für den Außenminister sein.

Unser Angebot ist für uns sehr vollkommen erledigt und wir glauben, daß nur dann neue Verhandlungen möglich sind, wenn vorher die Aushebung der Gewaltmaßnahmen sichergestellt ist. Wir werden in solche Verhandlungen überhaupt nur mit großer Vorsicht gehen müssen.

Dazu fordern wir, daß auch die Regierung ganz anders und entschiedener als bisher Stellung nimmt gegen die Belästigung Deutschlands mit der Schuld an den Krieg (sehr richtig!). Der Reichsanwalt Bauer hat am 23. Juni ausdrücklich erklärt, die Regierung habe ihrem Volke ein zurechnliches, unwahres Schuldbekenntnis erteilt. Er hat den moralischen Vorbehalt, den moralischen Protest gegen dieses erzwungene Schuldbekenntnis ausgesprochen. Dieser Protest muß ganz anders hineingehämmert werden in das Bewußtsein der ganzen Welt als bisher, daß Deutschland nicht die Schuld am Kriege trägt. Nein, die moralische Schuld, die Schuld der Urheberhaft des Krieges trägt Deutschland überhaupt nicht. Auf diplomatischem Gebiete mag eine gewisse Ungeschicklichkeit, eine Art Schuld vielleicht vorliegen. Gerade in London wäre es wichtig gewesen, mit der Behauptung von der Kriegsschuld Deutschlands auszuräumen, wo die ganze Welt auf die Worte des Außenministers Dr. Simons lauschte. Wir verlangen von der Regierung, daß die Propaganda in diesem Sinne jetzt ganz anders aufgenommen wird. (Beifall.)

Vernichtet und zerfallen ist die alte Kraft des deutschen Volkes noch nicht. Wir haben noch unsere Ehre, solange wir wollen, solange wir sie nicht selbst aufgeben. Wir haben den festen Willen, festzuhalten an dem Gedanken der Befreiung vom Versailler Vertrag, wir haben vor allem die Hoffnung auf die Geschlossenheit des deutschen Volkes, und ich habe die Hoffnung, daß dieser Wille sich durchsetzen wird in der furchtbaren Not dieser Tage. In der Abwehr, in dem Tragen dieser Not gehört der Deutsche zum Deutschen, und da steht der Deutsche zum Deutschen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Inzwischen ist ein Antrag Trübner (Ztr.), Dr. Stresemann (D. Sp.), Schäfer (Dem.), Reich (Bayr. Sp.), Wilmers (D. Sp.) und Fehr (Bayr. Bauernb.) eingegangen, den wir an anderer Stelle veröffentlichen.

Abg. Breitscheid (L. S. P.):

Es wird sehr viel zur Erhöhung der Würde und der Verhandlungen beitragen, wenn die Herren von rechts den Saal verlassen. (Die Rechte war bei Beginn der Ausführungen des Genossen Breitscheid geflüchtet.) Ich glaube, es würde auch sehr viel zur Besserung unseres Verhältnisses zum Ausland beitragen, wenn die Herren von rechts es vorziehen würden, diesen Saal überhaupt nicht wieder zu betreten. (Sehr richtig! bei den U. Soz. — Lachen rechts.)

Als wir uns vor 8 Tagen hier in diesem Saal über die Londoner Verhandlungen unterhielten, da bestand noch eine gewisse Hoffnung einer Verständigung. Diese Hoffnung war außerordentlich gering, da die ersten Verhandlungstage bewiesen hatten, wie weit trotz aller mathematischen Kunststücke, die in der Presse gemacht worden sind, die beiden Kontrahenten voneinander entfernt waren, und da weiter die Verhandlungen in einer Weise eingeleitet worden waren, die kein gutes Ende versprachen. Jedenfalls stehen wir heute nach der Rückkehr des Herrn Simons aus London nach dem Scheitern der Verhandlungen

vor einem Berg von Scherben.

Die Sanktionen sind in Kraft getreten. Ich betone ausdrücklich — und in der Resolution, die eine so lebhaft Enttäuschung bei den Herren von der Rechten ausgelöst hat, steht es ebenfalls — daß wir diese Sanktionen nicht als Ausfluß irgendeines Rechtsgedankens, sondern als Ausfluß der Gewalt betrachten. Wir halten diese Sanktionen nicht mit dem Friedensvertrag für vereinbar. Wir sehen darin einen Rechtsbruch, eine Gewaltmaßnahme der herrschenden Mächte in der Entente. Wir sind auch weiter mit den anderen Parteien darin einverstanden, wenn wir der Hoffnung und der Überzeugung Ausdruck geben, daß durch solche Maßnahmen die Beschiebung Rheinprovinz sich nie und nimmer dazu veranlaßt sehen wird, gewissen Wünschen gewisser jenseitiger Politiker Rechnung zu tragen.

Wir stehen, ich sage es noch einmal, vor einem Berg von Scherben. Und nun gibt es Leute in Deutschland, in Berlin und anderswo, deren politisches Verständnis so wenig entwickelt ist, daß sie über das negative Resultat von London sogar in Beglückung zu geraten vermögen. Man hat Dr. Simons auf seiner Reise und in Berlin Aufregungen dargebracht. Wenn etwas den vollständigen Mangel an politischem Sinn in deutschen Bürgertum beweisen könnte, so wären es diese Ovationen. Wäre die Situation nicht so überaus ernst, so könnte sie zu einem besetzenden Lachen reizen. Es ist doch nicht so, wie es bei der Begrüßung des Herrn Simons hier, daß er der Erste gewesen ist, der in London ein Nein gesprochen hat. Er ist ja, was von der Rechten bedauert wird, zuletzt zu einem außerordentlich weiten Entgegenkommen bereit gewesen, und das Nein ist dann nicht von ihm

sondern von der Entente

gesprochen worden. Und nun wird ihm gehuldigt von denselben Kreisen, deren politische Führer diesen Minister des Auswärtigen angreifen, weil sein Nein in London nicht deutlich genug gewesen ist. Hier scheint in der nationalpolitischen Reale etwas nicht geklappt zu haben. (Sehr gut! bei den U. Soz.)

Sehen wir nun von den englischen Politikern ab, die über den Abbruch der Verhandlungen in London Freude empfinden und die intellektuell ungefähr auf der Höhe derjenigen Personen stehen, die während der Kriegsjahre über jeden neuen Feind, den sich Deutschland erwarb, in Jubelrufe ausbrachen (Sehr gut! bei den U. Soz.), so wird bei den ersten Menschen ja jetzt die Frage erörtert, wie alles hat so kommen können, wor die Schuld trägt oder was die Schuld trägt an diesem Scheitern der Versuche, mit der Entente zu einer Verständigung zu gelangen. Ich habe darüber, soweit man damals ein Urteil fällen konnte, wie die Herren sich erinnern werden, bereits am vorigen Sonnabend gesprochen. In diesem Zusammenhang ist noch, wieder einmal zu fragen, was denn seit San Remo und seit Spa, d. h. also seit dem Moment, wo man doch wissen mußte, daß die

Reparationsfrage in absehbarer Zeit auf die Tagesordnung kommen würde, von Seiten der deutschen Regierung geschahen ist, um den Plan einer solchen Reparation ihrerseits aufzustellen. Erst

als ihr das Feuer auf den Nägeln gebrannt hat,

erst als man einige Wochen vor der entscheidenden Konferenz von London stand, wurden die Sachverständigen zu einer Konferenz zusammengetrommelt. Und diese Sachverständigen — der Herr Minister hat es uns heute wieder erklärt — sind zu keinerlei Ergebnissen gekommen. Es gab keinen Vorschlag, für den, wie er sagte, sich unter den Sachverständigen eine Mehrheit gefunden hätte. Da die große Sachverständigenkonferenz zu keiner Einigung kam, wurde eine kleine Sachverständigenkonferenz zusammengetrommelt, und schließlich hat man so etwas, was wie eine Einigung ausah, erzielen können. Doch diese Sachverständigen sind außerordentlich schwer einig, liegt auf der Hand. Auch bei ihnen gibt es gewisse Interessengruppen, auch bei ihnen, und gerade bei ihnen, ist der Wunsch am lebendigsten, möglichst wenig oder gar nichts zu zahlen, trotz aller Verpflichtungen, die wir übernommen haben. Doch sie nicht zu einem Ergebnis gekommen sind, das mich brüden als ein Anzeichen des schlechten Willens, zu einem Ergebnis zu kommen, aufgefaßt und ausgelegt werden. (Widerspruch rechts.) Ich für meine Person bin der Überzeugung, daß es an diesem guten Willen in den Sachverständigenkreisen sehr stark fehlt.

Wir beteiligen uns nicht an den mehr oder weniger kleinen Versuchen, die Ziffern gegeneinander auszuspielen. Wir gehen mit unserer Kritik von einer ganz anderen Basis aus. Herr Simons — auch das steht in den Zeitungen — hat sich im Hinblick dagegen gewehrt, daß er etwa als der Junge Mann des Herrn Simons angesehen werden könne. Wenn ich das auch glaube, so habe ich doch den Eindruck, als ob Herrn Simons in London

das Bild des Herrn Simons

immer ein wenig vorgezeichnet habe. Ich habe den Eindruck, daß er immer in dem Gedanken gehandelt hat, ob Herr Simons darüber auch nicht allzu böse werden wird? Doch er immer in dem Gedanken gehandelt hat: ob die Schichten, die Herr Simons repräsentiert, ihr Mißtrauen gegen ihn nach den Londoner Verhandlungen auch nicht allzu deutlich zum Ausdruck bringen werden. (Sehr gut! bei den U. Soz.) Der Eindruck ließ sich allzuoft nicht abwehren, daß Herr Simons statt in Berlin auswärtige Politik, in London im deutsche Politik betriebe hat, natürlich neben der angewandten Jurisprudenz. Er habe, als er nach London kam, von dem Vorkämpfer Scharmer und seinen Beamten gehört, daß Lord George zu Vermittlungen bereit sei — und diese Auffassung war in der Tat ganz richtig. Aber es scheint mir, als ob der Vertreter Deutschlands in London, als ob der Führer der deutschen Delegation

die politischen Gesichtspunkte,

die in diesen Moment mit hineinspielen und hineinspielen mußten, nicht genügend berücksichtigt habe. Er hat möglichst wenig geboten, damit die Vermittlungsoption des Herrn Lord George möglichst vielen Spielraum habe. Aber er hat nicht überlegt, daß bei aller Bereitwilligkeit zum Entgegenkommen, wenn sie auf der Seite von Lord George vorhanden gewesen wäre, nicht zu erwarten war, daß dieser Frankreich in dieser Situation im Stich lassen werde.

Nun kommt Herr Simons gegenüber der Summe von 220 Milliarden seinerseits mit der Summe von 50 Milliarden Mark, von denen er sofort 20 Milliarden als bereits geleistet in Abzug bringt. Er wird sich darauf berufen, daß in den schriftlichen Vorschlägen die 50 Milliarden in den Vordergrund gestellt sind, in den mündlichen Ausführungen des Herrn Simons ist aber deutlich zum Ausdruck gebracht: wir wollen 50 Milliarden zahlen; nach unserer Überzeugung werden 20 Milliarden davon abgezogen, bleiben 30 Milliarden. Und ganz nebenhin wird einmal angebeutet: zur Not könne man sich über die 20 Milliarden verständigen. Das war ungeschicklich, in allerhöchstem Maße (Sehr richtig! bei den U. Soz.). In dieser ersten Rede wurde von Herrn Simons nichts von einem Provisorium gesagt, nichts von einem Besserungswort, der der Entente einen Anteil an den etwa gebesserten Verhältnissen in Deutschland gewährt hatte und von dem hier in Berlin die Rede gewesen ist. Es wurde nichts gesagt von einem Erlaß für die von der Entente geforderte zwölfpromzentige Exportabgabe, es wurden keine Vorschläge über ein Index für die etwa wachsenden Leistungsfähigkeiten Deutschlands gemacht, und was mir noch immer das Schlimmste zu sein scheint: es wurde keinerlei positives Programm und keinerlei betonte Bereitwilligkeit zur Anteilnahme an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ausgesprochen. (Sehr richtig! bei den U. Soz. — Zuruf bei der D. Sp.: Nicht richtig!) Herr Minister Simons und seine

Etamin

FABRIK
CHEMNITZ 1/2a
LUTHERSTR. 56

EXPORT-ABTEILUNG
CHEMNITZ 1/2a. SCHLOSSTR. 7

ENGROS U. VERSEND
BERLIN N.O. 43
MEYERBEERSTR. 1-4

Eigene Verkaufsstellen:

- BERLIN:**
Leipziger Strasse 107
Leipziger Strasse 65
Rosenthaler Strasse 44
Landsberger Strasse 88
- CHARLOTTENBURG:**
Tauentzienstrasse 10
Wilmersdorfer Str. 55-56
- SCHÖNEBERG:**
Kleiststrasse 24
Martin-Luther-Strasse 95
- NEUKOLLN:**
Berliner Strasse 1

Tramaseidene Damenstrümpfe
Farbensortiment von circa 60 Farben Mark 79.50
DAMENSTRÜMPFE

Baumwolle gute Qualität	8.25 M.	Mousseline extra feines durchsichtiges Gewebe	14.50 M.	Prima Seidenflor	19.50 M.
Mousseline	10.75 M.	Seidenflor	16.50 M.	Seiden-Ersatz	24.50 M.

HERRENSOCKEN		KINDERSTRÜMPFE	
Baumwolle	5.50 M.	Seidenflor	14.50 M.
Haltbare Qualität	7.50 M.	Reine Wolle	17.50 M.
Extra weiße Qualität, von 1400 nicht zu unterschätzen	10.75 M.	Tramaseide	29.50 M.
Oftmals Seidenstoff in gestric. u. gemustert. Seiden in all. Preislagen		Haltbare Qualität, Größe 1	6.50 M.
		Jede weitere Größe um 1.00 M. steigend.	
		Kindersöckchen	3.00 M.
		Haltbare Qualität, Größe 1	3.00 M.
		Jede weitere Größe um 0.50 M. steigend.	
		Reine Wolle	15.00 M.
		Größe 1	15.00 M.
		Jede weitere Größe um 1.00 M. steigend.	
		Kindersöckchen	5.00 M.
		mit Wellrand (nicht rutschend), Größe 1 ..	5.00 M.

Verkaufsniederlagen zu Original-Preisen:

- BERLIN:** Friedrichstr. 43 / Königgrätzer Str. 124-129 / Oranienstr. 42 / Königstrasse 26a / Greifswalder Strasse 5 / Danziger Strasse 3-4 / Brunnenstrasse 16 / Orsele Frankfurter Strasse 114 / Revaler Strasse 6
- CHARLOTTENBURG:** Kurfürstendamm 69
- SCHÖNEBERG:** Ormewaldstr. 60
- WILMERSDORF:** Berliner Strasse, Ecke Brandenburgische Strasse
- SPANDAU:** Breite Strasse 21-22
- FRANKFURT a. M.:** Goethestr. 14 / Hohenzollernstr. 4
- ERFURT:** Anger 21
- HAMBURG:** Neuer Wall 50
- HARBURG a. E.:** Lüneburger Str. 24
- HANNOVER:** Gr. Packhofstrasse „Haus Schneider“
- DRESDEN:** Wilsdruffer Strasse 15
- LEIPZIG:** Ortmannsche Strasse 20
- HALLE:** Orsele Steinstrasse 85
- STETTIN:** Kleine Domstrasse 8

Geheimräte haben in London als eine juristisch-finanzielle Angelegenheit betrachtet, was in hohem Maße eine politische Angelegenheit

war. Nach unserer Ueberzeugung war in London nicht der Gedanke der Undurchführbarkeit der Pariser Forderungen in den Vordergrund zu stellen, sondern der andere: wie läßt sich die Vermittlungsabsicht von Lloyd George am besten für Deutschland nutzbar machen? Worauf es für uns bei der gegenwärtigen Lage ankommt, ist, daß die Augenblicksgefahr, die Augenblicksnot von uns abgewendet wird und, wenn es möglich gewesen wäre, durch Festlegung eines Provisoriums diese Sanctionen zunächst hinauszuschieben und dafür zu sorgen, daß in fünf Jahren erneut über dies Thema gesprochen werden konnte.

Was wissen Sie und was wissen wir, was in fünf Jahren in wird? Können Sie nicht die Verhältnisse in England und Frankreich innerhalb dieser fünf Jahre in einer Weise geordnet haben, daß wir dann mit ganz anderen Bedingungen für die Zukunft rechnen dürfen? Wissen wir, ob wir nicht in fünf Jahren in England eine Regierung haben, gebildet meinetwegen aus den Unabhängigen Liberalen und aus Vertretern der Arbeiterpartei, wissen Sie, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in fünf Jahren in England und Frankreich entwickelt haben? Ist es nicht möglich, daß das, was sich jetzt anbahnt und was am Horizont aufdämmert, der Zusammenbruch auch des englischen und französischen Kapitalismus (Lachen bei der D. V.) dazu beiträgt, daß in dieser Zeit andere Gewalten sich am Ruder befinden, mit denen sich dann über einen wirklichen und dauerhaften Frieden verhandeln läßt? (Sehr wahr! bei den U. S.). Deshalb mußte unsere Politik dahingehen, über die nächste Zeit hinwegzukommen und die großen Ziffern, von denen man drüben redet, als eine Angelegenheit von einigermaßen untergeordneter Bedeutung zunächst zu behandeln. (Zuruf bei der D. V.: Politik auf kurze Sicht!) Sowohl, wir sind in Deutschland in einer Situation, in der wir Politik auf Menschenalter hinaus nicht treiben können, wir haben die Aufgabe,

in erster Linie Gegenwartspolitik

zu treiben mit dem Ausblick natürlich auf die Zukunft.

Nun warf Lloyd George in dieser Rede so gut wie in seiner ersten, die große Frage nach der Schuld am Kriege auf. Er stellte die Dinge so dar, daß das, was man von Deutschland fordere, die Folge dessen sei, daß die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg als grundlegend betrachtet werde. Zu diesem Punkt muß einiges gesagt werden. Ich würde das dringende Ersuchen voraus, doch endlich mit der Irreführung der öffentlichen Meinung aufzuhören, als ob wir oder auch als ob Lloyd George von einer Schuld des deutschen Volkes an diesem Kriege gesprochen hätten. Lloyd George hat von der Schuld des deutschen Volkes, von der heute immer im abflehenden Sinne die Rede ist, kein Wort gesagt. Er hat lediglich

die kaiserlich deutsche Regierung

verantwortlich gemacht für die Herausforderung zum Kriege. Das ist etwas wesentlich anderes. Wie kam Lloyd George dazu, diesen Punkt so besonders zu unterstreichen? In der Hauptsache deshalb, weil Dr. Simons in Stuttgart — meiner Ansicht nach ganz überschnurwertig — diese Frage der deutschen Kriegsschuld angehängelt hat. Nun, Sie haben das Spiel mit der Schuldfrage erneut begonnen, wünder Sie sich nicht, wenn wir unterdessen bereit sind, als Gegenspieler aufzutreten. (Zuruf von der D. V.: Als Deutscher! Als Deutscher!) Wir erklären als Deutsche, Herr Dr. Richter, daß auch wir überzeugt sind, daß der letzte Grund dieses Krieges und aller gegenwärtigen Kriege in dem durch das Finanzkapital heraufbeschworenen Imperialismus und den imperialistischen Gegensätzen liegt. Wir erklären als Deutsche andererseits aber auch, daß nichts fassbar, nichts vernehmbar ist, als wenn Herr Graf Westarp sich hierherstellt und erklärt, Deutschland trifft überhaupt keine moralische Schuld an dem Ausbruch des Krieges. (Sehr richtig! rechts.) Wir sagen nicht: Deutschland, die maßgebenden Stellen des damaligen Deutschlands tragen die einzige Schuld; aber wir wiederholen auch in dieser Stunde:

Deutschland, die maßgebenden Stellen des kaiserlichen Deutschlands tragen ein vollgültiges Maß von Schuld und sie tragen die Verantwortung zum mindesten einmal dafür, daß der Krieg im August 1914 zum Ausbruch gekommen ist.

(Unruhe und Zurufe rechts.) Wollen Sie, daß wir noch einmal auf Einzelheiten eingehen, wir sind bereit. (Rufe rechts: Wir auch!) So empfehle ich Ihnen dringend, lesen Sie doch einmal endlich und studieren Sie mit Eifer und ohne Vorurteil die Akten, die aus dem Auswärtigen Amt veröffentlicht worden sind. Lesen Sie die Akten des Auswärtigen Amtes, lesen Sie doch die

Handnoten Ihres verehrten Kaiser Wilhelms

von Hohenzollern, der in dieser schweren Zeit in der Schnodderigen, in der gemeingefährlichsten Weise sich über internationale Verhältnisse geäußert hat. (Sehr richtig! bei den U. S. — Zurufe rechts.) Ich sage Ihnen, daß es nicht allein auf die letzten 24 Stunden vor der Kriegserklärung ankommt, wenn man von der moralischen Schuld am Kriege spricht, sondern daß es ankommt auf die Monate, auf die Jahre, auf die Jahrzehnte, die vorangegangen sind. Die Geschichte hat nicht heute, die Geschichte hat nicht am 1. August 1914 begonnen. Die Geschichte der neuen Zeit, die Vorgeschichte dieses Krieges hat begonnen

mit der Annexion von Elsaß-Lothringen

(Lachen und Unruhe rechts), hat begonnen mit dem Moment, wo eine Politik betrieben wurde, die es verhindern mußte, daß der Küstungswahnsinn in Europa eingeschränkt wurde, benennen mit dem Moment, wo durch die Annexion von Elsaß-Lothringen Rußland zum Schiedsrichter gemacht wurde, vor dem nun abwechselnd Deutschland und Frankreich um Gunst buhlen mußten, hat damit begonnen, daß man dieses Rußland zum Schiedsrichter machte in dem Augenblick, wo man sich zum Vorspann der panlawistischen Ideen machte, um dieses Rußland tatsächlich von seiner Revanchepolitik fernzubalten, wurde dann fortgesetzt damit, daß wir gerüstet waren, schließlich auf Desterreich zu legen und damit Rußland von vornherein zum scharfen Gegner, zum Bundesgenossen jedes Feindes Deutschlands machten. Sie ist fortgeführt worden mit der Politik, die für einwie Jahre den Namen Wilhelms II. trägt, sie ist fortgeführt worden mit den Flottenrüstungen, die von England als gegen sich gerichtet angesehen werden mußten, sie ist fortgeführt mit den Abenteuern des Finanzkapitals an der Baababahn, in Kleinasien und an anderen Stellen. (Sehr wahr! bei den U. S.)

Sprechen Sie über die moralische Schuld am Kriege, so rufen Sie das Problem des deutschen Militarismus und des deutschen Kapitalismus auf. Dort ist die Wurzel der moralischen Schuld und wir unsererseits haben für diese unsere Auffassung keine Angst vor dem Urteil der Geschichte.

Was soll nun überhaupt von der deutschen Regierung aus in Zukunft gefordert werden? Es genügt nicht, daß wir über die Verfehlungen des Bergangenen sprechen, wichtiger ist die Frage, was in Zukunft getan werden muß und getan werden kann. Herr Graf Westarp hat ja der Regierung Vorschläge gemacht, oder soll ich sagen, Anregungen gegeben. Auf der äußersten Linken wird man ja auch jeden Tag zu Taten aufgefordert, ohne daß uns erzählt wird,

wie die Taten aussehen.

Sie beschreiben sich in dieser Beziehung mit dem Grafen Westarp, der drohend von Taten redet, aber doch nicht den letzten Mut besitzt, uns diese Taten näher zu kennzeichnen. Ich würde bei der Rede des Grafen Westarp ein wenig an den bekannten Spottvers erinnern: „Er zog den Dachs wohl drei Fuß aus der Scheide, behielt die Spitz und — redt ihn wieder ein.“ Große Heiterkeit links.) Sagen Sie, meine Herren, was Sie für Taten zu tun gedenken? Wollen Sie die diplomatischen Beziehungen abbrechen? Sprechen Sie es doch aus, weshalb Sie es beabsichtigen, weshalb Sie es zurückstößend? Glauben Sie an die Möglichkeit eines Krieges in absehbarer Zeit? Er wird nicht von den Leuten geführt, die dafür nichts anderes mitbringen als aus ihrem Gemüht den „einstorenen preußischen Dünkel“. (Zuruf rechts.) — Ich habe Sie nicht einmal gemeint, Herr Hefferich. — Er wird von denen geführt, die im Arbeitslosen Reden und deren Sie nicht entraten können, wenn die Herren für ihre Heldentaten in der Gruppe Statisten brauchen im Schützengraben haben wollen. Haben Sie, wenn Sie Krieg führen wollen, die Macht dazu? Haben Sie die Kraft, der Entente gegenüber aufzutreten? Wo sind Ihre Waffen, mit denen Sie Krieg führen wollen? Ich wiederhole, was ich das letzte Mal gesagt habe: Was in Ihren Augen vor 6 Jahren ein Heldentat war, ist heute eine Komödie,

das Spiel von miserablen Komödianten.

Die Frage ist nur die, wer kann nun seinerseits die Verhandlungen, die Sie ja alle so oder so haben wollen, in der Zukunft führen? Die Frage ist zunächst einmal: was können wir bieten? Da betone ich in erster Linie, daß wir immer wieder und mit allem Nachdruck unsere unmittelbare Beteiligung an dem

Wiederaufbau der zerstörten Gebiete

in Nordfrankreich und Belgien zu bieten haben. Nun erinnere ich daran, daß dieser Tage die Confederation Generale du Travail, die französische Gewerkschaften, einen Beschluß gefaßt haben, daß dieser Wiederaufbau in Nordfrankreich nur möglich ist durch ein Abkommen zwischen deutschen und französischen Arbeitern zu gemeinsamen Wiederaufbau der Ruinen. Die Arbeiter haben Sie also unter allen Umständen nötig. Ich möchte bitten, diesen Satz im Auge zu behalten. Das zweite, was wir an-

bieten können, ist, daß wir dafür sorgen, daß die Vermittlungspflichtigen Lloyd Georges, deren Grenze und Tendenz ich vorhin charakterisiert habe, Deutschland dadurch nutzbar gemacht werden, daß wir den Hauptton darauf legen, über die nächsten Jahre hinwegzukommen.

Über nun kommt die große Frage:

Wer führt diese Verhandlungen?

Wer kann sie mit Aussicht auf Erfolg führen? Ich frage zunächst: Hat diese Regierung im Lande, in diesem Parlamente noch das nötige Vertrauen? Wenn Sie glauben, das Vertrauen zu besitzen, so muß ich schon sagen, ich bewundere und beneide Sie um ihre Bescheidenheit. Heute ist in hier im Plenum wesentlich mehr der Gerede worden als gestern und vorgestern im Ausschuß. Wenn man einer Regierung sagt: Ihr habt keine Ideen, Ihr habt keine Führung, dann bedeutet das, wir haben kein Vertrauen zu dieser Regierung (Sehr richtig! bei den U. S.), dann bedeutet das in einem parlamentarischen Lande, diese Regierung muß beiseite gehen, um irgend einer anderen Regierung Platz zu machen. Die Regierung hat vielleicht eine Position in diesem hohen Hause, die rückhaltlos auf ihrem Standpunkt steht, das ist die demokratische Fraktion. Aber diese Basis ist klein und ist schlüfrig, und ich weiß nicht, ob auf sie allein gestützt die Regierung die Geschäfte weiter führen zu können erlaubt. Aber wie gelangt Sie dazu, daß Sie kein Ersatz für Sie findet. Die Herren machen einen Vorstoß und ziehen sich wieder zurück, weil sie ihrerseits sich sagen: Mit uns geht es auch nicht.

Und dann leben wir ja in dem Zustande, daß auf der anderen Seite es auch nicht möglich ist,

eine Arbeiterregierung

in diesem Augenblick in Deutschland zu bilden — die einzige Regierung, die in der Lage wäre, aus dem Papier von Versailles etwas Besseres und Dauerhafteres zu machen. (Zuruf rechts: Breitscheid!) Woran liegt das? Nun, wir Franken daran, das deutsche Volk leidet daran, daß unsere Revolution eine halbe Revolution gewesen ist. Das deutsche Volk leidet daran, daß in der Zeit, die unmittelbar auf die Revolution folgte, systematisch die militärischen Elemente in Deutschland gestärkt worden sind (Sehr richtig! bei den U. S.), die heute ihren Einfluß dahin ausüben, daß eine Arbeiterregierung diese Gefahr immer im Auge behalten muß.

Der Herr Graf Westarp hat in stündigen Worten auseinanderzusetzen gesucht, daß die Internationale der Arbeiter erledigt sei, daß sie verlagert habe. Ja, ich betone das, was ich schon einmal gesagt habe, wenn Sie nicht so wirksam sein kann brauchen in den Ländern der Entente, wie Sie nach unserem Wunsch sein müßte, so liegt es daran, daß Sie (nach rechts) existieren, daß Sie einen solchen Einfluß haben. (Lachen rechts. — Sehr richtig! bei den U. S.) Alle uns ist die Internationale der Arbeiterkraft nicht erledigt. In Wien — ich habe darüber das letzte Mal ausführlich gesprochen — fanden die internationalen Vertreter der Arbeiterkraft auf dem Standpunkt:

Ohne Durchführung der Gewalt

müssen wir zu einer internationalen Regelung der Reparationsfrage kommen. Wir sind überzeugt, daß dieser Gedanke sich im Laufe der Zeit durchsetzen wird, wir sind überzeugt, daß die internationale Arbeiterkraft, die die einzige ist, die ein Recht und den Willen besitzt, den Frieden ohne Gewalt zu einer Wahrheit zu machen, auch die Kräfte erlangt, um in dem Kampf gegen die widerstrebenden Elemente in allen Ländern in Deutschland so gut wie in Frankreich und England, den Sieg davontragen zu können. (Zuruf rechts.)

Wir rufen die Arbeiter der Welt an,

he hören und sie werden folgen. Am morgigen Tage werden in den Städten Deutschlands, Frankreichs und Englands Demonstrationen in diesem Sinne veranstaltet werden.

Wir richten unsere Hoffnung trotz Graf Westarp, trotz aller Spötter und Zweifler auf den Klassenkampf, auf den Sieg des internationalen Proletariats und darauf, daß die Stunde kommt in der auch in Deutschland aus der halben Revolution eine ganze wird.

(Lebhafte Beifall bei den U. S. — Rufe rechts: Wie in Moskau!) (Schluß des Berichts im Hauptblatt.)

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk. 5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an. Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Kuxenreise. Zahn-Praxis Matvani, Danziger Straße 7.

GAID Die guten MASSARY Zigaretten URTEILEN SIE SELBST! ROAL

Freie Arztwahl bedeutet, daß jedes Kassenzugehörige ist, jeden Berliner Arzt in Anspruch zu nehmen, der das Erkennungsschild führt.

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a

Seifenhändler! Wie 'ervorkäufer! Straßenhändler! Kernseife, Toiletenseife usw. nur Qualitätsware

Oster-Geschenke Gute Bücher sind die besten Geschenke

Möbel Beiser

Auf bequeme Teilzahlung Möbel, Teppiche, Gardinen, Stores, Bilder, Tischdecken, Ruhebetten, Gebr. Kaßner

Schlafzimmer Hans Dönnert

Gewaltiger Preisabbau! Möbel Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Küchen modern, in allen Größen, von 120 bis 420 an

Botenfrauen werden eingestellt in der Aufgabestelle Schwedter Straße 23, Hof part. rechts

Buchhandlung 'Freiheit', Berlin C 2

KOGNAK Schlaraffia

Möbel Billige Wohnungen

Zeitungs-Ansträgerinnen Expedition Marie Döring

Aus erster Hand

Der Rapp-putsch und die Kommunisten

Eine Erinnerung an den 13. März 1920

Als der Rapp-putsch kam, erkannte die revolutionäre Arbeiterschaft, daß der Schlag der Monarchisten mit Generalstreik und, wo angängig, mit bewaffnetem Aufstand beantwortet werden mußte. Die Kommunisten, zu unserer Parteileitung zwecks Bildung einer Einheitsfront bestell, lächelten darüber, den Generalstreik in Erwägung zu ziehen, und in der „Roten Fahne“ vom 14. März 1920 erschien ein Aufruf der Zentrale, der den Arbeitern folgende Beschlüsse gab:

„Wenn in dieser „Stunde der Gefahr“ die blutbesiedelten Verräter des Sozialismus oder mätzerliche Schwächköpfe die Arbeiter zur „Sammlung“ aufrufen, so antworten wir ihnen: Es gibt nur eine Sammlung, die keine Lüge ist, die Sammlung um das rote Banner des Kommunismus.“

Sollen die Arbeiter in diesem Augenblick sich zum Generalstreik erheben? Die Arbeiterklasse, die getrieben noch in Banden geschlagen war von den Ebert-Koole, massenlos, unter schärfstem Unternehmstrupp, ist in diesem Augenblick nicht aktionsfähig. Wir halten es für unsere Pflicht, das klar auszusprechen.

Die Arbeiterklasse wird den Kampf gegen die Militärdiktatur aufnehmen in dem Augenblick und mit den Mitteln, die ihr günstig erscheinen. Dieser Augenblick ist noch nicht da. Er ist günstig, wenn das Gesicht der Militärdiktatur sich enthüllt haben wird.

Ein Teil der Arbeiter kennt die Jüge dieser Militärdiktatur: Ungarn. Die große Masse wird sie zuerst durch die Taten der Militärdiktatur kennen lernen: Wenn hat der Geißeln Störpöken auf den Rücken der Arbeiter niederschauen. Wenn die wie erzahlten Helden von 1914 den August 1914 wiederbringen werden. Wenn zur ersten Unterdrückung im Innern neue Kriegsgesahr ihre Haupt erhebt.“

Die Arbeiterschaft trat trotz dieser Bremserei größten Stills geschlossen in den Generalstreik, und die Kommunisten, die immer behaupten, man müsse den Arbeitern voran gehen mit klaren Parolen, dieselben Kommunisten ließen nun den Ereignissen hinterdrein. Sie schlossen sich der Bewegung an, aber nicht, um ihr einen Einheitswillen aufzudrücken, sondern um die Front des Proletariats durch Bruderkämpfe zu sprengen. Durch tagelange unfruchtbare Diskussionen lähmten sie jeden positiven Fortschritt der Bewegung und dadurch gelang es den Militaristen, rasch wieder die Oberhand zu gewinnen. Geradezu verbrocherlich war die Rolle der Kommunisten im Ruhrgebiet. Genosse Sauerberg, der inmitten dieser Kämpfe stand, schrieb darüber Anfang November 1920 in der sächsischen Parteipresse:

Die ganze Arbeiterschaft des Westens stand geschlossen unter Führung unserer Partei. Sie war es, die in fast allen Orten das Proletariat bewaffnete und in den Kampf führte. Die Parole, herausgegeben von unserer Partei, war die Plattform, auf der die Einigung des Proletariats vor sich ging. Diese Einigung reichte von den Kommunisten bis zur S. P. D.; in einigen Orten, wie Dagen, kämpften selbst demokratische und christliche Arbeiter unter dieser Parole. Mitten im Kampfe stellten die Kommunisten, entgegen den getroffenen Vereinbarungen, neue Forderungen. In Elberfeld-Barmen sollten wir z. B. bestimmte mehrheitssozialistische Führer, obwohl diese gar nicht im Vollzugstrat und Mitwirkungsplan lagen, beistimmen. Weiter stimmten sie gegen das von uns vorgeschlagene, sehr weitgehende Arbeitsprogramm, nur weil eine von ihnen gestellte Forderung nicht mit übernommen wurde. Als ihnen darauf der Ausschluß aus dem Vollzugstrat angekündigt wurde, stimmten sie wieder geschlossen für unser Arbeitsprogramm. Und das alles im Zeitraum einer halben Stunde.

Die Arbeiterschaft Barmen-Elberfeld hatte — trotzdem seit Jahren in beiden Städten eine schwere Wirtschaftskrise herrschte — sofort eine Unterabteilung eingeleitet. Ueber 200.000 M. sind in verhältnismäßig kurzer Zeit von der Arbeiterschaft aufgebracht worden, eine Leistung, wie sie in ganz Deutschland unerreicht dasteht. Aus diesem Fonds konnten die Marschpöker anständig unterstellt werden. Der Bezirksleitung der kommunistischen Partei für Rheinland-Westfalen wurden durch mich für den ganzen Bezirk tausend Sammelkisten bereits im April übergeben, um gleichfalls zum Unterabteilungsfonds zu sammeln. Es heute hat diese Partei weder eine Sammelkiste abgeholt, noch einen Pfennig Geld an die Zentrale abgeführt. Dafür aber sind uns vom April bis in die Sommermonate eine Unmenge von Menschen, zum großen Teil zweifelhaften Charakters, auf den Hals gekehrt worden, die mit verdächtigen Ausweisen der kommunistischen Partei versehen waren und sich als Kämpfer und Häftlinge auspielen und Unterstützung aus dem Marschfonds verlangten. Die nähere Prüfung ergab in der Regel, daß diese „Häftlinge“ gar nicht mitgekämpft hatten.“

Daß die Helden des Wortes nicht immer auch Helden der Tat sind, dafür folgendes Beispiel aus Elberfeld-Barmen, am 20. Oktober 1920 in der „Freiheit“ veröffentlicht:

Zur Illustration der hiesigen R. P. D.-Lente sei folgendes der Leserschaft unterbreitet. Bei den Märzempfen fielen in Barmen 15 Männer Verletten, wovon 12 Mitglieder der U. S. P. D., einer Mitglied der S. P. D. und zwei nur gewerkschaftlich organisiert waren. Die R. P. D. hatte keinen Verlust, dafür machte sie aber desto mehr Krach, um für ihre Parteigenossen möglichst viel bezahlte Schutzmansketten freibekommen. Und mit diesen Privatrevolutionären sollen wir die politische Macht erobern? Wir danken und handeln!“

Trotz dieser Tatsachen, an denen nicht gerüttelt werden kann, behaupten die Kommunisten heute, die Bewegung im Ruhrgebiet sei durch die „entnervenden Parolen“ der U. S. P. D. zugrunde gerichtet worden. Wahr ist aber, daß gerade die kommunistischen Führer im Ruhrgebiet, vor allem Bied und Düwelle, mit bewegten Worten vor dem „Räteexperiment“ warnten, zum Niederlegen der Waffen aufforderten und auch das Bielefelder Abkommen verteidigten. Die lokalen Größen im Ruisschwafstimm erzeugen, schenken diesen Aufforderungen freilich kein Gehör; sie forderten die Arbeiter zum Weiterführen der Kämpfe auf, geben damit der Reichswehr die willkommenen Gelegenheiten zum Einmarsch und verdüsteten als es ernst wurde wie der kräftigste Neukommunist Viktor Stern aus Essen. Die hetzerischen Arbeiter aber verbluteten als Opfer auf den Straßen oder wurden zu Tausenden in die Gefängnisse geworfen.

Und wie stand es mit der taktischen Situation in ganz Deutschland? Die Arbeiter wollten die Opfer an R. und Blut nicht umsonst gebracht haben. Sie drängten in ihrer Mehrheit auf die Bildung einer sozialistischen Regierung, um eine Wiederholung des Rapp-putsches, die Lehmslegung der Reaktion zu ermöglichen. In der Leistung der U. S. P. D. bestand Reigung für die Erfüllung dieses Wunsches. Das wird uns heute als großer Verrat andieserlei von denselben Kommunisten, die in jenen Tagen gegen diese Forderung nicht nur keinen Widerspruch ergehen ließen, sondern sie ausdrücklich für durchführbar hielten und hoben, sondern sie ausdrücklich für durchführbar hielten und hoben, sondern sie ausdrücklich für durchführbar hielten und hoben. Ihre Realisierung für wünschenswert erklärten. Am 21. März

1920 veröffentlichte die Zentrale der R. P. D. eine Erklärung, in der es hieß:

„Das gegenwärtige Stadium des Kampfes, wo dem Proletariat noch keine ausreichende militärische Macht zur Verfügung steht, wo die mehrheitssozialistische Partei noch einen starken Einfluß auf Beamte, Angestellte und bestimmte Arbeiterschichten hat, wo die U. S. P. die städtische Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit hinter sich hat, ist ein Zeichen dafür, daß die objektiven Grundlagen für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben sind.“

Für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenutzt werden, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte, von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung auf der Richtung zur proletarischen Diktatur.

Die R. P. D. steht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstberichtigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen zur Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine lokale Opposition treiben, solange diese Regierung die Garantien für die politische Beteiligung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerlich-konterrevolutionäre mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die lokale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird.

Unter lokaler Opposition verstehen wir: Keine Vorbereitung zum gewalttätigen Umsturz bei selbstverständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Bestrebungen.“

Wegen dieser Erklärung sind die Kommunisten freilich von ihren russischen Genossen sofort zurechtgestellt worden; sie gehorchten dem Pfiff, desavouierten sich selber und bezeichneten ihre Erklärung wieder als einen großen Fehler. Sind das aber Führer der Arbeiterklasse, die in entscheidenden Stunden selbständig keine klare Stellung zu finden wissen, die sich von Stimmungen hin und her schmeißen lassen, die immer erst dann klug werden, wenn die Schlächtern geschlagen sind, und die auch dann noch den russischen Regeweiser draußen, um sich zurechtzufinden?

Was aber die Neukommunisten anbelangt: niemand hat in Berlin eindringlicher vor einer bewaffneten Erhebung gewarnt als Däumig, der „militärische Fachmann“. Heute schreibt er genau wie die Altkommunisten: Durch den „Verrat“ und die „Halbheit“ der „Rechtsunabhängigen“ ist die Märzbewegung des Proletariats im Sande verlaufen. Ja, ja, nach Abschluß einer Bewegung klug schwächen, das ist leicht, aber inmitten einer Bewegung klug handeln, das ist nicht jedermanns Sache!

Bertagung des Preussischen Landtags

Nach einer teilweise stürmischen Debatte über die Anträge auf Einstellung des Strafverfahrens gegen verschiedene Mitglieder des Hauses und einer mehr heiteren Geschäftsordnungsdebatte über die Bertagung und Wiedereinberufung des Parlaments, ging der preussische Landtag am Sonnabend in die Osterferien, die bis zum 7. April dauern sollen.

In der langen Zwischenzeit bis zur Wiedereinberufung des Hauses kann nunmehr der große Ruhstand über die Regierungsbildung ungehindert vor sich gehen. Um die Bertagung schmachtender zu machen, wurde dem Präsidenten die Vollmacht erteilt, das Haus nach Bedarf früher einzuberufen.

Die Tagesordnung umfaßte lediglich fünf Anträge der unabhängigen und kommunistischen Fraktion betr. die Einstellung des Strafverfahrens gegen die Abg. Freund, Knoth, Schölen, Dr. Meyer und Fran Wolfstein. In allen Fällen handelt es sich um rein politische Vergehen.

Trotzdem beantragte der Berichterstatter der Geschäftsordnungscommission, Abg. Rippel (Dnat.), nur dem Antrag auf Einstellung des Verfahrens gegen den Abg. Freund stattzugeben und in allen übrigen Fällen erst die Akten einzufordern und dann Beschluß zu fassen. Dieser Antrag der Kommission bedeutet die ständige Möglichkeit der Verhaftung der Frau Wolfstein, da gegen sie eine Reihe von Haftbefehlen vorliegen, und bedeutet weiterhin die Fortsetzung der Haft des Abg. Knoth.

Trotz der durchschlagenden Gründe, die namentlich Genosse Lichtenstein geltend machte, scheute die Mehrheit des Landtags nicht vor einem Attentat auf die Immunität der Abgeordneten zurück, indem sämtliche bürgerlichen Parteien dem Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission und Einforderung der Akten zustimmten. Als es sich um ihren Parteifreund v. Kessel handelte, da waren die Deutschnationalen für die Einstellung des Verfahrens, obwohl auch in diesem Fall, wie bei den kommunistischen Abgeordneten, noch keine Akten vorlagen. Freilich hätten die Kommunisten es in der Hand gehabt durch Vorlegung der Akten den bürgerlichen Parteien den Anschein des Rechts als Vorwand ihrer reaktionären Haltung zu entziehen. Das Attentat auf die Immunität der Abgeordneten unter nichtigen Vorwänden kennzeichnet den reaktionären Charakter des neugewählten Landtags.

Als der Präsident die Bertagung bis zum 7. April vorschlägt, entsteht ein possierliches Zwischenpiel, an dem sich die Kommunisten und Deutschnationalen beteiligen. Die Kommunisten sind förmlich empört, daß die Deutschnationalen zum Umfall bereit sind und nicht auf der sofortigen Neubildung der Regierung bestehen bleiben. Der deutschnationale Führer, Herr v. d. Osten, erklärt vorsichtig, daß seine Partei auf eine leere Demonstration verzichte und somit nicht auf ihrem Antrag bestehen bleibe.

Dem Kommunisten Dr. Ernst Meyer hat diese Geschäftsordnungsdebatte — wie am Tage zuvor seinem Parteifreund Eberlein — die erwünschte Gelegenheit zu einer „revolutionären“ Jungferrede. Als Dr. Meyer der Meinung Ausdruck verlieh, daß die Räte-diktatur alles überwinden werde, legte ihm der Präsident die unerbittliche Zwangsjahe der Geschäftsordnung an, so daß das „Lodernde“ revolutionäre Feuer Meyers im Sumpfe des bürgerlichen Parlamentarismus erstickend mußte.

Namens der Unabhängigen Fraktion hatte Genosse Ludwig beantragt, den Landtag bereits am 22. März einzuberufen. Dieser Antrag wurde natürlich von der ferialen und luhhandelstüfternen Mehrheit abgelehnt.

Einsteiner-Boycott. Die Einsteiner sind in die Bureaus verschiedener Firmen in Dublin eingeladen und haben die Bücher mitgenommen, um auf diese Weise den von den Einsteineren beschlossenen Boykott englischer Waren durchzuführen.

Religion und Schule

Anträge unserer Fraktion

Die Artikel 142 bis 150 der Reichsverfassung enthalten jene unglückseligen Bestimmungen über Bildung und Schule, die dem Religionsunterricht und dem konfessionellen Einfluß auf die Schule von neuem einen breiten Spielraum im Bildungswesen des deutschen Volkes sichern. Dem Zentrum ist es bei der Beratung der Reichsverfassung gelungen, diese Bestimmungen hineinzubringen, die sich sofort als ein starkes Hemmnis für die Entwicklung einer freien Schule fühlbar gemacht haben. Der Artikel 149 bestimmt, daß der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der konfessionsfreien (weltlichen) Schulen ist. Die Einrichtung dieser weltlichen Schulen steht überall auf den Widerstand der alten, noch immer in der Herrschaft befindlichen Schulreaktionäre. Die Forderung nach weltlichen Schulen kann sich lediglich fügen auf den Absatz 2 des Artikels 146, der es den Erziehungsberechtigten gestattet, Anträge auf Einrichtung von Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung zu stellen. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist „möglichst zu berücksichtigen“. Bei der allgemeinen politischen Lage und bei der Vorherrschaft der reaktionären alten Bureauten, im Bereiche des Schulwesens, profitieren von dieser sehr behabaren Bestimmung vorwiegend die Konfessionen, womit gerade die Konfessionsschule einen starken Rückhalt gewinnt.

Um diesen Zustand abzuändern, hat unsere Reichstagsfraktion eine Reihe von Anträgen gestellt. Der wichtigste fordert die Änderung der Verfassung durch die Annahme eines entsprechenden Gesetzes. Unser Antrag lautet:

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1. Der Artikel 146 der Reichsverfassung erhält folgenden Zusatz:

„In den öffentlichen Schulen wird kein Religions- oder Weltanschauungsunterricht erteilt. Jedoch ist es den Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften gestattet, ungeachtet des Ausschuttsrechts des Staates, einen solchen Unterricht erteilen zu lassen unter der Voraussetzung, daß hierdurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird.“

§ 2. Die Artikel 146, 2, 147, 2 und 149 der Reichsverfassung werden gestrichen.

Ein anderer Antrag will den Religionsunterricht in der Schule auf Grund der bestehenden Verfassungsbestimmungen einschränken und dem Treiben der Konfessionen im Schulwesen nach Möglichkeit einen Damm entgegenstellen. Dieser Antrag hat in seinen entscheidenden Sätzen folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag ersucht die Reichsregierung, beschleunigt einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Grundzüge für die Erteilung von Religionsunterricht an öffentlichen Schulen gemäß der Verpflichtung des Artikels 146, Absatz 2, der Reichsverfassung (das Nähere bestimmt die Landesregierung nach den Grundzügen des Reichstages) ausstellt. Für die Ausfüllung dieser Grundzüge muß die Bestimmung des Artikels 146, 1 der Reichsverfassung entscheidend sein, nach der für den Aufbau des Schulwesens nur die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe und für die Aufnahme eines Kindes in eine Schule nicht das Religionsbekenntnis der Eltern maßgebend sein darf. Dementsprechend ist im allgemeinen kein Religionsunterricht an den Schulen zu erteilen. Inbes ist gemäß Artikel 149 der Reichsverfassung der Religionsunterricht dann ordentliches Lehrfach, auch an den allgemeinen öffentlichen Schulen, wenn durch die Willenserklärung derjenigen, die über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen haben, die Einrichtung eines solchen Unterrichts gefordert wird. Die Willenserklärung hat politisch zu erfolgen. Nur Kindern, für die eine solche Willenserklärung der Erziehungsberechtigten vorliegt, ist Religionsunterricht zu erteilen. Die Willenserklärung ist jederzeit möglich und widerruflich, jedoch ist es im Interesse eines geordneten Unterrichtsbetriebs zulässig, die Teilnahme oder Nichtteilnahme an bestimmten Fächern zu knüpfen. — Endlich ist den Landesgesetzgebungen eine befristete Verpflichtung aufzuerlegen, ihrerseits die landesgesetzliche Regelung dieser Fragen nach reichsgesetzlichen Grundzügen vorzunehmen.“

Schulkindergärten

Ein weiterer Antrag unserer Fraktion mißbilligt zunächst das Verhalten der Regierung in der Frage der Uebergabe von ehemaligen Reichslandeskindergärten an Preußen, ohne vorherige Bertagung des Reichstages, und fordert, daß die Regelung der Umwandlung der Kabinettsanstalten an einen zu bildenden allgemeinen Anstalt für Erziehungsfragen überwiesen werden möchte. In einem zweiten und dritten Absatz fordert der Antrag die Einführung eines obligatorischen Schulkindergartenbesuchs und die Vorlage eines Gesetzentwurfs über die Regelung des Besuchpflichtwesens der öffentlichen Schulen. Diese Absätze haben folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag wolle beschließen, 2. die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die allgemeine Schulpflicht durch einen obligatorischen Schulkindergartenbesuch vom vollendeten fünften bis zum vollendeten sechsten Jahre ergänzt wird. In diesen Kindergärten soll unter Mitwirkung des Elternhauses die Ausbildung in pädagogischer Beschäftigung an gesellschaftlich nützlicher Arbeit geschehen. Wo die örtlichen Verhältnisse die Errichtung von Kindergärten selbst nicht gestatten, sind Kindergartenklassen der allgemeinen Grundschule vorzugliedern. Der achtjährige obligatorische Schulbesuch darf durch den Schulkindergartenbesuch nicht verkürzt werden;

3. die Reichsregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, durch welchen das Besuchpflichtwesen der öffentlichen Schulen einheitlich nach folgenden Grundzügen zu regeln ist:

Die öffentlichen Schulen erteilen nur Berechtigungen, die aus ihren Bildungsaufgaben und ihren besonderen Lehrzielen naturgemäß folgen. Es sind Einrichtungen zu schaffen, die den Erwerb dieser Berechtigungen auch denen ermöglichen, die in einem freien Bildungsgange das Lehrziel der betreffenden öffentlichen Schulen erreicht haben. Die Einstellung in den öffentlichen Schulen dient nicht von dem Besuch einer bestimmten Schulart abhängig gemacht werden;

4. in den Reichshaushaltsplan für 1921 sind zur Erfüllung des Artikels 146, 3 der Reichsverfassung ausreichende Mittel einzustellen.“

Der Absatz 3 des Artikels 146 der Reichsverfassung, auf den unser Antrag in seinem letzten Absatz Bezug nimmt, verspricht die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln für den Zugang Minderbemittelter zu den mittleren und höheren Schulen. Insbesondere sollen Erziehungsbeihilfen gegeben werden für die Eltern von Kindern, die zur Ausbildung auf mittleren und höheren Schulen für geeignet erachtet werden, und zwar bis zur Beendigung der Ausbildung. Bisher ist für diesen Zweck kein Pfennig aufgewandt worden.

